

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 7 vom 15. Februar 1980

14. Jahrgang

1 DM

Bonn bekennet Farbe

Bonn will Olympia-Boykott durchdrücken

IOC: Scharfer Protest gegen Washington

BONN/ LAKE PLACID. — Nach wochenlangem Taktieren in der Olympiafrage hat die Bundesregierung am Wochenende Farbe bekannt. Ausgerechnet der Kriegsminister Apel war das erste Kabinettsmitglied, das sich deutlich für den von Washington geforderten Boykott der Olympischen Spiele in Moskau aussprach.

Und bezeichnenderweise war es eine Tagung von „Wehrexper-ten“ und hohen Militärs aus der ganzen westlichen Welt, wo Apel kundtat, er könne sich nicht vorstellen, daß auf der Sommer-Olympiade die Bundesflagge wehen würde, wenn dort die amerikanische Flagge fehlt. Ein Kriegsminister gibt auf einer Militärkonferenz die Haltung seiner Regierung in Sachen Olympia wieder! Nichts könnte deutlicher als diese Tatsache den Zusammenhang unterstreichen, in dem die gegenwärtige Debatte um die Olympischen Sommerspiele steht. Der amerikanische Boykott, zu dem sich jetzt auch Bonn bekennet, ist Bestandteil des aggressiven Kurses, der Kriegsvorbereitungen, in die Washington das ganze westliche Lager hineinziehen will.

Nach Apel haben sich ebenfalls am Wochenende auch die Minister Genscher und Lambsdorff für den Olympia-Boykott ausgesprochen.

Man kann sich leicht ausrechnen, welchem massiven

Druck die westdeutschen Sportorganisationen und vor allem das Nationale Olympische Komitee jetzt von Bonn ausgesetzt sind.

Wie die Spitzenpolitiker westlichen Lagers mit der internationalen Sportbewegung umspringen, davon konnte man sich in diesen Tagen aus den Berichten von Lake Placid ein Bild machen. Dort am Austragungsort der Winterspiele, wurde die 82. Session des Internationalen Olympischen Komitees feierlich eröffnet. Und Carters Außenminister Vance benutzte die Eröffnungszere-monie, um den anwesenden Sportvertretern den Willen seiner Regierung aufzuzwingen und sie auf die Linie des Boykotts der Sommerspiele festzu-nageln. Seine Hetzrede erfuhr jedoch, „eine äußerst kühle Aufnahme.“

IOC-Präsident Killanin erklärte, die Verträge mit der Stadt Moskau über die Durchführung der Sommerspiele würden eingehalten. Und er sah sich auch genötigt, Vance da-

rauf hinzuweisen, daß die Winter-Olympiade von Lake Placid „unsere Spiele sind und nicht die der USA.“ Ein Ergebnis der Abstimmung im IOC über die Boykott-Anträge aus den USA und aus Australien lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. An brutalen Versuchen Washingtons, diese Abstimmung zu beeinflussen, fehlte es jedoch nicht. Carters Rechtsberater, Joseph Onek, drohte in aller Offenheit, die amerikanische Regierung würde das IOC „zerstören“, wenn es nicht endlich kapituliert.

Das ist es, was Carter und seine Verbündete wollen: Nicht nur die internationalen Sportorganisationen zerschlagen, sondern auch den olympischen Gedanken zerstören, in dem sich der Wunsch der Völker nach Frieden und Verständigung ausdrückt. Die Hetzer und Boykotteure dürfen nicht durchkommen! Die Olympi-schen Sommerspiele müssen stattfinden!

Metalltarifrunde

Der anvisierte Abschluß bedeutet Lohnabbau

Tarifkommissionen dürfen nicht zustimmen!

FRANKFURT/ MAIN. — Mit der Verhandlungsrunde vom 12. Februar in mehreren Tarifbezirken der IG Metall soll offensichtlich ein Abschluß angestrebt werden.

Als die Metallkapitalisten in der letzten Woche ihr provokatives Angebot um 2 Prozent erhöhten, war die Reaktion der Verhandlungskommissionen derart, daß anzunehmen ist, daß zumindest in einigen Bezirken ein Abschluß um die 6,9 Prozent den Tarifkommissionen vorgeschlagen werden wird.

In einem gemeinsamen Flugblatt der Betriebsgruppen der Metallbranche der RGO in NRW heißt es dazu: „Und was ist aus der Mindestforderung von 146 Mark für die unteren Lohngruppen geworden? Die Unternehmer haben solch einheitliche Lohnerhöhungen für die Lohngruppen 2 bis 6 strikt abgelehnt. Sie sind nur bereit, einen einmaligen Betrag zu zahlen, der nicht in die Tariflöhne eingeht: 150 Mark für Lohngruppe 2 gestaffelt bis 25 Mark für Lohngruppe 6 — ein lächer-



Antifaschistische Aktionen

gab es am Wochenende in mehreren Städten der Bundesrepublik. In Hattin-gen gingen 2000 Menschen gegen eine NPD-Provokation auf die Straße (unser Bild; siehe auch Korrespondenz auf S. 8). In Frankfurt kam es zu Auseinandersetzungen, als Nazi-Schläger antifaschistische Demonstranten angriffen. Schon lange fordern die Antifaschisten in dieser Stadt die Schließung eines Nazi-Buchladens. Der Magistrat allerdings hält seine schüt-zende Hand über dieses Zentrum der braunen Banden. Kürzlich durften die Faschisten sogar einen zweiten Buchladen eröffnen.

Lischka-Verfahren abgeschlossen

SS-Massenmörder zu Gefängnisstrafen verurteilt

Warum nicht lebenslänglich?!

KÖLN. — Im Lischka-Prozeß sind die Urteile gesprochen. Nur in einem Fall jedoch — die SS-Bestie Heinrichsohn erhielt statt fünf sechs Jahre — wurde die Strafforderung der Staatsanwaltschaft über-triffen. Lischka und Hagen, verantwortlich für die Deportation von 70 000 Juden in die NS-Vernich-tungslager, erhielten zehn bzw. zwölf Jahre. Die Staatsanwaltschaft hatte für beide zwölf Jahre gefor-dert.

Daß der Prozeß überhaupt zu-standekam und durchgeführt wurde, daß schließlich Gefängnisurteile verhängt wurden, ist letzten Endes nur auf den Druck durch eine rege anti-faschistische Öffentlichkeit zu-rückzuführen, die den Prozeß in allen Stadien mit Protesten und Demonstrationen begleitet hat. Gleichzeitig war es die antifaschistische Gruppe um den französischen Rechtsan-walt Serge Klarsfeld, die mit ihren Ermittlungen dem Prozeß die wesentliche Beweisbasis gab.

Es ist und bleibt jedoch ein Skandal, daß die Massenmör-der trotz klarer Beweislage nicht zur Höchststrafe verur-teilt worden sind. Daran zeigt

sich wieder die Hätschelung der Angeklagten durch die west-deutschen Justizbehörden, wie auch schon die skandalöse jahrelange Verschleppung des Prozesses eine Verurteilung der Massenmörder jahrelang auf-geschoben hatte.

Bezeichnend für die Hal-tung des Gerichts ist auch die Tatsache, daß die Nazi-Ver-brecher nach der Urteilsverkündung nicht in Haft genommen wurden. Heinrichsohn hatte überdies bis zuletzt Bürger-meister der unterfränkischen Gemeinde Bürgstadt bleiben können. Erst nach der Urteils-verkündung legte er sein Amt nieder.

Nazi-Mörder hinter Gitter!

Bundesbahn

Preiserhöhungen und Entlassungen

DÜSSELDORF. — Bundes-bahnpräsident Wolfgang Vaerst erläuterte vor der Presse das Konzept der Bun-desbahn für das Jahr 1980. Weitere Personaleinsparun-gen, Fahrpreiserhöhungen und Streckenstilllegungen auf eine Länge von 150 Kilo-meter — das ist die Quintes-senz dieses Konzepts.

Vaerst bestätigte, daß der Per-sonalabbau — seit 1974 wurde der Personalbestand um 86 000 auf 190 000 abgebaut — fortge-setzt werden soll. Der „natür-liche Abgang“ von 18 000 Eisenbahnern wird durch die Einstellung von 10 000 neuen bei weitem nicht ausgeglichen.

Vor allem im Fahrdienst ist es schon jetzt zu erheblichen Eng-pässen gekommen. Selbst nach Angaben der Bundesbahn kann der „Verkehrsanstieg kaum noch reibungslos bewältigt werden.“

Die Preise im Berufs- und Nahverkehr, die sich seit April 1974 um etwa 45 Prozent ver-teuerten, sollen ab 1. März er-neut um 3,9 Prozent angehoben werden. Um etwa zehn Prozent verteuert sich die Gepäckfracht.

Bundesanstalt für Arbeit meldet:

Wieder über 1 Million Arbeitslose

NÜRNBERG. — Zum ersten Mal seit einem Jahr hat die Arbeitslosenzahl wieder die Millionengrenze überschritten. Alles Gerede über eine Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage hat sich damit als hohles Geschwätz erwiesen.

Nach Angaben der Bundesan-stalt für Arbeit in der letzten Woche betrug die Arbeitslosen-zahl im Januar 1,037 Millionen — das sind 169 700 oder 19,6 Prozent mehr als im Dezember vergangenen Jahres. Es ist die „absolut und prozentual größte Zunahme seit 1975“ (Stingl). Die Arbeitslosenquote stieg von 3,8 auf 4,5 Prozent. Gleich-zeitig stieg die Zahl der Kurzarbei-ter um rund 18 000 (22,1 Pro-zent) auf 98 000 an.

In manchen Regionen ist die Arbeitslosigkeit noch gravie-render als es die generellen Zahlen ausdrücken. In Nord-und Südbayern betrug die Zu-nahme der Arbeitslosigkeit von

Dezember 1979 bis Januar 1980 45 Prozent. In den bayrischen Arbeitsamtbezirken Passau und Deggendorf sind 17 bzw. 15,4 Prozent der werktätigen Bevöl-kerung arbeitslos.

Als Grund für die rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit führen die Verantwortlichen den „harten Winter“ an. Es ist aber vielmehr die „Härte“ des kapitalistischen Profitsystems, das die Arbeiter zu Tausenden auf die Straße setzt. AEG zum Beispiel will in der nächsten Zeit 3 000 Arbeiter und Ange-stellte wegrationalisieren — als ersten „Posten“ von insgesamt 13 000 angekündigten Entlas-sungen.

werden, der absolut nicht im Interesse der IG-Metall-Mitglieder liegt. So einem Abschluß dürfen die be-zirklichen Tarifkommissionen nicht zustimmen!



Auf das provokatorische 4,8-Prozent-Angebot der baden-württembergischen Metallkapitalisten reagierten die Arbeiter mit Warnstreiks

Kommentar

Noch vor wenigen Wochen hatten sich Strauß und Schmidt — publikumswirksam — gestritten: Steuersenkung 1980 oder 1981? Jetzt, nach der sogenannten Invasion in Afghanistan, ist davon keine Rede mehr.

Franz Josef Strauß, der ein Jahr vor der Bundestagswahl seine soziale Ader entdeckt hatte und Steuersenkungen noch für 1980 gefordert hatte, ergriff die Initiative. Er schlug vor, die ganze Steuersenkung angesichts „Afghanistans“ abzusetzen. Verschiedene Vertreter der Koalitionsparteien zogen sofort nach, man war sich einig.

Krisensteuer!

Geld wird gebraucht zur Aufrüstung des Demirel-Regimes in der Türkei, das im Blut der Völker der Türkei wadet und seine Notstandsdictatur verschärft.

Geld wird gebraucht zur Aufrüstung des Ul-Haq-Regimes in Pakistan, dieses Völkermörders und Despoten, der sein Land ausverkauft.

Geld wird schließlich gebraucht für die weitere Aufrüstung der Bundeswehr.

Deswegen wird der Bundeshaushalt umgeschichtet. Deswegen werden die immensen Steuern beibehalten.

Und wer soll das bezahlen? Die Werktätigen, die Arbeiter, die Lohnsteuerzahler. Natürlich, wer sonst.

Die Bewegung gegen die wahnsinnigen Abgaben war in den letzten Jahren immer stärker geworden, je mehr die Steuern durch die gesamte inflationäre Entwicklung hochgetrieben wurden. Die vielgesprochenen Steuererleichterungen, was sie auch immer bringen sollten, waren als Reaktion darauf gedacht.

Jetzt sind sie vom Tisch gefegt!

„Ihr müßt Opfer bringen!“ schallt es aus den Bonner Parteizentralen.

„Opfer!“ tönt das Echo aus den Unternehmerpalästen. Während die Kapitalisten selbst nach wie vor am Osthandel verdienen, während sie auch die jetzige Krisenhysterie für Preistreiberi und sozialen Abbau nutzen, während die Aktien der Rüstungskonzerne steigen wie sonst nur ihre Raketen, heißt es an die Adresse der arbeitenden Menschen gerichtet einmal mehr: Opfer bringen!

Opfer für den Kaiser hieß es früher. Opfer für den Führer hieß es danach, Opfer für den freien Westen heißt es heute. Heute soll es der Verzicht auf Olympia sein, morgen neue Steuern, und übermorgen?

Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Das war von jeher die Antwort der Arbeiterbewegung auf Kriegspläne der Kapitalisten.

Denn sie können ihre Kriege nicht ohne die Opfer der Millionenmassen der Arbeiterschaft führen, nicht ohne deren Geld, nicht ohne deren Leben.

Und deshalb fangen sie an. Erst klein, bescheiden, dann immer größer, verlangen sie zuerst ein Opfer und dann immer mehr.

Ohne Steuererleichterungen für die Werktätigen wird es weiter so sein, daß jede Lohnerhöhung, sei sie auch angesichts der wahren Inflationsrate nur scheinbarer Natur, mehr Steuern bringen wird. Und diese mehr bezahlten Steuern werden nichts anderes sein als eine Krisensteuer, willkürlich von der herrschenden Klasse anbefohlen und eingetrieben.

Unabhängig davon, was die Bonner Parteien wirklich geplant haben, hatten sich die Werktätigen unseres Landes von den Steuererleichterungen eine Milderung der Lohnsteuer versprochen. Auf die nun verzichtet werden soll.

Aber Steuersenkung war und ist die Forderung der Arbeiter und kleinen Angestellten und das muß sie auch bleiben!

Erfolg der Straußgegner

Strauß sagt Kundgebung ab

CDU-Angriffe auf VOLKSFRONT

ESSEN. — Der übergewichtige „starke Mann“ aus Bayern, der selbsternannte „Retter der Nation“, hat einen Rückzieher gemacht — aus Angst vor den Protesten einer antifaschistischen Öffentlichkeit. Strauß wird nicht zu einem geplanten „Jugendfestival“ der Unionsparteien nach Essen

Das in der Essener Gruga-Halle geplante „Jugendfestival“ sollte einen Gipfelpunkt in den Bemühungen von Strauß bilden, sich bei der Jugend anzubiedern. Nun ist auch dieser Versuch gescheitert. Zwischen Strauß als dem Mann der Reaktion und der Jugend — Jugend verstanden als Kraft der Zukunft, der Freiheit und des Fortschritts — gibt es keinen Anknüpfungspunkt. — Obwohl Strauß davon ausgehen konnte, daß die Gäste des geplanten Festivals ausgewählt, gesiebt und nochmals gesiebt werden würden, war ihm das Unternehmen anscheinend noch immer zu riskant. Zu groß ist sein Mißtrauen gegenüber der Jugend, zu groß seine Angst vor Protesten, Sprechchören, Eiern, Tomaten und dergleichen Kleckereien.

„Stoppt Strauß!“: Der Essener Rückzieher zeigt, daß diese Parole durchaus zu verwirklichen ist — heute schon!

Nicht durch ein Abwarten, Sich-heraus-halten und Auf-den-Wahltag-hoffen wird Strauß gestoppt, sondern dadurch, daß ihm fortschrittliche und antifaschistische Menschen geschlossen und möglichst zahlreich entgegentreten, wo immer er den Mund aufzureißen versucht.

Die Unionsparteien gaben indes offen zu, daß der alleinige Grund für den Rückzieher die Angst vor Protesten war. So schrieb die in Essen erscheinende „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ am 9. Februar: „Die CDU glaubt sich in ihrer Befürchtung offenbar bestärkt durch Aktivitäten linker Gruppen. So heißt es im ‚Rheinland-Union-Dienst‘: ‚Die Krawallmacher rüsten zu neuen Taten.‘ Nach Erkenntnissen der Partei kursieren im Ruhrgebiet bereits Flugblätter, in denen dazu aufgerufen werde, die Wahlkampföffnung der CDU im April in der Essener Gruga-

kommen, und das „Jugendfestival“ selbst fällt auch ins Wasser. Dies ist ein klarer Sieg im Kampf gegen den Unions-Kanzlerkandidaten, diese Gallionsfigur aller reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik.

Halle, auf noch breiterer Basis als das letzte Mal zu stören. Federführend für die neuen Aktionen gegen Strauß sei eine sogenannte Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden, deren Ortsgruppe Essen-Mitte schon den Einsatzplan besprochen habe. Inhalt der Einladung: „Diesem Strauß müssen wir entgegentreten, und zwar entschieden“.

An diesen Veröffentlichungen zeigt sich einmal das Unbehagen und die Angst der Reaktionen vor der neugegründeten VOLKSFRONT als einer Kraft, die an den Protestaktionen an Strauß stets entscheidenden Anteil genommen hat und nimmt, und die alles dransetzt, Strauß — und damit auch den Vormarsch der Reaktion in unserem Land — zu stoppen.

Zum ändern aber versucht die Union mit dem Gerede von angeblichen „geheimen Ein-

satzplänen“ die Proteste gegen Strauß — und nicht zuletzt die Aktivitäten der VOLKSFRONT — in eine anrüchige Ecke zu drängen.

„Es gibt keine derartigen „Einsatzpläne“, erklärte auf Anfragen des „Roten Morgen“ ein Sprecher der VOLKSFRONT. „Alles Gerede darüber ist Tinnel, Propagandafälschung der CDU. — Was es allerdings gibt, ist der Kampf der VOLKSFRONT gegen die Kandidatur eines Strauß; was es allerdings gegeben hat, ist ein Flugblatt der VOLKSFRONT — Ortsgruppe Essen-Mitte —, in dem aufgerufen wird, Strauß entschieden entgegenzutreten.“

Wenn auch Strauß für diesmal den Schwanz eingeknickt hat, so bleibt doch die Ankündigung zahlreicher weiterer Auftritte in Nordrhein-Westfalen bestehen. Die Losung gilt weiter: Stoppt Strauß!

Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Grünes Licht für Bonner Atomprogramm

Hessen nuklearer Vorreiter

KARLSRUHE/FRANKFURT. — In der letzten Woche fielen verschiedene Entscheidungen, die dem gefährlichen Bonner Kernenergieprogramm weiter den Weg ebneten. Hessen entwickelt sich immer mehr zum Vorreiter bei der Durchziehung des Atomprogramms.

Nachdem die Bundesregierung der hessischen Landesregierung ihr Einverständnis mit der Genehmigung der Kompaktanlage von abgebrannten Brennelementen in den Abklingbecken des Kernkraftwerkes von Biblis gegeben hat, setzt diese größte Kernenergieanlage der Welt (mehr als 2 500 Megawatt) die Stromerzeugung fort. Mit der Entscheidung des Innenministeriums ist zugleich eine Vorentscheidung gefallen für die Genehmigung von Kompaktanlagen in allen deutschen Kernkraftwerken.

Gleichzeitig verdichten sich die Pläne für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen. Damit zeigt sich die hessische Landesregierung angesichts des Scheiterns der Pläne, in Gorleben ein integriertes nukleares Entsorgungszentrum zu bauen, bereit, in die Bresche zu springen. Am Verhalten des hessischen Regierungschefs Börners und seiner

„Mannschaft“ läßt sich anschaulich studieren, was hinter all den protzigen Anti-AKW- und Umweltprogrammen der SPD in Wirklichkeit steckt.

Demagogisch begründet Börner übrigens sein Engagement für die Atomindustrie mit der Sorge um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. „Was immer der Ministerpräsident landespolitisch in Bewegung setzt“, plappert die „Frankfurter Rundschau“ ihm nach, „wird von dem Willen gesteuert, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Dabei ist ihm auch die Atomkraft kein zu hoher Preis. Kommt die Rede auf die Wiederaufbereitungsanlage, hat Börner sogleich die Rechnung bei der Hand, daß eine solche Anlage 2 000 sichere und qualifizierte Arbeitsplätze beschere.“ — Man muß schon ein „Frankfurter-Rundschau“-Schreiber sein, um diesem Mann der Atomprofiteure, Börner, seine billigen sozialde-

magischen Sprüche zu glauben.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einem neuen Spruch eine weitere Hürde für die Durchsetzung des Bonner Atomprogramms beiseite geräumt. Danach ist die Nutzung der Atomenergie prinzipiell mit dem Grundgesetz vereinbar. Eine Grundrechtsverletzung kommt nur dann in Betracht, wenn die Genehmigungsbehörde atomrechtliche Verfahrensregeln außer acht läßt. Mit seinem Urteil setzte das Bundesverfassungsgericht nun auch Bedingungen, unter denen Verfassungsbeschwerden gegen letztinstanzliche Entscheidungen über die sofortige Vollziehung atomrechtlicher Errichtungsgenehmigungen überhaupt erst zulässig sind. Nun sind nicht mehr alle Entscheidungen von Verwaltungsgerichten bezüglich der Errichtung von AKWs mit Verfassungsbeschwerden angreifbar.

Bundeskabinett verabschiedet Agrarbericht

Bauern müssen mit schweren Einbußen rechnen

Neue Attacken auf Milchproduzenten in Aussicht

BONN. — Der in der letzten Woche vom Bundeskabinett verabschiedete Agrarbericht wirft düstere Schatten auf die Zukunft der bäuerlichen Wirtschaft. Die Familienbetriebe müssen mit bis zu zehnprozentigen Einkommenseinbußen rechnen.

Ist schon die Einkommenssteigerung pro Familienarbeitskraft im Rechnungsjahr 1978/79 in Höhe von 2,9 Prozent unterhalb der amtlichen Inflationsrate von über fünf Prozent geblieben, wird es laut Agrarbericht in diesem Jahr um durchschnittlich vier Prozent zurückgehen.

Geht man davon aus, daß die Geldentwertung im nächsten Jahr mindestens bei sechs

Prozent liegen dürfte (sie wird sicher höher sein), so hat die bäuerliche Landwirtschaft gut und gerne mit einem Verlust von zehn Prozent zu rechnen.

Zusätzlich unter Druck geraten die Milchproduzenten unter den Bauern angesichts der Pläne der Brüsseler Agrar-Bürokraten, den Milchpfennig anzuheben, was den bäuerlichen Milchproduzenten weitere Einkommenseinbußen aufbürden wird.

Die katastrophale Lage der werktätigen Bauern ist nicht zuletzt auch Folge der Preisexplosion auf dem Energiesektor.

Wie Hohn muß es den Bauern in den Ohren klingen, wenn Bundespräsident Carstens fern der Wirklichkeit verkündet: „Der Landwirt hat sich bei uns eine solide Stellung erarbeitet!“ So geschehen auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin am 25. Januar.

Protest gegen Zusammenarbeit HEW-BKA

HAMBURG. — Nachdem am Mittwoch, den 30. Januar bekanntgeworden war, daß die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) die persönlichen Daten von 15 000 Strombeziehern an das Bundeskriminalamt (BKA) weitergegeben hatte, führte die VOLKSFRONT am Samstag, den 2. Februar, vormittags eine eineinhalbstündige Protestkundgebung in der Hamburger Innenstadt durch. Die Kundgebung stieß auf großes Interesse der Bevölkerung. Die Kollegen der VOLKSFRONT konnten in der kurzen Zeit über 2 000 Flugblätter verteilen. 26 Plakette und 11 Aufkleber mit der Aufschrift „Stoppt Strauß!“, 13 Programme der VOLKSFRONT und 6 Broschüren „Stoppt Strauß“ konnten verkauft werden. 38 Passanten protestierten mit ihrer Unterschrift „gegen die Weitergabe von Daten aus der HEW-Kundenkartei an das Bundeskriminalamt“!

Antifa-Aktivitäten in Frankfurt

FRANKFURT. — Die Bornheimer Initiative gegen Reaktion und Faschismus veranstaltete am 30. Januar, dem Jahrestag der nazistischen Machtergreifung, eine Kundgebung nebst Bucherstand. Die Aktion stieß auf großes Interesse der Passanten. In Bornheim herrscht auch große Empörung darüber, daß kürzlich das Untersuchungsverfahren gegen die Betreiber des berühmten Nazi-Buchladens eingestellt worden ist.

Am Freitag, den 1. Februar veranstaltete die Initiative gegen Reaktion und Faschismus in Sachsenhausen einen Abend mit dem Thema: „Was erwartet uns, wenn Strauß Kanzler wird?“ Der Saal konnte die ca. 80 Leute, die zur Veranstaltung gekommen waren, kaum fassen. Großen Anklang fand die Theatergruppe „Hobeln“ mit einer Aufführung ihres Stückes „Hans im Glück“. Über die Veranstaltung berichtete auch die Lokalpresse.

Aus dem Inhalt

Metalitarifrunde: Zahlreiche Aktionen der Metallarbeiter	4	Volkskorrespondenzen	8
Essener Umschüler planen Demonstration	4	Umweltschutz in Albanien	9
Gewerkschafter fordern Demonstration gegen Aussperrung	4	Zimbabwe: Der Kampf um die Macht in Salisbury	10
Wegen Anti-Strauß-Plakette entlassen?	5	Französischer Massenmord in Afrika	11
Der Frauentag und die Einheitsgewerkschaft	5	Ausnahmegesetz in Italien	11
Strauß und Schmidt — kein Unterschied?	6	US-Studenten gegen Wehrpflicht	12
Die „Antiterrorgesetze“ müssen fallen	7	US-Imperialismus macht weitere Kriegsvorbereitungen	12
Noch einmal zum Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann	7	Zur Diskussion um den Paragraphen 218	13
		Das große Geschäft mit den Medien	14
		Feuilleton	15

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Dettlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Aus der Arbeit der Sektion DDR der KPD / ML

Eine Parteizelle berichtet

Aus: „Roter Morgen“ / Sektion DDR

Es war für uns ein langer und widerspruchsvoller Weg. Wir — das sind die Genossen unserer Zelle mit den Kandidaten und Sympathisanten, die von uns unterstützt werden. Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre wurden einige von uns unabhängig voneinander Mitglieder der damals noch revolutionären SED. Aus dem „Jugendalter“ sind wir also — wie man so sagt — heraus. Oft unterhalten wir uns jetzt über diese kampf-erfüllte Zeit. Daß die Diktatur des Proletariats eine uneinnehmbare Festung bleibt, wenn die Partei die Lehren des Marxismus-Leninismus treu anwendet, den Klassenkampf konsequent führt und ständig eine scharfe revolutionäre Wachsamkeit an den Tag legt, das waren grundsätzliche politische Erkenntnisse und Erfahrungen, die sich uns in dieser Zeit fest eingeprägt haben.

Wissen allein um die Wahrheit bewahrt nicht vor politischen Fehlern. Das erfuhren wir am eigenen Leib.

Während uns in den ersten Jahren unserer Mitgliedschaft das Bedürfnis, mit den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin selbstständig zu arbeiten, regelrecht anerzogen wurde, begann die Parteiführung eine gewisse Zeit nach dem Tod des Genossen Stalin, uns das Lernen zu „erleichtern“. Mehr und mehr wurde es von oben gewollte Praxis, stattdessen die fix und fertige Meinung von Chruschtschow, Ulbricht, Honecker und anderen Leuten zu lesen. Es erschien ja irgendwie auch bequemer. Man sparte Zeit, was uns vorgesetzt wurde, klang marxistisch und es enthielt noch dazu — sozusagen gratis — die Schlußfolgerungen für die konkrete, politische und

ökonomische Situation, die wir uns nun nicht mehr selbst zu erarbeiten „brauchten“. Daß es Bestandteil der Entartung war und zu ihrer Methodik gehörte, das erkannten wir erst nach und nach.

Ähnlich „bequemer“ wurde es im Mitgliederleben der SED. In den Jahren vor der Entartung gehörte es zu den Selbstverständlichkeiten, daß in den Parteiversammlungen alle Genossen in freimütiger, prinzipieller Diskussion Standpunkte zu allen politischen und organisatorischen Fragen des Parteilebens ausdiskutierten. Die Kritik und Selbstkritik, unabhängig von der Funktion und Person, wurde als ein Prinzip der innerparteilichen Demokratie strikt angewandt. Das erfordert natürlich von jedem, sich mit dem Marxismus-Leninismus regelmäßig zu beschäftigen, sich eine Meinung zu bilden und diese auch freimütig zu sagen.

Doch das wurde uns „erleichtert“, indem das ZK und andere Leitungen mehr und mehr „ihre“ Standpunkte oder Meinungen verkündeten, zu denen wir nur noch die Zustimmung zu geben hatten. Besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU, als die Verteufelung des Genossen Stalin offen und schamlos betrieben wurde, ging es den Verrätern darum, das politische Denken der einfachen SED-Mitglieder zu unterbinden, damit die Entartung in den grundsätzlichen Positionen des Marxismus-Leninismus widerspruchsfrei hingenommen wird.

Natürlich haben wir in unserer Zelle darüber gesprochen, warum jeder von uns anfänglich auf diese Tricks hereingefallen ist und warum man so lange brauchte, um über die Ursachen des immer offensichtlicher werdenden Widerspruchs zwischen dem damals noch aus der revolutionären Zeit stammenden Statut der SED und der revisionistischen Praxis nachzudenken. Anfangs sporadisch, etwas später schon gemeinsam und gezielt holten wir uns in den Büchern von Lenin und Stalin Rat, als die SED den Klassenkampf durch Ökonomismus ersetzte und die Frage der deutschen Nation auf ihre Weise „regelte“.

Es war für uns ein komplizierter und widerspruchsvoller Prozeß, bis wir uns von ersten Zweifeln über eine Zeit der Resignation dazu durchgerungen hatten, etwas gegen den von der SED betriebenen Verrat am Marxismus-Leninismus zu tun. Daß es so gut wie keine Möglichkeit mehr gab, innerhalb der SED am Inhalt oder

den Formen der Parteipolitik prinzipielle Kritik zu üben, dafür hatte die SED-Spitze ausreichend vorgesorgt.

Die SED ist längst unwider-ruflich zu einer bürgerlichen, revisionistischen Partei des Arbeiterverrats entartet. Sie ist zu einem Instrument der neuen Bourgeoisie geworden, die jede offene Kritik am revisionistischen Verrat unbarmherzig unterdrückt. Doch um die ehrlichen Genossen in der SED, die nicht „Sozialismus“ sagen und „warmes Pöstchen“ meinen, muß man kämpfen. Das ist der hauptsächliche Grund, warum wir nach wie vor Mitglieder der SED sind.

In unserer Zelle beschäftigen wir uns gründlich mit dem Marxismus-Leninismus, beraten uns zu allen Fragen und unterstützen die Kandidaten und Sympathisanten. Es gehört zum festen Bestandteil unserer Zellenarbeit, an Aktionen im Rahmen der Sektion DDR unserer Partei teilzunehmen. Unter den unserer Partei aufgezwungenen illegalen Bedingungen bedeutet das, daß jeder von uns viele persönliche Lasten auf sich nimmt. Wir haben es mit einem unerbittlichen Gegner zu tun, der unsere Partei zu Recht fürchtet und ihre Mitglieder mit äußerster Härte verfolgt.

Es ist unser Standpunkt, daß es innerhalb der SED, des FDGB und weiteren Organisationen, selbst unter den kleinen Funktionären eine Reihe Arbeiter gibt, die ihren gesunden Klassenstandpunkt nicht aufgegeben haben, die ähnliche Zweifel haben wie wir sie hatten, und die nach einem Weg des Kampfes gegen den Revisionismus und Sozialfaschismus in der DDR suchen. Insbesondere für diese Genossen und Kollegen haben wir in diesem Beitrag einiges über uns selbst geschrieben.

Vor allem möchten wir ihnen raten: Laßt Euch nicht die scharfe Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie rauben! Fallt nicht auf den Schwindel herein, den die SED-Spitze offen und verdeckt verbreitet: der Marxismus sei heute veraltet. Studiert Marx und Engels, Lenin und Stalin. Überzeugt Euch anhand Eurer Erfahrungen davon, daß ihre Lehren an Aktualität nichts eingebüßt haben. Die Lehren der Klassiker sind das einzige verlässliche Kriterium, anhand dessen die Politik der SED-Spitze eingeschätzt werden kann. Gerade das fürchtet die Führung der SED, weshalb sie das Studium der Klassiker aus dem Parteilehrjahr gestrichen hat.

Nein zu Extraschichten

Arbeiterkorrespondenz aus der DDR

Der Herr Parteisekretär und sein Kollege, der technische Direktor, trommelten die Kollegen zu einer Besprechung zusammen. Da kam: „...ist ja unser aller Nutzen“, oder „...für bessere Qualität der Produkte...“ usw. Mit diesen altbekannten Parolen wollten sie die Leute zu nicht extra bezahlten Zusatzschichten locken.

Der „Dicke“, ein großer, bärenstarker Arbeiter, hörte sich das eine Weile mit an, dann stand er auf und fragte die Herren, wie es denn zu verstehen sei, daß unsere Produkte immer besser und vertrauenswürdiger

werden, der Parteisekretär und Co. aber ein Westauto Marke Golf fahren. Er fragte weiter, wo das Vertrauen bliebe und wer es sich leisten könne, dieses Vertrauen nicht zu haben. Andere fragten darauf, ob sich die Herren Funktionäre auch mal an einer Sonderschicht beteiligen und nicht nur als Kontrollreue und Wachhunde. Gelächter trieb die Bonzen vom Podium.

So nahm mein Kumpel mit uns allen bekannten Klassengegensätzen den Bonzen den Wind aus den Segeln.

(Aus: „Roter Morgen“ / Sektion DDR)

Die Verwicklung der DDR in die aggressiven Pläne und Handlungen der russischen Sozialimperialisten zeigt sich nicht nur an der Anwesenheit sowjetischer Truppen auf dem Territorium dieses Staates, sondern auch an den ökonomischen Beziehungen. Die heutige UdSSR hat die Wirtschaft der DDR und anderer Staaten des Ostblocks vollständig unter ihre Kontrolle gebracht; sie schafft mit der neokolonialistischen Ausbeutung

dieser Staaten mit die ökonomische Voraussetzung für ihre Kriegspolitik.

Der Artikel „Ökonomische Integration“ und sozialistische Hilfe“, obwohl bereits vor dem sowjetischen Einfall in Afghanistan im „Roten Morgen“ — Ausgabe der Sektion DDR erschienen, ist auch unter diesem Aspekt interessant. Wir drucken den Artikel in Auszügen nach.

Kolonialismus à la UdSSR

Ausplünderung durch „Ökonomische Integration“

Als im Jahre 1949 von den damals sozialistischen Ländern Osteuropas der RGW gegründet wurde, war er ein starkes Instrument in den Händen der Völker Osteuropas in ihrem Kampf gegen den Imperialismus — besonders gegen die imperialistische Wirtschaftsblokkade — und für den Aufbau ihrer sozialistischen Länder. Die von Stalin geführte Sowjetunion leistete den jungen sozialistischen Staaten wertvolle Hilfe. Bei dieser Hilfe, so erklärte Stalin 1952, „geht es nicht nur darum, daß sie äußerst wohlfeil und technisch erstklassig ist. Es

Integration tatsächlich verbirgt, enthüllt am besten das in den letzten Jahren rücksichtslos vorangetriebene „Komplexprogramm 1976-1980“. Von den zehn industriellen Großprojekten, die im „Komplexprogramm“ geplant sind, sollen je eins in Kuba und in der Mongolei, die acht größten aber ausschließlich in der Sowjetunion errichtet werden. Allein diese Tatsache zeigt schon, wer hier wem helfen soll. Nicht die große Sowjetunion den kleineren RGW-Staaten, sondern umgekehrt. Die schwachen Länder „helfen“ dem starken.

sche Integration hat die wirtschaftliche Unabhängigkeit der RGW-Länder bereits weitgehend zerstört. Die VR Mongolei wurde gezwungen, sich auf die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und auf die Viehzucht zu beschränken, die CSSR mußte ihre Steinkohleproduktion zugunsten des sowjetischen Erdgases einschränken, Polens Werften produzieren überwiegend für die Sowjetunion, die DDR mußte auf die industrielle Produktion vieler Güter, die traditionell in der DDR hergestellt wurden, verzichten usw. Außer der Sowjetunion verfügt heute kein RGW-Staat mehr über eine selbständige, unabhängige Industrie. Die weitgehende Zerstörung der eigenen Rohstoffbasis, besonders der Energiebasis, und die Abhängigkeit von der sowjetischen Schwerindustrie und von sowjetischen Ersatzteilen machen die RGW-Länder heute bereits auch wirtschaftlich zu völlig von Moskau abhängigen Vasallen.

Gedanken zur wirtschaftlichen Lage der DDR

Enver Hoxha beschreibt die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, auch die der DDR, sehr genau, wenn er sagt: „Die Sowjetunion hat ihre Verbündete wirtschaftlich ins Elend gestürzt, hat ihnen die Hände und Füße gebunden, zwingt ihnen die Preise nach eigenem Gutdünken auf, bestimmt entsprechend ihren eigenen Interessen die Entwicklung der Wirtschaft ihrer Verbündeten, gibt ihnen den benötigten Rohstoff nur wann und nur soviel sie will, gerade damit die Industrie in Gang gehalten wird, jedoch nichts für den Fortschritt übrigbleibt.“ (Enver Hoxha „Bericht an den 7. Parteitag der PAA“ 1976, Verlag Roter Morgen Dortmund, Seite 174)

Woher kommt es, daß jeder fünfte LKW unseres Landes wegen Altersschwäche ausfällt? Kommt es vielleicht daher, daß wir, die Werktätigen, wie die SED-Bonzen behaupten, nicht genug LKW's produzieren? Nein, es kommt daher, daß auch dieses Jahr wieder die gesamte LKW-Produktion in die Sowjetunion abgeliefert wurde und daß, obwohl bereits eine fünfjährige Produktion an W 50 unseren gesamten Fuhrpark nachhaltig modernisieren könnte. Es ist genauso, wie Genosse Enver Hoxha sagt, für den Fortschritt bleibt nichts übrig, ja nicht einmal für ganz gewöhnliche Ersatzinvestitionen.

(Eine ausführliche Analyse des RGW findet sich in „Der Weg der Partei“, dem Theoretischen Organ der KPD/ML, Nr. 5/78, Seite 34 bis 49, unter dem Titel: „Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) — ein Instrument der sozialimperialistischen Politik Moskaus“.)



DDR-Arbeiter beim Bau der Erdgasleitung von Orenburg zur Westgrenze der UdSSR.

geht vor allem darum, daß dieser Zusammenarbeit der auf richtige Wunsch zugrunde liegt, einander zu helfen und einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen. Das Ergebnis ist, daß wir ein hohes Tempo der industriellen Entwicklung in diesen Ländern haben.“ (J. W. Stalin „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Werke Bd. 17, Seite 283)

Die Verteidiger der Diktatur des Proletariats in den einzelnen sozialistischen Ländern und damit eng verbunden die Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität jedes einzelnen der sozialistischen Staaten, das waren zu Stalins Lebzeiten die Hauptziele des RGW.

Verrat an den Stalinschen Prinzipien...

Von dieser Stalinschen Politik ist im heutigen entarteten RGW auch nicht einmal der Anschein übriggeblieben. An die Stelle der gegenseitigen sozialistischen Hilfe rückte unter Führung der sowjetischen Revisionisten und ihrer Lakaien in den verschiedenen Ländern die Politik der sogenannten sozialistischen ökonomischen Integration.

Was sich hinter der von den Revisionisten hochgepriesenen

Wie solche „Hilfe“ vonstatten geht und wieso die „Gegenseitigkeit“ dabei zur Phrase geworden ist, das wollen wir am Beispiel der Errichtung der Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze der Sowjetunion aufzeigen. Das gesamte Projekt wurde von den RGW-Ländern DDR, Polen, CSSR, Ungarn und Bulgarien bis zum letzten Rubel bezahlt und dazu noch von insgesamt 20000 Arbeitern aus diesen Ländern in jahrelanger Arbeit erbaut. Nach den Gesetzen der „Integration“ aber geht es dennoch vollständig in das Eigentum der Sowjetunion über. Zwar verpflichtet sich die Sowjetunion, die Leistungen der RGW-Staaten in Form von Erdgaslieferungen zurückzubehalten. Zu welchem Preis allerdings geliefert wird, das bestimmt bis 1989 bei allen Lieferungen, die über die vereinbarten Kontingente hinausgehen, und ab 1989 bei sämtlichen Lieferungen Moskau allein. Ungeachtet des hohen Bedarfs an Energie in den kleinen RGW-Ländern, hat die Sowjetunion als Besitzer der neuen Erdgasleitung sich bereits vertraglich verpflichtet, verschiedenen westlichen Staaten große Mengen Erdgas zu liefern. Die Gewinne aus diesen Geschäften fließen natürlich ebenfalls in die Taschen Moskaus.

Die sogenannte sozialisti-

Im ND gelesen
Brigadier Otto
Reißig „Arbeiter“
nach Honeckers
Geschmack

wählen...

In Marzahn legten die Reißigs noch einen Zahn zu, allen voran ihr Brigadier. Wenn gut zwei Zentner ungebremst über die Arbeit herfallen, da wackelt die Wand, da trüben die Maurer. Alte Spruchweisheit: Schweißwasser verfeinert den Mörtel.

antreiben...

„Wenn einer den Riemen schleifen ließ, hab ich ihn mit einem Wühler zusammengesteckt und gewartet, bis sie sich in die Haare kriegten.“ Selbsterziehung nannte sich das.

treten...

Vor Jahren einmal, Otto war krank, hatte sich die Brigade in seiner Abwesenheit kräftig durchhängen lassen. Da zögerte Otto keine Sekunde und rechnete die ganze Truppe am Monatsende mit 50 Prozent Leistung ab. „Versteht mal richtig“, werde ich aufgeklärt, „das waren für jeden einige hundert Mark weniger!“

und zur Belohnung bekam Otto...

ein Häuschen, an dem er sich austoben kann — damit er am Wochenende nicht aus der Übung kommt.

(Aus: „Roter Morgen“ / Sektion DDR.

ND = „Neues Deutschland“ — Zentralorgan der SED)

Tarifnachrichten

FREIBURG. — 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die Zeit vom 1. Januar 1980 bis 31. Januar 1981, also für dreizehn Monate, erhalten die Beschäftigten der südbadischen Nahrungsmittelindustrie. Das sind auf eine Laufzeit von einem Jahr gerechnet knapp 6 Prozent! Der Abschluß zwischen dem Verband der Nahrungsmittelindustrie Südbadens und der Gewerkschaft NGG wurde bereits am zweiten Verhandlungstag, am 30. Januar, in Freiburg ausgehandelt.

HANNOVER. — Angemessen haben die rund 40 000 Beschäftigten der niedersächsischen Möbelindustrie die 7,52 Prozent, die die Kapitalisten unter dem Eindruck des großartigen Urabstimmungsergebnisses (94 Prozent für Streik) angeboten hatten. Zuvor hatten sich die Kapitalisten geweigert, die Schlichtungsempfehlung von 7,4 Prozent zu bezahlen. Gerade diese erschreckte Reaktion der Kapitalisten zeigt, daß mit einem Kampf eine echte Lohnerhöhung möglich gewesen wäre — das genaue Abstimmungsergebnis der zweiten Urabstimmung wurde bisher nicht bekanntgegeben, die Bezirksleitung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff meldete, „die Mehrheit“ hätte sich für die Annahme ausgesprochen.

DÜSSELDORF. — Für die 300 000 Bankangestellten der Bundesrepublik und Westberlins fordert die Gewerkschaft HBV eine Gehaltserhöhung um 8,5 Prozent, sechs Wochen Urlaub und 350 Mark Urlaubsgeld. Eine Reihe gewerkschaftlicher Organisationen hatte vorher wesentlich höhere Forderungen gestellt: angesichts der Entlassungspläne der Großbanken und ihrer enormen Gewinne sowie der brutalen Rationalisierung, die gerade jetzt auf Hochtouren anläuft, waren solche höheren Forderungen mehr als gerechtfertigt.

SCHWANDORF. — In aller Stille hat die IG Bergbau und Energie für die 1 300 Beschäftigten der bayerischen Braunkohleindustrie mit Gültigkeit ab 1. Dezember 1979 eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 5,9 Prozent vereinbart. Für die nur 10 Beschäftigten der Kaolinfirma Bauscher-Mandt wurde, rückwirkend ab 1. Oktober 1979 eine Lohn„erhöhung“ von 4,5 Prozent vereinbart.

FRANKFURT. — Die Mitgliederversammlung der IG Drupa Frankfurt/Main fordert für die Tarifrunde für Löhne und Gehälter, die Ende Februar beginnt, eine einheitliche Anhebung um 260 Mark für alle. Ebenfalls werden die Abschaffung der Lohngruppen 1 und 2 sowie des ersten Gehilfenjahres gefordert. Aus Bielefeld waren von der IG Drupa bereits 13 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 250 Mark für alle gefordert.

BUNDESWEIT. — Zahlreiche ÖTV-Gruppen sind in den letzten Tagen mit ihren Forderungen im Rahmen der innergewerkschaftlichen Diskussion aufgetreten. In mindestens sechs Orten wurden dabei Festgeldforderungen aufgestellt.

Metalltarifrunde

Rascher Abschluß?

Zahlreiche Aktionen der Metallarbeiter

FRANKFURT/MAIN. — Bei Redaktionsschluß des „Roten Morgen“ mehrten sich die Anzeichen für einen raschen Abschluß der Lohn und Gehaltsauseinandersetzungen in der Metallindustrie. Nachdem die Unternehmer in einigen Bezirken ihr Angebot auf 6,8 Prozent erhöht hatten, wurde überall betont, dies sei ein „verhandlungsfähiges Angebot“ (Steinkühler), man sei sich „nahe gekommen“ (Herb), während in der Presse die passende Begleitmusik angestimmt wurde.

Die Metallarbeiter führten unterdessen auch in der letzten Woche eine lange Reihe von Aktionen durch, um ihre Forderung durchsetzen zu helfen.

Bei den hessischen Tarifverhandlungen in Bad Nauheim demonstrierten über 1 000 Metallarbeiter ihre Bereitschaft, für ihre Forderungen zu kämpfen; darunter sehr viele Opel-Arbeiter aus Rüsselsheim. Besonders vertraten sie dabei die Forderung nach einer Mindestanhebung um 175 Mark. Der Verhandlungskommission wurden mehrere tausend Unterschriften übergeben, mit denen sich die Kollegen für die gewerkschaftlichen Forderungen einsetzten.

Metallarbeiter in Neckarsulm traten ebenfalls in den Warnstreik, nachdem fast alle von ihnen vorher in einer Resolution die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen gefordert hatten.

Diese verstärkte Anhebung der unteren Lohngruppen war auch das Thema einer Aktion der Belegschaft Bosch Reutlingen, wo 600 Kollegen in der Kantine mit der Geschäftsleitung diskutierten. Schon im baden-württembergischen Metallarbeiterstreik 1978 war die Streichung der unteren Lohn-

gruppen eine sehr wichtige Forderung gewesen, für die sich vor allem sehr viele der betroffenen Metallarbeiterinnen aktiv einsetzten.

Seitdem ist diese Forderung immer stärker erhoben worden: Die unteren Lohngruppen müssen wirtschaftlich bessergestellt und sozial abgesichert werden. Das wurde in verschiedenen Formen gefordert, und ist besonders in diesem Jahr ein zentrales Thema der Auseinandersetzung mit den Metallkapitalisten.

Diese versuchen, die berechnete Forderung mit verschiedenen Methoden zu diffamieren und ihre Erfüllung zu verhindern.

Den Kollegen, die betroffen sind und die durch die wahnsinnige Preistreibe der Unternehmer im letzten Jahr besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden, weil ihr Lohn gering ist, wird ins Gesicht gesagt, ihre Forderung sei „leistungsfeindlich“. In Wahrheit ist es natürlich allgemein bekannt, daß gerade die härteste Arbeit oft die am schlechtesten bezahlte ist.

So wird sich auch nicht zuletzt an der Erfüllung dieser Forderung zeigen, ob in dieser

Metalltarifrunde ein Erfolg erzielt werden kann.

Die Kapitalisten sind insofern schon einen Schritt zurückgewichen, als sie ihre alte „Bereitschaft“, einen einmaligen Zuschlag zu zahlen, wieder aus der Mottenkiste geholt haben — dieser Vorschlag hat aber gar nichts mit der geforderten, berechtigten und nötigen Mindestanhebung der Löhne zu tun.

Und das Angebot der Unternehmer wurde schließlich einmal mehr in provokativer Weise als „letztes Wort“ bezeichnet. Darauf schossen sich die Verhandlungskommissionsprecher der Tarifkommissionen der IG Metall ein, ohne das Angebot von 6,8 Prozent selbst abzulehnen, das ja noch unterhalb der vom Grafen Lambsdorff genannten 7 Prozent liegt, effektiv im unteren Bereich der Planungen des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung.

Es liegt an den Metallarbeitern, durch weitere Aktionen dafür zu sorgen, daß niemand hier einen Kuhhandel abschließen kann, der in Wirklichkeit — nach der Schlappe bei der Tarifrunde im letzten Jahr — einen weiteren realen Lohnabbau bedeuten würde.

Utopie verweisen wollte. Derselbe Hückelkamp war es auch, der bei der Vertrauensleuteversammlung der Schachtanlage Ewald gegen die Erhebung eines Festgeldbetrags überhaupt auftrat und damit einen — knappen — Abstimmungssieg erreichte.

Der „Rote Ewald Kumpel“ hebt hervor, daß die Forderung nach einem einheitlichen Betrag für alle eine völlig gerechtfertigte Forderung ist, weil sie gerade die weniger Verdienenden besonders berücksichtigt. Die Kumpels an der Ruhr haben kein Interesse daran, in irgendwelche Ranglistenturniere um Lohnskalaplätze mit ihren Kollegen anderer Branchen verwickelt zu werden, das ganze Getöse darum ist pure Schaumschlägerei. Woran sie ein Interesse haben, ist, eine echte Lohnerhöhung zu erringen, ihren sozialen Besitzstand zu verteidigen. Deshalb betont der „Rote Ewald Kumpel“ auch, daß die Forderung nach 250 Mark bestehen bleibt!

Bergbau-Tarife

250 Mark für alle

Aus: „Der Rote Ewald Kumpel“ Betriebszeitung der KPD/ML

In ihrer neuesten Nummer des „Roten Ewald Kumpel“ verteidigten die Genossen der Partei die Forderung, die auf der Zeche aufgekommene war, gegen die Angriffe von leitenden Funktionären der IGBE.

Die Forderung nach 250 Mark mehr wurde auf einer Belegschaftsversammlung der Zeche zum ersten Mal erhoben.

Obwohl Politiker und Spitzenfunktionäre der IGBE in den letzten Monaten einen großen Rummel darum machten, daß der Kumpel wieder an die Spitze der Lohnskala muß, sprechen ihre Taten eine andere Sprache.

Da ist einmal der Abschluß in der bayerischen Braunkohleindustrie (siehe Tarifnachrichten auf dieser Seite). Da ist weiter die Tatsache, daß die Forderung der IG Bergbau und Ener-

gie offiziell erst am 18. März erhoben werden soll, damit — offensichtlich — bereits ausgehandelte Vorschläge der IG Metall von vornherein als Maßstab dienen können. Und da ist die Reaktion bestimmter Funktionäre auf die Forderungen der Belegschaften, wie hier zum Beispiel bei Ewald, auf die 250 Mark.

Die Betriebszeitung der KPD/ML berichtet darüber, daß der Schachtgewerkschaftsvorsitzende Hückelkamp dies als „energetische“ Forderung bezeichnete, womit er sie offensichtlich ins Reich der

Gewerkschafter fordern Demonstration gegen Aussperrung

KASSEL. — Auf der Veranstaltung des DGB-Kreisverbandes Kassel gegen die Aussperrung erging die Aufforderung an den DGB-Bundesvorstand, anläßlich der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts im März in Kassel eine bundesweite Demonstration gegen die Aussperrung zu organisieren. Der Kasseler DGB-Vorsitzende betonte in seiner Rede, der Kampf gegen die Aussperrung sei wichtiger als der um Mitbestimmung und selbst der um die Betriebsverfassung.

Der Vorsitzende der IG Drupa aus Kassel forderte die Arbeiter auf, sich beim Kampf gegen die Aussperrung auf die eigene Kraft zu verlassen und sich nicht nur auf Richter und Politiker zu verlassen. Solidaritätsstreiks bei Aussperrungen und Betriebsbesetzungen seien angemessene Reaktionen, betonte er.

Daß die Forderung aus Kassel nach einer Bundesweiten

Demonstration kein Einzelfall ist, beweist auch die in diesem „Roten Morgen“ abgedruckte Korrespondenz über die Tagung des DGB-Kreises Limburg. Die Zahl derjenigen Gewerkschafter, die einen wirklichen Kampf gegen die Aussperrung fordern, die Aktivitäten sehen und durchführen wollen, wächst. Sie wächst auch im Protest gegen solche Maßnahmen, die eine breite Kampagne verhin-

dern, wie wir sie in den letzten Tagen von der IG Metall Nürnberg und dem DGB Bremen (siehe Artikel auf dieser Seite) melden mußten.

Der Kampf um das gesetzliche Verbot der Aussperrung muß verstärkt werden, wozu eine bundesweite Demonstration anläßlich der Tagung des Bundesarbeitsgerichts sicher viel beitragen könnte!



Die Forderung nach Verbot der Aussperrung wird gerade in jenen Betrieben besonders stark vertreten, die schon ausgesperrt waren: hier Druckereiarbeiter.

Auch in Bremen Aussperrungskampagne-Teilnahme nur mit numerierter Einlaßkarte

BREMEN. — Auch in Bremen organisiert der DGB die Veranstaltungskampagne nur für geladene Gäste. Der „Rote Morgen“ hatte in der letzten Woche darüber berichtet, wie die IG Metall in Nürnberg die Teilnehmerzahl begrenzte. Der DGB Bremen hat diese Art des Vorgehens jetzt ebenfalls angewandt.

„Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Aufgrund Ihrer Anmeldung erhalten Sie als Anlage die numerierte Einlaßkarte, die nicht übertragbar ist. Deshalb bitten wir Sie im Falle Ihrer Verhinderung um direkte Rücksendung der Einlaßkarte an uns.“

Schon anläßlich des Vorgehens der Nürnberger IG Metall hatten wir hervorgehoben, was heute wiederholt werden muß: Mit so einem Vorgehen, die Teilnehmer namentlich zu erfassen, numerierte Karten auszugeben und sonstige bürokratische Maßnahmen, die den Überwachungsgeruch nicht verdecken können, tut man alles

andere, als sich aktiv für diese Kampagne des DGB einsetzen. Im Gegenteil: So wird verhindert, daß wirklich zum Kampf gegen die Aussperrung mobilisiert wird.

Die bisherigen Veranstaltungen und jene, deren Vorbereitung bereits einigermaßen abzusehen sind, zeigen, daß es offensichtlich Kräfte innerhalb des DGB gibt, die daran interessiert sind, diese Kampagne nur formal durchzuführen. Eine — begrenzte — Veranstaltung und fertig, aber alles verhindern, was dazu führen könnte, daß breite Teile der Mitgliedschaft sich aktiv beteiligen.

500 besuchten Vollversammlung Essener Umschüler planen Demonstration Forderungskatalog verabschiedet

ESSEN. — Am 30. Januar führten die Umschüler des Berufsförderungszentrums (BFZ) mit etwa 500 Teilnehmern eine Vollversammlung durch, auf der sie über ihre soziale Lage debattierten, einen Forderungskatalog beschlossen und Kampfmaßnahmen vorbereiteten.

So wurde festgestellt, daß das monatlich vom Arbeitsamt zu zahlende Unterhaltsgeld erheblich unter der vom Gesetz vorgeschriebenen Höhe liegt. Während die Auszahlung von 80 Prozent des letzten Netto Lohnes vorgeschrieben ist, betragen die monatlichen Unterhaltsgeldzahlungen in Wirklichkeit nur durchschnittlich 68 Prozent, weil Überstunden, Prämien etc. bei der Bemessung nicht berücksichtigt werden. Über 40 Prozent der Umschüler bekommen weniger als 1 000 Mark im Monat und müssen davon zum Teil eine Familie ernähren. Des weiteren liegt die jährliche Erhöhung des Unterhaltsgeldes noch unterhalb der amtlichen Inflationsrate.

Scharf kritisiert wurde der Runderlaß Nr. 39 vom 29. Januar 1979 der Bundesanstalt für Arbeit, der Geldabzüge für Fehlzeiten vorsieht. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde ein Achteckpunktprogramm beschlossen (siehe Kasten).

Um die Bevölkerung auf die unhaltbare soziale Lage aufmerksam zu machen und um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, führen die

Umschüler am Mittwoch, den 13. Februar um 9.30 Uhr einen Protestmarsch zum Arbeitsamt (Brechtstr.) mit anschließender Kundgebung durch.

1. Sofortige, ersatzlose Streichung des Runderlasses 39.
2. Fortzahlung des Unterhaltsgeldes im Krankheitsfall.
3. 80 Prozent des tatsächlichen Nettolohns.
4. Mindestunterhaltsgeld von 1 200 Mark.
5. Erhöhung des Unterhaltsgeldes nach den durchschnittlichen jährlichen Tarifierhöhungen.
6. Zwei Tage Fernbleiben bei Krankheit ohne Attest bei Fortzahlung des Unterhaltsgeldes.
7. Bei Beginn der Umschulung muß das Unterhaltsgeld sofort überwiesen werden.
8. Volle Fahrtkostenerstattung; für Internat: vier bezahlte Wochenendheimfahrten statt bisher einer.

IG Chemie-Vorstandstagung

Plumeyer das Mißtrauen ausgesprochen

Aber kein voller Erfolg für Hauenschild

HANNOVER.— Bei der Tagung des Vorstands der IG Chemie-Papier-Keramik am 4. und 5. Februar hat der Gesamtvorstand bei einer Stimmenthaltung dem langjährigen Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands, Paul

Mit diesem massiven Vorgehen reagierten die Getreuen von Karl Hauenschild im Vorstand der IGCPK auf Plumeyers Auftreten bei den Delegiertenversammlungen der Verwaltungsstellen Hannoverscher Münden (siehe auch „Roter Morgen“ 6/80) und Duisburg. Dort hatte er in einer Rede die Politik der Vorstands scharf kritisiert und war für eine Wende in der Politik der drittgrößten DGB-Gewerkschaft eingetreten.

Empört war Hauenschild vor allem über Plumeyers Äußerung, seine Sorge seien nicht Kommunisten in der Gewerkschaft, sondern, daß die „Ausmauschler überhandnehmen“. Jetzt, so hatte Plumeyer gesagt, könne er sich vorstellen, wie es habe geschehen können, daß die Nazis 1933 an die Macht gekommen seien — ohne echte Gegenwehr.

Natürlich fühlten sich Hauenschild und Co. daraufhin sofort beleidigt. Daß Plumeyer mit diesen Worten bei beiden Verwaltungsstellen nicht etwa Widerspruch, sondern starken Beifall erhielt, war für die anderen Vorstandsmitglieder erst recht ein Grund, auf ihn einzuschlagen.

Denn der Anlaß der gegenwärtigen Auseinandersetzungen ist ja die Frage der gewerkschaftlichen Demokratie. Die beiden Verwaltungsstellen hatten zahlreiche Anträge nach mehr Demokratie gestellt und die Zurücknahme der Satzungsänderung vom April letzten Jahres (über die Einsetzung der Vertrauensleute anstatt ihrer Wahl) gefordert. Denn mit seinem diktatorischen Kurs hat Hauenschild aus der Gewerkschaft der Chemiearbeiter eine stumpfe Waffe gemacht, die, auch im Vergleich zu anderen DGB-Gewerkschaften, in ihren Leistungen und ihrer Kampfkraft schlecht dasteht. Offen-

sichtlich fürchten diese Kräfte im Vorstand nun, mit mehr innergewerkschaftlicher Demokratie würde es auch immer mehr Kritik an ihrem Kurs geben, und sie fürchten dies zu Recht, wie man an der bisherigen Vorbereitung des Gewerkschaftstags sehen kann.

Also kanzelt man, stellvertretend für die Opposition Plumeyer ab. Nur Werner Vitt, der im letzten Jahr gemeinsam mit Paul Plumeyer gegen die Satzungsänderung auftrat, enthielt sich der Stimme. Er beeilte sich



Paul Plumeyer
Mitglied des
Geschäftsführenden
Hauptvorstands der
IG Chemie-Papier-Keramik

aber zu versichern, daß er sich vom Inhalt von Plumeyers Rede distanzieren. Offensichtlich ist sein Verhalten darauf zurückzuführen, daß er weder sein Ansehen an der Basis verlieren, noch es sich mit dem Vorstand verderben will.

Nun werden also nicht nur für die Anträge und Beschlüsse des Gewerkschaftstags, sondern auch für die Vorstandswahl die Bataillone gesammelt. Die bürgerliche Presse stellt zu Recht fest, daß man an dem Wahlergebnis für Plumeyer sehen werde, wie stark die Opposition in der Gewerkschaft ist.

Plumeyer, das Mißtrauen ausgesprochen. Außerdem wurde die Vorschlagsliste für den Gewerkschaftstag im September des Jahres, auf der auch Plumeyer stand, zurückgezogen.

So hemmungslos regieren wie er es bis zur letztjährigen „Affäre Patschkowski“ konnte, kann Karl Hauenschild allerdings nicht mehr. Sein Vorstandsantrag auf die — faktische — Ausschaltung des Beschwerdeausschusses wurde vom Betriebsrat abgelehnt.

Der Antrag sieht vor, daß bei „arbeitsrechtlichen“ Konflikten zwischen dem Hauptvorstand und Gewerkschaftsbeschäftigten — auch gewählten — der Beschwerdeausschuss nicht mehr angerufen werden kann. Diese Änderung soll offensichtlich den Startschuß zu einer Säuberungskampagne darstellen. Der Geschäftsführende Hauptvorstand, der diesen Antrag — gegen Plumeyers Stimme — an den Gewerkschaftstag stellen will (und wohl, wie auch bei der Einsetzung der Vertrauensleute, schon vor der offiziellen Satzungsänderung praktizieren will), muß nun zur Kenntnis nehmen, daß der Gesamtbetriebsrat bei der IGCPK gegen diese Satzungsänderung ist. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der IG Chemie betonte, daß es nach Ansicht der Betriebsräte nicht, wie es der Hauptvorstand darzustellen versuche, lediglich um arbeitsrechtliche Regelungen geht, sondern um die Rechte der Gewerkschaftsmitglieder. Deshalb, so der GBR-Vorsitzende Rieß aus Mainz, werde der Betriebsrat gegen eine solche Änderung Stellung beziehen.

Bekannt wurde in diesem Zusammenhang, daß sich Hauenschild noch einen anderen Weg zur Säuberung von unbeliebten Funktionären reserviert hat. Am 30. Juli letzten Jahres kündigte der Geschäftsführende Hauptvorstand die Rahmenvereinbarung über eine Schiedsstelle bei arbeitsrechtlichen Konflikten zwischen Be-

triebsrat und Hauptvorstand. Bei einer neuen Vereinbarung, so verlautete vom Hauptvorstand, müsse mehr auf die gewerkschaftspolitischen Aufgaben Rücksicht genommen werden. Hauenschild will so faktisch das Recht auf Tendenzschutz für sich reklamieren, jenes Recht, mit dem zum Beispiel Druckereiarbeitern verboten werden soll, zu streiken...

Man kann sich noch manche Taktiken vorstellen, die der Geschäftsführende Hauptvorstand bis zum Gewerkschaftstag anwenden will, um die Opposition gegen seinen Kurs zu unterdrücken. Darauf müssen sich die aktiven Gewerkschafter in der IGCPK einstellen.

Mehr denn je tut in einer solchen Situation der Zusammenschluß der oppositionellen Kräfte not, um den rücksichtslosen Angriffen der Hauenschild und Co. begegnen zu können und auf dem Gewerkschaftstag nicht von dort vorhandenen Kräfteverhältnissen überrascht zu werden, um dort selbst handeln zu können.

Mehr denn je tut es auch not, daß bei der Vorbereitung des Gewerkschaftstags die Mitglieder mobilisiert werden, daß Anträge im Interesse der Arbeiter und Angestellten gestellt werden und die kämpferischen Kräfte, die eindeutig Stellung beziehen wie eben Paul Plumeyer, auch unterstützt werden, gewählt werden.

Der Kern im Kampf für eine starke IGCPK kann nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition sein, die genau jene Forderungen der oppositionellen Kräfte seit langem vertritt, die heute aktuell sind und die einzige Möglichkeit der Organisation der Opposition ist. Hier gilt es jetzt, nach Kräften aktiv zu werden.

Der Gewerkschaftskommentar

Der Frauentag und die Einheitsgewerkschaft

Der DGB kann sich aufgrund seines Prinzips der Einheitsgewerkschaft nicht an Aktivitäten zum Internationalen Frauentag am 8. März beteiligen, da diese Veranstaltung parteipolitisch ist.

So läßt sich das Rundschreiben von Heinz Vetter und Maria Weber vom 28. Januar knapp zusammenfassen, in dem der Beschluß des DGB-Bundesvorstands vom 19. Januar '80 wiedergegeben ist.

Man fragt sich unwillkürlich: Was denn noch eigentlich alles? Wie weit will man in der Vorstandsetage des DGB eigentlich noch gehen? Wann beschließt das Paar Vetter/Weber die Abschaffung des 1. Mai? Oder die Absetzung des Kampfes um kürzere Arbeitszeit? Initiativen der sozialistischen Internationale waren beides!

Es ist ein billiger Vorwand, darauf hinzuweisen, daß der Beschluß, einen internationalen Frauentag zu begehen, ja schließlich von der sozialistischen Internationale gefaßt worden sei, und sich deshalb zu einem parteipolitischen Tag entwickelt hätte.

Der Internationale Frauentag war — und ist — Ausdruck des Kampfes aller Frauen, der werktätigen Frauen vor allem, um politische, soziale und wirtschaftliche Gleichstellung. Er war niemals, und das wissen die Urheber dieses DGB-Beschlusses sehr genau, ein parteipolitischer Tag. Vielmehr beteiligten sich stets auf der ganzen Welt Millionen von Frauen, die keiner Partei angehörten, an Aktionen am 8. März. Eben weil es ihre ureigensten Forderungen waren, die da erhoben wurden. Die Initiative zum Frauentag ging Anfang des letzten Jahrhunderts von der sozialistischen Internationale aus, das ist unbestritten. Aber: Spricht das gegen die Forderungen der Frauen oder spricht das nicht vielmehr gegen jene Parteien, die ihre Frauenpolitik nach dem Motto „Das Weib sei dem Manne untertan!“ gestalteten, der Unterdrückung und besonderen Ausbeutung der Frau das Wort redeten? Jeder normale Mensch kommt da nach kurzer Überlegung zu einem eindeutigen Schluß: Wer gegen diesen Frauentag ist, ist nicht gegen oder für diese oder jene Partei, sondern er ist gegen die Sache, er ist gegen die Forderungen der Frauen.

Daß die Kapitalisten ein besonderes Interesse an einer unterdrückten Frau haben, daß sie niedrigen Lohn zahlen, das ist seit langem bekannt. Jetzt aber kommt dieser Beschluß. Ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich seit langem dafür einsetzen, eine wachsende Zahl von Frauen zur gewerkschaftlichen Aktivität zu mobilisieren. Das war seit der Linie des DGB. Und es liegt ganz offensichtlich auf der Hand, daß es die Kapitalisten und die offenen Reaktionskräfte sind, denen dies nicht gepaßt hat.

Aber wessen Interessen sollen denn vom DGB vertreten werden? Die der arbeitenden Menschen in diesem Lande, also auch der arbeitenden Frau. Wer kann sich denn durch den Frauentag angegriffen fühlen? Sollen sie sich offen zu erkennen geben!

Einheitsgewerkschaft heißt nicht freie Fahrt der Reaktion, wie es Vetter seit seinem Treffen mit Strauß immer offener verlangt und wozu er alle reaktionären und käuflichen Kräfte im DGB aufstachelt. Einheitsgewerkschaft heißt immer noch: über alle parteipolitischen Grenzen hinweg den einheitlichen Kampf um wirtschaftliche Verbesserung, sozialen Fortschritt und politische Demokratie zu führen.

Zahlreiche Frauenausschüsse des DGB und der Einzelgewerkschaften haben sich diese Position zu eigen gemacht und damit begonnen, den 70. Internationalen Frauentag vorzubereiten. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Vorbereitungen nicht abgebrochen, sondern verstärkt werden, daß dieser Tag zu einer Demonstration der Forderungen der arbeitenden Frau unseres Landes werden. Heinz Oskar kann Maria ja an diesem Tag zu einer Landpartie einladen...

Berichtigung zu „Roter Morgen“ 6/80

Im letzten „Roten Morgen“ ist uns ein Teilsatz verschwunden.

In dem Artikel „Eindeutige Beschlüsse im Interesse der Arbeiter tun dringend not“, der der Vorbereitung des IGCPK-Gewerkschaftstags gewidmet war, stand:

„Denn die Satzungsänderung, die die Praxis der Einsetzung der betrieblichen (also auch nichtgewerkschaftlichen) Vertrauensleute legalisierte...“

Stattdessen muß es aber heißen:

„Denn die Satzungsänderung, die die Praxis der Einsetzung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute aus den Reihen der betrieblichen (also auch nichtgewerkschaftlichen) Vertrauensleute...“

Skandalöser DGB-Beschluß

Dieses Verbot darf nicht hingenommen werden!

DGB im Dienst der CDU-Parteipolitik?

DÜSSELDORF.— Der oben wiedergegebene Beschluß des DGB-Bundesvorstands, den Gewerkschafterinnen die Teilnahme am Internationalen Frauentag zu verbieten, stößt bereits jetzt auf großen Widerstand. Von verschiedenen Frauenausschüssen einiger Einzelgewerkschaften, insbesondere der IG Metall, war bereits zu erfahren, daß sie sich die Durchführung von Aktionen an diesem Tag nicht verbieten lassen wollen.



Ein Faksimile-Abdruck des Rundbriefes, mit dem der DGB-Bundesvorstand über seinen skandalösen Beschluß informierte. (Entnommen aus: Die Neue)

Der Vorstand der IG Metall faßte, in Abwesenheit Eugen Loderers, den Beschluß, daß die IG Metall am Frauentag teilnehmen werde. Andererseits wurde bekannt, daß DGB-Funktionärinnen mit vorbereitetem Redematerial zu verschiedenen Frauenausschüssen kamen, um zu „beweisen“, daß dieser Tag nur im Interesse der Chaoten liege.

In Wahrheit wird gerade andersherum ein Schuh daraus: Die Absage an den Frauentag liegt im Interesse des Kapitals, im Interesse der CDU und ihrer offen reaktionären Frauenpolitik! Dafür dürfen sich die DGB-Gewerkschafterinnen nicht ausnutzen lassen!

Es ist die Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiterinnen, entgegen diesem Verbot den Internationalen Frauentag zu organisieren.

Gewerkschaftsangestellte:

Wegen Anti-Strauß-Plakette entlassen?

Neun Jahre lang war Ute Nanay Locherin bei der Hauptverwaltung der IG Bau-Steine-Erden in Frankfurt. Dann wurde sie fristlos entlassen. Unmittelbar vor ihrer Entlassung hatte es eine Auseinandersetzung am Arbeitsplatz der Locherin gegeben.

Ute Nanay hatte einen Kleber gegen Strauß an ihrer Maschine befestigt. Als ihre Vorgesetzten von ihr verlangten, diesen zu entfernen, weigerte sie sich mit der Begründung, Strauß sei ein Gewerkschaftsfeind, gegen den man sich zur Wehr setzen müsse. Zwei Tage nach dieser Auseinandersetzung wurde die Locherin auf die Straße gesetzt. Wenn in der

Kündigung auch nicht auf den Anti-Strauß-Kleber Bezug genommen wird, so liegt doch die Vermutung nahe, daß es sich hier um einen neuen skandalösen Versuch der Gewerkschaftsführung handelt, die gewerkschaftliche Bewegung gegen Strauß zu disziplinieren.

Ute Nanay hat inzwischen viele Solidaritätsbekundungen aus den Reihen der IG Bau und auch der IG Metall erhalten. Anfang dieser Woche wurde ihre Klage vor dem Arbeitsgericht gegen die Entlassung behandelt. Ein Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Wir werden in der nächsten Ausgabe des RM ausführlich über den Fall berichten.

Die Kanzlerkandidatur von Strauß hat unter den demokratischen und antifaschistischen Kräften unseres Landes breite Aktivitäten ausgelöst, die sich beispielsweise in zahlreichen Protestkundgebungen gegen den CSU-Chef niedergeschlagen haben. Sie hat aber auch eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Eine davon ist die, ob denn heute, bei aller notwendigen Frontstellung gegen Strauß, überhaupt noch von einem Unterschied zwischen ihm und Schmidt, zwischen den Unionsparteien und der SPD gesprochen werden kann.

Strauß und Schmidt — kein Unterschied?

Fragen im Kampf gegen Reaktion und Faschismus

Eine solche Fragestellung kommt natürlich nicht von ungefähr. In ihr schlagen sich vielmehr zehn Jahre Erfahrung mit sozialdemokratischer Regierungspolitik nieder. Ende der sechziger Jahre ist die SPD ja auch als Alternative zu den Unionsparteien angetreten; sie hat wachsenden Wohlstand für die Werktätigen, mehr Demokratie und andere schöne Dinge versprochen. Und wenn heute, nach einem Jahrzehnt der von Brandt und später von Schmidt geführten Koalition die Rechnung aufgemacht wird, dann kommt exakt das Gegenteil von dem heraus, was uns damals versprochen wurde.

Statt unseren Wohlstand hat die SPD-Regierung die Profite der Kapitalisten gemehrt und dazu beigetragen, daß alle Lasten der Krise auf den Rücken der Werktätigen abgewälzt werden. Statt die demokratischen Rechte auszuweiten, wurde die Faschisierung weiter vorangetrieben, gab es Berufsverbote, verstärkte Aufrüstung der Polizei und „Antiterrorgesetze“. Kein Zweifel, die SPD hat als Regierungspartei nicht unsere, die Interessen der Werktätigen vertreten, sondern die der Bourgeoisie, sie hat die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals gestärkt. Das Jahrzehnt der von der SPD geführten Koalitionsregierung hat zudem einmal mehr gezeigt, daß diese Partei ungeachtet ihrer sozialen Zusammensetzung eine bürgerliche Partei ist, die dem Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen feindlich gegenübersteht.

Ist es angesichts dieser Tatsachen also richtig, wesentliche Unterschiede zwischen dem Programm der SPD und dem der Strauß-Partei zu bestreiten? Würde ein Kanzler Strauß nur einfach das fortsetzen, was die Kanzler Brandt und Schmidt vor ihm begonnen haben? Eine solche Annahme ist falsch. Denn es gibt durchaus ernsthafte Unterschiede, Differenzen und Widersprüche zwischen den beiden genannten Positionen. Und für die Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte in unserem Land wäre es verhängnisvoll, würden sie sich demgegenüber gleichgültig verhalten.

Das Programm der Strauß-Partei

Man braucht sich, um diese unterschiedlichen Positionen zu erkennen, nur das Programm der Strauß-Partei anzusehen. Einige Beispiele: Ihr geht es nicht darum, den sozialen Besitzstand der Werktätigen nur einfach weiter abzubauen wie das auch in den letzten Jahren schon geschehen ist. Die Strauß-Partei stellt grundsätzlich diesen ganzen Besitzstand in Frage, indem sie einen weitgehenden Abbau des „Sozialstaates“ fordert.

In den wirtschaftlichen Kämpfen stellt sich diese Partei

nicht nur offen auf die Seite der Unternehmer. Sie hat in aller Deutlichkeit ihre Absicht verkündet, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Denn nichts anderes bedeuteten die Drohungen des Herrn Strauß mit dem Aufbau eigener, von ihm gesteuerter Spaltergewerkschaften. Der Kanzlerkandidat hat sich in dieser Frage nach seinem Gespräch mit Vetter zwar zurückgehalten. Das bedeutet aber natürlich nicht, daß er seine Absichten aufgegeben hätte. Man sollte in diesem Zusammenhang auch bedenken, daß die CSU aktive Hilfe beim Aufbau von „Gewerkschaften“ in Chile lei-



stet, die nichts anderes sind als eine faschistische Arbeitsfront. Und bezeichnenderweise haben CSU-Politiker erklärt, dieses Gewerkschaftsmodell aus dem faschistischen Chile ließe sich auch in den „Demokratien Europas wiederholen“.

Oder nehmen wir die Frage des weiteren Abbaus der demokratischen Rechte. Die Strauß-Partei setzt sich nicht nur für die rücksichtslose Durchführung aller reaktionären Gesetze ein, die in den anderen Parteien noch oder wieder umstritten sind. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte einheitliche Polizeigesetz, das in Bayern längst in Kraft getreten ist. Die Strauß-Partei will darüber hinaus die terroristische Abrechnung mit allem, was links ist. Man braucht hier nicht auf die sattem bekannten Hetztiraden des Führers dieser Partei einzugehen. Es genügt wohl, als Zeichen dafür, daß solche Tiraden auch ernst gemeint sind, die Vorgänge im anläßlich der Schleier-Entführung gebildeten Krisenstab anzuführen. Franz Josef Strauß, der diesem Stab angehörte, forderte in vollem Ernst die Ermordung der Stammheimer Gefangenen als Rache für das Schleier-Attentat.

Als letztes schließlich soll kurz auf die Stellung der Strauß-Partei in der gegenwärtigen Situation einer verschärften Kriegsgefahr hingewiesen werden. Auch hier ist es nicht so, daß diese Partei nur einfach mehr Rüstung, einen stärkeren Ausbau der Bundeswehr usw. anstreben würde. Auch hier legt sie ein Konzept vor, das sich wesentlich von dem der Regierung unterscheidet. Sie will den Einfluß des westdeutschen Im-

perialismus im Nahen Osten auf dem Wege des direkten militärischen Eingreifens sichern und fordert die Ausweitung der NATO unter Beteiligung der Bundeswehr auf diese Region.

Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, daß sich die Unionsparteien bis heute weigern, die bestehenden Grenzen in Europa anzuerkennen. Sie erheben ganz offen den revanchistischen Anspruch der Monopolbourgeoisie auf die DDR und das östliche Polen; darüber hinaus fehlt es nicht an unverhüllten Kriegsdrohungen gegen den Osten, die sich bis zu solchen

un glaublichen Äußerungen von Strauß steigern, er wolle die Sowjetunion von der Landkarte streichen.

Die reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals setzen auf Strauß

Fassen wir zusammen: Das Programm, mit dem Strauß im Herbst die Macht in Bonn übernehmen will, zeichnet sich in allen Bereichen durch eine beispiellose Aggressivität aus. Es ist ein frontaler Angriff gegen die verbliebenen sozialen und politischen Rechte der Werktätigen in unserem Land, es würde die Gefahr des Einbeziehens der Bundesrepublik in militärische Auseinandersetzungen zwischen den Supermächten schlagartig erhöhen. Und wie gesagt: die Strauß-Partei hat deutlich zu verstehen gegeben, daß sie ihr Programm notfalls auch mit terroristischer Gewalt durchsetzen wird.

Und gerade deshalb setzen heute die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals auf Strauß. Sie sind sich selbstverständlich der Tatsache bewußt, daß die achtziger Jahre, sowohl einen verschärften Kampf der imperialistischen Gruppen und Mächte um Rohstoffe, Einflußgebiete usw. mit sich bringen, wie auch zu einer Verschärfung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik führen werden. Die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die damit verbundene Aufbürdung immer neuer Lasten auf die Werktätigen, der zunehmende

Abbau der demokratischen Rechte — all das wird unweigerlich breite wirtschaftliche und politische Kämpfe auslösen. Es wird zudem dazu beitragen, daß das Vertrauen der Massen in das kapitalistische System und in den bürgerlichen Staat weiter zerrüttet wird, daß zunehmend die Frage nach einem Ausweg gestellt wird und der Einfluß der Kommunisten sich erhöht.

Um dem vorzubeugen, um alle Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu ersticken, haben die erwähnten Kräfte Strauß als ihren Mann an die Spitze der Unionsparteien geschoben, wollen sie ihn an die Spitze ihres Staates stellen. Aber warum wäre ein Schmidt, der ja auch alles andere ist als ein demokratischer Politiker, nicht in der Lage, diese Aufgaben für das Monopolkapital zu lösen?

Die SPD und die Werktätigen

Um diese Frage zu beantworten, muß man natürlich nicht nur diese beiden Personen betrachten, sondern ihr politisches Umfeld, vor allem die Parteien, in denen sie führende Positionen einnehmen. Wie schon erwähnt, sind sowohl die SPD wie auch die CDU/CSU bürgerliche Parteien. Sie unterscheiden sich jedoch sehr deutlich voneinander, sowohl was ihre klassenmäßige Zusammensetzung betrifft wie auch hinsichtlich der Methoden, mit denen sie die Interessen des Monopolkapitals durchsetzen. Nehmen wir die SPD. Sie wurzelt geschichtlich in der revolutionären Arbeiterbewegung, und ungeachtet der Tatsache, daß sie längst verbürgerlicht ist, hat sie noch viele Arbeiter in ihren Reihen organisiert und wird auch heute noch von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiterklasse gewählt.

Zudem ist sie personell, politisch und ideologisch eng mit den Gewerkschaften in unserem Land verbunden. Aus all diesen Gründen ist der Spielraum der SPD-Führer bei der Durchführung der Politik im Interesse des Monopolkapitals relativ eng. Denn jeder Schritt in dieser Politik führt unweigerlich zum Konflikt mit Teilen der

ker als andere bürgerliche Parteien mit Zugeständnissen an die Werktätigen arbeiten. Natürlich hat die SPD-Führung sich auch gewaltsamer Mittel im Kampf gegen die Arbeiter- und Volksbewegung bedient. Aber wollte sie ein Programm wie das oben dargestellte der Strauß-Partei durchsetzen, würde sie sich vollständig von ihrer Basis und der Anhänger- und Wählerschaft der Partei isolieren. Und dann hätte sie für die Monopolbourgeoisie ihre Funktion als eine politische Kraft, die dämpfend und lähmend auf die Kämpfe der Arbeiterklasse einwirkt, verloren.

Es geht um die Politik für die achtziger Jahre

All diese Rücksichten braucht Strauß nicht zu nehmen. Seine Partei zeichnet sich dadurch aus, daß sie von vornherein auf einem reaktionären Programm gegründet wurde. Sie war nach der Zerschlagung des Faschismus die einzige Partei, die sich offen für die Restauration des deutschen Imperialismus einsetzte. Bezeichnenderweise wurde die CSU der Zufluchtsort zahlreicher ehemaliger Nazi-Verbrecher; der Parteichef selbst hat ja bekanntlich seine politische Karriere als Nationalsozialistischer Führungsoffizier begonnen. Auch heute betreiben die CSU-Führer eine unverhohlene Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppen in der Bundesrepublik und mit faschistischen Regimen im Ausland.

Kennzeichnend für die Strauß-Partei ist auch die enge Verflechtung mit den Spitzen des Monopolkapitals, vor allem mit der Rüstungsindustrie. So sind zahlreiche führende Vertreter der imperialistischen Monopole Mitglieder — teilweise auch Funktionsträger — der CSU bzw. der CDU. Auf der anderen Seite ist Strauß selbst Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus GmbH, hinter der der Rüstungskonzern MBB steht, der wiederum weitgehend von der Siemens- und der Flick-Gruppe kontrolliert wird.

Eine solche Partei, die derart mit faschistischen Elementen

die Monopolbourgeoisie in den achtziger Jahren durchführt. Diejenigen Kräfte, die jetzt Strauß auf ihren Schild gehoben und die ihn als Kanzlerkandidaten der Unionsparteien durchgesetzt haben (was ja auch nicht ohne Kämpfe abging), diese Kräfte wollen einen verschärften kriegstreiberischen Kurs nach außen einschlagen. Und sie wollen im Innern Schluß machen mit einer Politik, die den Werktätigen noch Zugeständnisse macht. Sie setzen auf eine Politik des frontalen Angriffs auf die Bastionen der Arbeiterklasse, auf eine Politik der gewaltsamen Unterdrückung der Klassenkämpfe. Dafür brauchen sie Strauß. Angesichts dieser Tatsachen kann es den Werktätigen in unserem Land nicht gleichgültig sein, ob Strauß nun Kanzler wird oder nicht. Der Machtantritt seiner Partei wäre ein entscheidender Schritt in den Plänen der Monopolbourgeoisie, eine neue faschistische Diktatur zu errichten. Deshalb ist es richtig und notwendig, mit aller Kraft diesem Machtanspruch von Strauß entgegenzutreten.

Den Widerstand gegen Strauß organisieren!

Strauß ist nach wie vor unter allen politischen Figuren des Bonner Staates diejenige, die in der Arbeiterklasse am meisten verhaßt ist. Das hat seinen Grund eben in dem zutiefst reaktionären und arbeiterfeindlichen Programm, das er verkörpert.

Insofern bildet der konsequente Kampf gegen den Machtanspruch von Strauß und seiner Partei auch die beste Grundlage, um breite Schichten der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in einer einheitlichen Front zusammenzuschließen.

Wenn wir einen solchen Kampf fördern und nach allen Kräften unterstützen, so bedeutet das natürlich nicht, daß wir dabei die Massen auf die SPD als „kleineres Übel“ gegenüber der Strauß-Partei orientierten würden. Im Gegenteil, gerade wir Kommunisten sehen es als eine wichtige Aufgabe an, in den Kämpfen gegen den Macht-



Nach Erkenntnissen der Partei kursieren im Ruhrgebiet bereits Flugblätter, in

Komm.: Furcht vor Tumulten

denen dazu aufgerufen werde, die Wahlkampferöffnung der CDU im April in der Essener Gruga-Halle „auf noch breiterer Basis als das letzte Mal zu stören“.

Federführend für die neuen Aktionen gegen Strauß sei „eine sogenannte Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“, deren Ortsgruppe Essen-Mitte schon den Einsatzplan besprochen habe. Inhalt der Einladung: „Diesem Strauß müssen wir entgegenzutreten, und zwar entschieden.“ WAZ vom 9. Febr.

anspruch von Strauß die noch vorhandenen Illusionen in die SPD zu zerstören. Diese Partei ist keine wirkliche Alternative, und ihr gegenwärtiges Kompromißprogramm gegenüber Strauß ebnet ihm und den hinter ihm stehenden Kräften des Monopolkapitals nur den Weg.

Demgegenüber hat unsere Partei sich immer für einen Zusammenschluß der Werktätigen über alle Grenzen der Parteizugehörigkeit und Weltanschauung hinweg gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus eingesetzt. Und wir unterstützen auch den Aufbau der VOLKSFRONT, die den realen Kern eines solchen Zusammenschlusses bildet.



Demonstration der KPD/ML gegen die Paragraphen 88a und 130a am 13. Dezember 1975 in Dortmund.

Reaktionäre Gesetzgebung gerät zunehmend unter Druck

Die „Antiterrorgesetze“ müssen fallen!

Werden die Paragraphen 88a und 130a abgeschafft?

BONN. — Im Lager der Koalitionsparteien sind Vorstellungen bekannt geworden, die sogenannte Antiterrorgesetzgebung, insbesondere die Gewaltparagraphen 88a und 130a, sowie das Kontaktsperregesetz zu

entschärfen. Noch in der laufenden Legislaturperiode, also vor der nächsten Bundestagswahl, will man entsprechende Gesetzesvorlagen einbringen.

So setzte sich der nordrhein-westfälische Landesparteitag der FDP mit großer Mehrheit für die Streichung der Paragraphen 88a und 130a ein. Der FDP-Vorsitzende und Vizekanzler Genscher ließ verlauten, die Paragraphen seien eine „unbestreitbare Fehlentscheidung“ gewesen.

Die Bundesregierung beantwortete eine Anfrage im Parlament in Sachen 88a und 130a, sie habe „gegen eine Streichung der Vorschriften keine Bedenken“. In Koalitionskreisen ist man sich einig: Vor der Sommerpause soll ein gemeinsamer Gesetzentwurf zur ersatzlosen Streichung der im Januar 1976 als 14. Strafrechtsänderung verabschiedeten Gewaltparagraphen ins Parlament eingebracht werden.

Auch das im In- und Ausland seit jeher umstrittene Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 30. September 1977 — kurz Kontaktsperregesetz genannt — ist in die Diskussion der Parlamentarier geraten, die es unter dem Eindruck der Schleier-Entführung im Eilverfahren über die parlamentarische Hürden gebracht haben.

Doch in der Frage des Kontaktsperregesetzes kann von Einmütigkeit keine Rede sein. Während der Kieler Bundesparteitag der FDP schon Ende 1977 gefordert hatte, dem mit der Kontaktsperre isolierten Häftling müsse zumindest ein Pflichtverteidiger gelassen werden, sperrt sich Bundesjustizminister Vogel (SPD) bis heute gegen jede Liberalisierung.

Daß die Debatte um die Streichung bzw. Entschärfung überhaupt geführt wird, liegt nach Angaben der führenden

Politiker an der „zunehmenden Verunsicherung der Jugend gegenüber dem Staat“. Damit wird indirekt eingestanden, daß diese Gesetze auf breite Ablehnung gestoßen sind, daß sie das Vertrauen in den „demokratischen Rechtsstaat“ weiter untergraben haben.

Die sogenannten Gewaltparagraphen 88a und 130a wurden im Januar 1976 vom Bundestag verabschiedet. Sie stellen die „Befürwortung von Gewalt“ unter Strafe. Der Vorstand der Jungsozialisten verbreitete schon vor der Verabschiedung der Gesetze eine Erklärung, in der er die Gesetzesinitiative zurecht „schleichende Zensur“ nannte und eine Gefährdung der Berichterstattung über Solidaritätskundgebungen, Streiks, Aussperrung und Betriebsbesetzungen befürchtete.

Der Bundesvorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier stellte klar, „daß durch eigenwillige Auslegung des einen oder anderen Staatsanwaltes eines Tages ein solches Gesetz zur Zensurmaßnahme gegen Literatur und Kunst mißbraucht werden kann.“

Weiter diagnostizierte er „ein Klima von Einschüchterung und jener Form von Selbstzensur, die in Deutschland schon allzu häufig die Zivilcourage verdrängt hat.“

Von Anfang an bildete sich gegen diese Gesetze eine breite Protestbewegung, die bis in die Regierungsparteien hineinreichte.

Eine Initiative von Verlegern, Buchhändlern und Kulturschaffenden meldete öffentlichen Protest gegen die Ge-

waltparagraphen an. Ihm schlossen sich zahllose namhafte demokratische und antifaschistische Persönlichkeiten an. Die Initiatoren und ein großer Teil der Mitunterzeichner meldeten sich noch einmal zum 45. Jahrestag der Hitlerischen Machtergreifung zu Wort und organisierten den am 26. Januar erfolgreich durchgeführten Kongreß gegen Reaktion und Faschismus in Dortmund.

Das Kontaktsperregesetz ging im Herbst 1977 im Eilverfahren über die Bühne. Es ermöglicht, alle Gefangenen, die des „Terrorismus“ verdächtigt werden, vollständig von der Außenwelt zu isolieren. Auch das Recht auf einen Rechtsanwalt wird dadurch außer Kraft gesetzt. In dieser Situation ist der Häftling auf Gedeih und Verderb der staatlichen Willkür ausgeliefert.

Bei der Verabschiedung dieses Gesetzes reichte der Widerstand bis in die Bundestagsfraktion der SPD hinein, so daß die Regierung das Gesetz nur mit massiver politischer Unterstützung der Unionsparteien über die Hürden bekam.

Westdeutschland ist seit dem das einzige Land in Europa, das die Rechte seiner Gefangenen derart drastisch beschneidet, dessen Rechtsprechung an diesem Punkt kaum Unterschiede zu faschistischen Staaten aufweist!

Der öffentliche Widerstand gegen diese angeblich gegen den Terrorismus gerichteten Gesetze ist niemals abgerissen. Von Anfang an haben die Demokraten die „Antiterrorgesetze“ als frontalen Angriff auf die bestehenden demokratischen Rechte begriffen. Viele haben gesehen, daß solche Gesetze Meilensteine

auf dem verhängnisvollen Weg in ein neues '33 sind.

So wie die Regierungen von Bund und Ländern zumindest teilweise die Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst fallen lassen mußten, genauso sehen sich SPD und FDP derzeit gezwungen, Überlegungen zur Entschärfung der Antiterror-Gesetze anzustellen.

Das ist ein klarer Beweis dafür, daß die Antifaschisten und Demokraten der Falschierung von Staat und Gesellschaft nicht ohnmächtig zuzuschauen brauchen. Das ist ein klarer Beweis dafür, daß die Bourgeoisie und ihre Regierung nicht einfach machen kann, was sie will. Das ist ein klarer Beweis dafür, daß die Regierung sich gezwungen sieht, auf die breiter werdende Front gegen Reaktion und Faschismus zu reagieren.

Trotzdem oder gerade deshalb muß der Kampf verstärkt und zusammengefaßt werden. Wie das Beispiel der Regelanfrage zeigt, versuchen sowohl die Bundesregierung, wie auch die Länderregierungen auf anderem Wege, die Berufsverbotspraxis trotzdem aufrechtzuerhalten. Die Antifaschisten und Demokraten müssen jetzt weiter in die Offensive gehen. Parteipolitische und weltanschauliche Unterschiede dürfen sie nicht daran hindern, gemeinsam und verstärkt gegen den Abbau der demokratischen Rechte, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Jetzt, wo die Koalitionsparteien über die Entschärfung der „Antiterrorgesetze“ laut „nachdenken“, muß die Losung heißen:

Für die ersatzlose Streichung der „Antiterrorgesetze“!

In eigener Sache

Noch einmal zum Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann

Als vor drei Wochen das Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann, einer der militantesten faschistischen Banden in unserem Lande, durch die Nachrichtensendungen bekannt wurde, war die Genugtuung unter den Antifaschisten im In- und Ausland groß.

Die staatlichen Behörden, die bis dahin auf empörende Art und Weise die alten und neuen Nazis mit Samthandschuhen anfaßten oder sogar unter Polizeischutz völlig frei gewähren ließen, sahen sich aufgrund des massiven öffentlichen Drucks im In- und Ausland gezwungen, gegen Hoffmanns bewaffnete Trupps einzuschreiten.

Besonders für die vielen antifaschistischen Initiativen in unserem Land, die es sich unter anderem zur Aufgabe gesetzt haben, das Verbot sämtlicher faschistischer Organisationen durchzusetzen, war das Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann ein wichtiger Marktstein in ihrem Kampf. Nicht zuletzt die etwa 5000 Teilnehmer des Kongresses gegen Reaktion und Faschismus hatten sich für die Forderung nach dem Verbot der Nazibanden eingesetzt.

Wer die Artikel im letzten „Roten Morgen“ zum Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann gelesen hat, merkt von alledem nur wenig. Einseitig konzentrierten wir uns auf das Vorgehen des Innenmini-

steriums, das konsequenter hätte sein müssen, und auf die Gefahr des Verbots linker Organisationen, die natürlich auch real besteht.

Was in unseren Artikeln zurecht vermißt wurde, war die klare und eindeutige Feststellung, daß hier die Herrschenden in unserem Land zu einem Schritt gezwungen wurden, den sie ohne die ständig stärker und breiter werdende antifaschistische Bewegung niemals getan hätten. Was in unseren Artikeln zurecht vermißt wurde, war die klare und eindeutige Feststellung, daß das Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann der Beweis dafür ist, daß gerade jene Kräfte auf dem richtigen Weg sind, die den Zusammenschluß aller Antifaschisten und Demokraten über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg fordern und organisieren.

Auf diesem Weg gilt es jetzt weiterzugehen. Die Wehrsportgruppe Hoffmann, die aller Wahrscheinlichkeit nach Gönner in den Kreisen des Großkapitals hat, ist verboten worden. Gut so! Jetzt kommt es darauf an, dafür zu sorgen, daß Hoffmann und seine Spießgesellen hinter Gitter wandern.

Jetzt kommt es darauf an, dafür zu sorgen, daß nicht nur die Wehrsportgruppe Hoffmann, sondern sämtliche neofaschistischen Gruppen und Organisationen verboten und aufgelöst werden!



Das Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann ist ein wichtiger Sieg für die antifaschistische Bewegung in Westdeutschland.

Lebenslange Haft für SS-Schergen

STADE. — Ein Schwurgericht in Stade hat gegen den ehemaligen SS-Unterscharführer Erich Scharfetter wegen der Ermordung von 18 Juden in estnischen Konzentrationslagern 18 mal die lebenslange Freiheitsstrafe verhängt.

Nach 14monatiger Verhandlungsdauer und der Vernehmung von fünfzig Zeugen sah das Gericht als erwiesen an, daß Scharfetter im November 1943 im Lager Kuremea 15 arbeitsunfähige Juden mit der Spitzhacke erschlagen und ihnen anschließend die Kehle durchgeschnitten hat.

Weiter wurde nachgewiesen, daß er in einem anderen Lager drei an Flecktyphus erkrankte Juden erschossen hat.

Der heute 72jährige SS-Mörder wurde von den KZ-Inassen der „Mann mit der Spitzhacke“ genannt.

Dieses Urteil ist angesichts der vorherrschenden Tendenz,

SS-Mörder mit Samthandschuhen anzufassen, eine Genugtuung für jeden Antifaschisten.

NSDAP gegründet

FRANKFURT. — Der einschlägig vorbestrafte Faschist Erwin Schönborn hat in Frankfurt eine „Nationalsozialistische demokratische Arbeiterpartei“ (NSDAP) gegründet.

Gleichzeitig löste er die „Arbeitsgemeinschaft NSDAP“ auf, gegen die die Staatsanwaltschaft wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelte.

Offensichtlich verfolgt Schönborn mit seiner faschistischen Sekte die Absicht, die grüne Bewegung um einen weiteren braunen Farbtupfer zu bereichern, denn er ließ verbreiten, zum Parteiprogramm gehöre eine „ökologische Grundhaltung“. Für die zuständigen Behörden sollten die Vorstrafen Schönborns und vor allem der Name seiner Partei Anlaß für die sofortige Auflösung der Faschistenbande sein.

350 Antifaschisten gegen Strauß

Im antifaschistischen Kampf keine Spaltung zulassen!

Volkskorrespondenz aus Neumünster

Wie der „Rote Morgen“ schon in seiner letzten Ausgabe gemeldet hat, demonstrierten am Samstag, den 2. Februar einige hundert Menschen gegen Franz Josef Strauß, der einen Auftritt in der Holstein-Halle hatte, um seine Anhänger auf sein Programm einzuschwören. Der folgende Bericht schildert nun, wie es zu den Protesten gegen Strauß kam, und welche Probleme beim Aufbau einer gemeinsamen Kampffront auftraten.

Schon im Dezember 1979, als der Strauß-Auftritt bekannt wurde, trafen sich verschiedene Antifaschisten und Demokraten — u.a. Schülersprecher, Umweltschützer, Vertreter des türkischen Arbeitervereins und der Volksfront.

Gemeinsam vertraten sie die Ansicht, man müsse über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg eine möglichst breite Aktionseinheit gegen den Strauß-Besuch schmieden.

Gesagt, getan: Mit Flugblättern und Info-Ständen wurde die Öffentlichkeit informiert, wurde zur Aktionseinheit aufgerufen. Zusätzlich wurden alle Organisationen, die am Antikriegstag 1979 teilgenommen hatten — u.a. VVN und DKP — zu einem Vorbereitungstreffen eingeladen.

Auf dem Vorbereitungstreffen wurde dann eine gemeinsame Demonstration beschlossen — leider glänzten VVN und DKP mit Abwesenheit.

Zufällig erfuhren die Initiatoren der Aktionseinheit, daß die VVN in aller Heimlichkeit dabei war, eine zweite Demonstration zu organisieren, wobei sie aufrief, „aktiv zu werden, und zwar ungeachtet parteipolitischer und weltanschaulicher Unterschiede“.

Daß VVN und DKP mehr an einer Spaltung der Anti-Strauß-Aktionen als an einer Aktivierung der Antifaschisten interessiert waren, zeigte sich endgültig am Tag der Demonstration, als sie wahrheitswidrig verbreiteten, die Demonstration der Aktionseinheit beginne später als verabredet.

Sprecher der Aktionseinheit forderten die Anhänger der DKP und des VVN, die größtenteils über die Bestrebungen der Aktionseinheit nicht informiert waren, auf eine gemein-

same Demonstration durchzuführen und informierten gleichzeitig über die Täuschungsmanöver von VVN und DKP.

Viele Unterzeichner des VVN-Aufrufs zogen daraufhin ihre Unterstützung zurück und reihten sich ein in die Aktions-einheit, die es mit dem gemeinsamen Kampf über Meinungsverschiedenheiten hinweg ehrlicher meinte als die VVN.

Am 2. Februar um 10.30 Uhr war es dann soweit. Über 350 Antifaschisten formierten sich zu einer kämpferischen Demonstration zur Holsteinhalle — für Neumünster eine ganze Menge.

Auf der Abschlußkundgebung ging es in der Rede vor allem um die Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes gegen ein neues '33: „Schaffen wir es nicht, diesen Widerstand weiter zu organisieren, über die Unterschiede der politischen Weltanschauung hinaus, werden uns Figuren wie Strauß unweigerlich in ein neues '33 führen, werden wir wieder gegen unseren Willen auf die Schlachtfelder eines neuen imperialistischen Weltkrieges getrieben. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß wir nicht gegen einen einsamen Faschismusverbreiter kämpfen, sondern Strauß — das ist ein Programm.“

Viele haben im Nachhinein das spalterische Vorgehen von VVN und DKP als für den antifaschistischen Kampf sehr schädlich verurteilt. Doch mochten VVN und DKP nicht auf ihre eigene Demonstration verzichten. Sie bekamen allerdings postwendend die Quittung dafür. Obwohl sie landesweit mobilisiert hatten, kamen nur 150 Teilnehmer. Doch wäre es weit besser gewesen, diese 150 wären mit auf der Demonstration der Aktionseinheit gewesen.

2 000 Antifaschisten in Hattingen

Machtvolle Kundgebung gegen NPD-Provokation

Volkskorrespondenz aus Witten

Am Sonnabend hatte sich der berüchtigte NPD-Führer Karl-Heinz Lindner, seines Zeichens Major der Bundeswehr und Duzfreund von Franz Josef Strauß zu einem Besuch in Hattingen angesagt. Zusammen mit einem Haufen seiner braunen Parteifreunde wollte er auf dem Untermarkt der Stahlarbeiterstadt eine Hetzkundgebung durchführen.

Trotz zahlreicher Proteste hatte der von der SPD geführte Stadtrat ihm die Genehmigung dafür erteilt. Damit allerdings gaben sich vor allem die Hattinger Gewerkschafter nicht zufrieden. Die örtlichen Organisationen von DGB und IG Metall riefen mit Flugblättern zu einer Gegenkundgebung auf. Am Sonnabend zeigte sich dann, daß viele Arbeiter der zum Thyssen-Konzern gehörenden Henrichshütte und auch viele Jugendliche diesem Aufruf gefolgt waren. Auch aus den Städten der Umgebung, zum Beispiel aus Witten, waren Gewerkschafter zu dieser Kundgebung gekommen.

Eine Reihe von Kollegen hatten selbstgemachte Transparente mitgebracht. Da konnte man zum Beispiel lesen: „Faschisten raus aus Hattingen!“, „Wehret den Anfängen!“ oder „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ Von Anfang an herrschte auf der Kundgebung, an der insgesamt etwa 2 000 Antifaschisten teilnahmen, eine gute und kämpferische Stimmung. Der Wille der Versammelten, eine feste Front gegen den Faschismus zu bilden, kam auch im gemeinsamen Gesang des Solidaritäts- und Einheitsfront-Liedes zum Ausdruck. Großes Interesse fanden die Flugblätter der Volksfront, die bei der Kundgebung verteilt wurden. Teilweise stellten sich die Kollegen in einer Reihe an, um ein Flugblatt zu bekommen.

Die Rede des Kollegen Holler vom IGM-Bildungszentrum



200 Polizisten waren aufgeboten worden, um die NPD-Kundgebung vor den Antifaschisten zu schützen.



Obwohl die Nazis gar nicht erschienen waren, also auch keine Auseinandersetzungen zu erwarten waren, wurde die Polizei aktiv — gegen die Antifaschisten. Hier wird Material für die Spitzelkartellen gesammelt.

in Sprockhövel kennzeichnete das massive Auftreten der faschistischen Banden als Bestandteil der reaktionären Entwicklung in der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die Gefahr hin, die von Strauß ausgeht.

Trotz der Aufforderung des DGB-Kreisvorsitzenden von der Wiesche an die Kundgebungs-

teilnehmer, nicht zum Untermarkt zu gehen, strömten nach der Kundgebung die meisten Kollegen zum Ort der faschistischen Provokation. Der ganze Platz vor dem Rathaus war voll von Menschen. Viele Jugendliche hatten sich vorsorglich mit Eiern und Trillerpfeifen eingedeckt.

Wer jedoch nicht auf dem Untermarkt erschienen war, das war der Major Lindner mit seiner braunen Truppe. Die Faschisten hatten es vorgezogen, gar nicht erst in Hattingen zu erscheinen. Das war ein schöner Erfolg für die Antifaschisten in der Stahlarbeiterstadt.

DGB-Kreis Limburg /Weilburg: Konferenz zur Aussperrung

„Bist Du für oder gegen die Aussperrung?“

Volkskorrespondenz aus Diez

Ich war eingeladen zu einer Arbeitstagung des DGB; das Thema hieß Aussperrung. Anwesend waren größtenteils aktive Kollegen aus vielen Einzelgewerkschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte. Zuerst hielt der Kreisvorsitzende eine sanfte Rede, dann folgte ein Referat eines Kollegen der IG Druck und Papier aus Wiesbaden, der deutlich zu verstehen gab, daß wir uns zusammenschließen und wehren müssen gegen die Aussperrung.

Anschließend war Gelegenheit zur Diskussion; und alle Kollegen, die redeten, sprachen deutliche Worte. Da war nichts zu spüren von Sozialpartnerschaft, alle Beiträge waren geprägt vom Klassenbewußtsein.

Ein alter Kollege wies noch einmal auf die Zusammenhänge hin, die der Aussperrungsterror der Unternehmer mit der faschistischen Machtergreifung 1933 hatte. Er mahnte uns, heute im Kampf gegen die Aussperrung zusammenzustehen.

Viele Kollegen forderten, daß die Aussperrung gegen eine Einzelgewerkschaft durch Streikaktionen anderer Gewerkschaften unverzüglich beantwortet werden müßte.

Forderungen nach einem Generalstreik gegen den Aussperrungsterror wurden laut.

Die Aussperrung wurde klipp und klar als Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung

verurteilt. Viele Kollegen unterstützten die Forderung, die DGB-Kampagne gegen die Aussperrung über den 20. Februar weiterzuführen. Ihr Höhepunkt darf erst Ende März erreicht sein, wenn das Bundesarbeitsgericht in Kassel zusammentritt.

Wir forderten eine Großkundgebung in Kassel und beschlossen, mit Bussen dorthin zu fahren.

Darüber hinaus wurde das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert. Ein Kollege schlug vor, daß wir im Wahlkampf in jeder Gemeinde, in jedem Wahlkreis die Bundestagskandidaten aus ihren Sonntagsreden aufschrecken sollten mit der Frage: „Auf welcher Seite stehst du? Auf der Seite der Unternehmer oder auf der Seite der Arbeiterbewegung? Bis du für oder gegen Aussperrung?“

Zur Karriere des Ex-Justizministers Theisen

„Hervorragende Verdienste...“

Volkskorrespondenz aus Trier

Die Öffentlichkeit sprach zu Recht von einem „Abstieg auf Raten“: Otto Theisen, Exjustizminister von Rheinland-Pfalz (CDU) mußte sich bereits 1978 im Landtag gegen den Vorwurf wehren, er habe versucht, eine bundesweite Durchsuchung von Mercedes-Niederlassungen zu verhindern. Damals ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Verdacht auf Subventionsbetrug.

Im Sommer letzten Jahres wurde dann aufgedeckt, daß die Theisen untergeordnete Frankenthaler Staatsanwaltschaft elf Jahre lang NS-Akten nicht bearbeitet und faschistische Verbrechen nicht verfolgt hatte.

Erst im November erfuhr man durch Indiskretionen in der Presse von zwei Todesfällen in der Mainzer Haftanstalt, bereits im Mai geschehen!

Theisen war nicht mehr haltbar und mußte zurücktreten.

Durch das Schweigen Theisens über die Todesfälle konnte erst im November mit zielstrebigem Ermittlungen begonnen werden. Schon die erste Unter-

suchung nach der Todesnacht (22./23. Mai) hatte bezeichnenderweise bis zum 12. Juni auf sich warten lassen. Dringender Tatverdacht besteht jetzt gegen die Gefängniswärter Prax und Leistler. Noch im November hatte Theisen keinerlei Hinweise darauf geben können, daß die Täter unter den Bediensteten des Gefängnisses zu finden wären.

Bis zur Stunde sind die Ermittlungen im Mainzer Gefängnis-Kandal noch nicht abgeschlossen, doch Theisen wird schon wieder „reingewaschen“: Selbstverständlich durfte er Mitglied des Landesvorstandes der rheinland-pfälzischen CDU bleiben und auch Landtagsabgeordneter.

Jetzt erhielt er zudem die Ehrendoktorwürde der (man beachte!) Juristischen Fakultät der Universität Trier.

Der Dekan Dr. Klöpfer begründete diese Auszeichnung Theisens mit „hervorragenden Verdiensten um die Rechtswissenschaft“. Man sieht, die bürgerliche „Demokratie“ läßt ihre Verwalter und Geschäftsführer nicht verkommen!

Veranstaltung der KPD /ML



„Gibt es einen III. Weltkrieg?“
Diskussionsveranstaltung der KPD/ML zu den Ereignissen in und um Afghanistan.
Freitag, 22. Februar, Turnhalle Frankfurt-Fechenheim, Pfortenstr. 55

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“ ☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

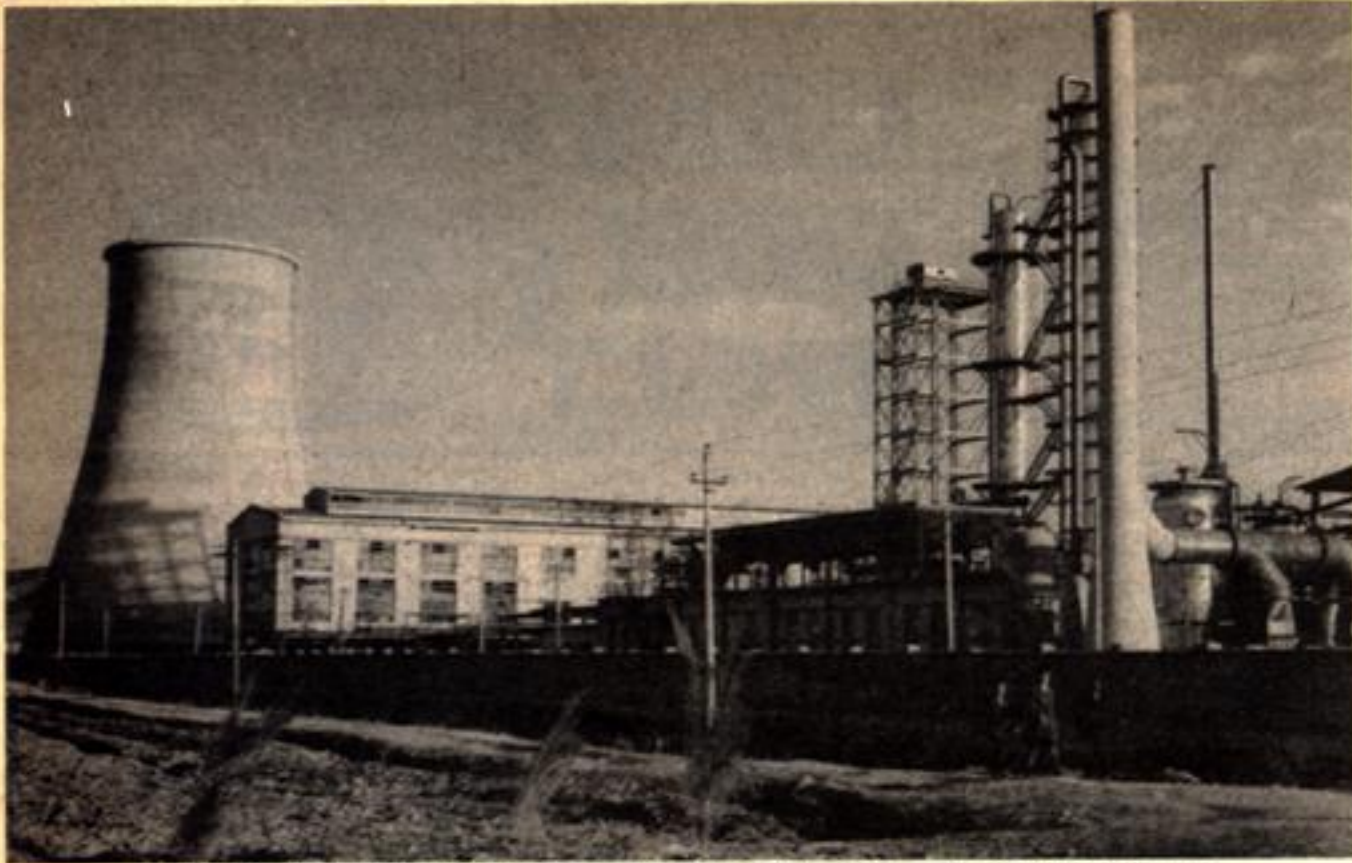
Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinger Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30



Trotz rascher Entwicklung der Industrie: Keine Umweltzerstörung



Bezeichnend für Albanien: Grünanlagen zur Erholung

Umweltschutz in Albanien

Ein Land ohne Umweltzerstörung

Vor drei Jahren machte die griechische Sängerin Marinella eine Tournee durch Albanien. Ihr Besuch wurde von der westlichen Presse als Sensation empfunden und ausführlich kommentiert. So meldete etwa die Presseagentur AP nach einem Gespräch mit der Sängerin und ihrer Gruppe:

„Als Paradies ohne Umweltverschmutzung, in dem trotz harter Arbeit und äußerlichem Ernst Fröhlichkeit das Bild bestimmt, beschrieben die Musiker nach ihrer Rückkehr aus Albanien das völlig isolierte Land.“ Wir wollen hier nicht auf die sattem bekannte Lüge von der angeblichen Isolierung Albanien eingehen, die auch der Mann von AP eifertig dem Bericht der Musiker anhängte. Etwas anderes ist hier sehr aufschlußreich. Wie alle ausländischen Besucher, so hatte auch Marinella in Albanien das Fehlen einer Erscheinung registriert, die in unseren Ländern nicht zu übersehen ist: die Umweltverschmutzung.

Nun könnte man einwenden, diese Tatsache sei auf den Umstand zurückzuführen, daß Albanien einen niedrigeren Stand der industriellen Entwicklung als die kapitalistischen Länder Europas hat. Eine solche Schlußfolgerung jedoch wäre kurzfristig. Denn zum einen ist die systematische Zerstörung der natürlichen Umwelt des Menschen nicht erst eine Erscheinung der jüngsten Zeit; sie hat vielmehr die Entwicklung des Kapitalismus von Anfang an begleitet — und schon Marx und Engels haben sie beklagt.

Zum anderen haben heute die Völker der kapitalistischen Länder auf niedrigem industriellen Entwicklungsniveau genauso — womöglich sogar noch mehr — unter den Folgen der Umweltzerstörung zu leiden wie die Werktätigen in Europa oder in den USA. Hier soll nur die Versteppung und Verwüstung ganzer Landstriche in der afrikanischen Sahelzone oder im Nordosten Brasiliens erwähnt werden, die übliche Zusammenballung der ganzen Industrie und des Großteils der Bevölkerung eines „Entwicklungslands“ in einem oder in wenigen Zentren usw.

Richtige Verteilung der Industrie

Woher rühren die hier angesprochenen Erscheinungen, und wie ist es möglich, daß sie im sozialistischen Albanien nicht auftreten? Nun, dort wird beispielsweise das verwirklicht, was schon Friedrich Engels forderte: „Nur durch Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur

durch sie können die jetzt in den Städten dahinsiechenden Massen dahin gebracht werden, daß ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird, statt zur Erzeugung von Krankheiten.“

Was Engels hier anspricht, ist die richtige räumliche Verteilung der Industrie. Für den Kapitalismus, wo sich die gesamte Industrieproduktion in den Händen weniger Monopolgruppen konzentriert, ist ja die folgende Entwicklung kennzeichnend: Auf der einen Seite bilden sich die sogenannten Ballungsgebiete heraus, in denen sich die Industrie und damit auch die Umweltbelastung konzentriert; auf der anderen Seite sind weite ländliche Gebiete immer mehr der Verödung preisgegeben. Millionen Menschen, die dort kein Auskommen mehr finden, wandern in die industriellen Ballungsgebiete in der Hoffnung auf Arbeit ab. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind bekannt und brauchen hier nicht im einzelnen beschrieben zu werden. Es genügt wohl, auf die amerikanischen Riesenstädte hinzuweisen, die heute ökologisch und finanziell vor dem Bankrott stehen und in denen die Menschen „dahinsiechen“ müssen wie zu Engels Zeiten.

Das sozialistische Albanien dagegen hat in keiner Phase seiner Geschichte eine solche anarchistische und chaotische Entwicklung gekannt. Hier gibt es weder industrielle Ballungsgebiete noch Regionen mit ausschließlich landwirtschaftlicher Produktion. Vielmehr sind die neuen Industriewerke planmäßig über das ganze Land verteilt worden. So hat heute jeder Bezirk in Albanien seine metall- und holzverarbeitende Industrie, seine Baustoff-, Nahrungsmittelindustrie usw. Dadurch kann sich der Bezirk mit den wichtigsten Gütern selbst versorgen, was unter anderem auch zur Folge hat, daß der Gütertransport — der ja auch die Umwelt belastet — begrenzt werden kann. In diesem Zusammenhang eine bezeichnende Angabe aus der albanischen Statistik: Im Jahre 1965 betrug die mittlere Transportweite im LKW-Verkehr noch 66,6 Kilometer, 1975 waren es nur noch 57,5 Kilometer.

Ein weiterer Faktor bei der planmäßigen industriellen Entwicklung Albanien ist die räumliche Trennung von Industrie- und Wohngebieten. Im allgemeinen sind zusätzlich

Waldschutzstreifen angelegt, die als „Lüftungsanlagen“ bei der Sauerstoffversorgung der Städte und Wohngebiete wirken.

Die Albaner haben ihr Land nicht nur vor Umweltschäden durch den Prozeß der industriellen Entwicklung bewahrt. Sie haben darüber hinaus auch erfolgreich zerstörerische Naturerscheinungen bekämpft. Dazu gehört etwa das große Werk der vollständigen Trockenlegung der Malariasümpfe an der Küste und ihre Umwandlung in Ackerland. Weiterhin ist es gelungen, durch Deiche und Kanäle den Lauf der Flüsse zu regulieren und so die früher ständig auftretenden Überschwemmungen zu verhindern. Schließlich ist im früher verkarsteten Berg- und Hügelland eine systematische Aufforstung betrieben worden, so daß Albanien heute zu den walddreichsten Ländern Europas gehört.

Umweltschutz in der Verfassung verankert

Die große Bedeutung, die man im sozialistischen Albanien dem Umweltschutz beimißt, kann man schon aus der Tatsache ersehen, daß er in der Verfassung des Landes verankert ist. Da heißt es im Artikel 20: „Der Schutz des Bodens, der Naturreichtümer, der Gewässer und der Luft vor Beschädigung und Verschmutzung ist Aufgabe des Staates, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und aller Bürger.“ Nun zeichnet sich Albanien im Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern in Ost und West dadurch aus, daß die Bestimmungen der Verfassung nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch tagtäglich verwirklicht werden.

Wie nimmt beispielsweise der Staat seine im oben angeführten Artikel 20 festgelegten Aufgaben wahr? Beim Ministerrat, der Regierung des Landes, ist eine Zentrale Kommission für Umweltschutz gebildet worden. Ähnliche Kommissionen gibt es bei den Exekutivkomitees der Volksräte in den Bezirken, sie bestehen auch in den Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ihre Aufgabe besteht nicht nur in der Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen und Bestimmungen zum Umweltschutz.

Sie werden schon aktiv, wenn beispielsweise ein neues Industriewerk projektiert wird. Denn schon in der Phase der Planung werden alle möglichen Auswirkungen eines solchen Werks auf Natur und Umwelt studiert, um alle Belastungen

durch Schadstoffe von vornherein auszuschalten. Ein solcher „vorbeugender“ Umweltschutz wäre natürlich auch bei uns möglich, wenn beispielsweise die Farbwerke Hoechst ein neues Werk planen. Und daß es nicht geschieht, liegt natürlich nicht daran, daß etwa die Ingenieure von Hoechst dümmer wären als ihre albanischen Kollegen.

Der springende Punkt ist das Profitinteresse der Kapitalisten. Umweltschutz erfordert Investitionen, die nichts einbringen — außer, daß sie die Gesundheit der Werktätigen schonen. Und die Kapitalisten versuchen eben eher Luft, Erde und Wasser als daß sie auf einen Teil ihres Profits verzichten würden. Anders in Albanien, wo die Wirtschaft nicht zur Befriedigung der Profitinteressen einzelner Monopolherren, sondern im Interesse des wachsenden Wohlstands der breiten Massen organisiert ist. Hier ist es selbstverständlich, daß bei der Errichtung eines

neuen Betriebes die notwendigen Investitionen für den Umweltschutz mit eingeplant werden. Und sollte sich herausstellen, daß diese bereitgestellten Investitionen nicht ausreichend sind, dann springt notfalls der Staat ein, um einen ausreichenden Umweltschutz zu sichern.

Gemeinsame Initiativen für den Umweltschutz

Ist also in Albanien die Umweltverschmutzung generell ein Ding der Unmöglichkeit? Natürlich nicht. Denn trotz der hier dargestellten Maßnahmen kann es vorkommen, daß etwa beim Arbeitsprozeß fahrlässig mit giftigen Werkstoffen umgegangen wird oder daß durch Schlampigkeit Schadstoffe ungefiltert abgestoßen werden. In einem solchen Fall jedoch werden sofort die erwähnten Umweltschutz-Kommissionen aktiv. Und nicht nur sie. Die ganze Belegschaft des betref-

fenden Betriebes kommt in Bewegung. Gemeinsam geht man den Ursachen für die Verschmutzung auf den Grund. Sollte es sich um einen ernsthaften Fall handeln, so haben die Kommissionen das Recht, die sofortige Einstellung der Arbeit anzuordnen, um die Gesundheit der Werktätigen zu schützen. Und natürlich werden dann auch die Verantwortlichen moralisch — und wenn es sein muß gesetzlich — zur Rechenschaft gezogen.

Der Mensch steht im Mittelpunkt. Das ist im sozialistischen Albanien nicht nur eine Phrase wie bei uns, sondern alltägliche Wirklichkeit. Und dafür ist es bezeichnend, daß die staatlichen Organe und die Massen gemeinsam aktiv werden, wo immer die Interessen der Werktätigen verletzt sind. Diese Gemeinsamkeit kommt in Fragen des Umweltschutzes jedoch nicht erst dann zum Ausdruck, wenn — wie hier dargestellt — die Gesetze nicht befolgt wurden. In Albanien gibt es zwischen den Massen und ihrem Staat keine entgegengesetzten Interessen. Was den Schutz der Umwelt betrifft, so stellt der Staat alle dafür notwendigen materiellen Mittel zur Verfügung. Und die Massen entwickeln ihrerseits immer neue Initiativen, um ihre natürliche Umwelt zu erhalten und ihr Land noch schöner zu machen. So werden zum Beispiel freiwillige Arbeitseinsätze unternommen, um Parkanlagen in den Städten und Dörfern anzulegen oder um die Berge aufzuforsten.

Wenn also Albanien dem ausländischen Besucher als ein „Paradies ohne Umweltverschmutzung“ erscheint, dann ist das in allererster Linie darauf zurückzuführen, daß hier das kapitalistische Profitsystem zerschlagen und an seiner Stelle eine sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet wurde, in der die werktätigen Massen ihr Schicksal selbst bestimmen.

Neue Bücher über Albanien



Die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft hat Ende des letzten Jahres mit der Herausgabe einer Schriftenreihe begonnen, die den Titel „Informationen aus und über Albanien“ trägt. Die ersten beiden Broschüren aus dieser Reihe liegen jetzt vor.

„Das nationalsozialistische Besatzungsregime in Albanien“ von Shyqi Ballvora wird sicher auf besonderes Interesse stoßen. Behandelt dieser Aufsatz doch auch einen Ausschnitt aus der finsternen Zeit unserer eigenen Geschichte. Ballvora analysiert die Bedeutung Albanien im System der faschistischen „Neuordnung Europas“ und stellt die Verbrechen des Hitlerischen Besatzungsregimes am albanischen Volk dar. Ein großer Teil seiner Arbeit ist der Darstellung der militärischen und zivilen Organe dieses Regimes gewidmet. Anschaulich wird auch die Taktik der Faschisten beschrieben, die es verstanden haben, die reaktionären Kräfte der albanischen Gesellschaft für ihre Ziele zu mobilisieren. Und schließlich werden auch die revolutionären Kräfte des Volkes unter der Führung der kommunistischen Partei dargestellt, die am Ende alle Pläne der Faschisten vereitelt haben.

Die Broschüre „Die Frauen Albanien“ ist eine Sammlung von Artikeln, die sich mit verschiedenen Aspekten des Lebens der albanischen Frau beschäftigen. So wird unter anderem ihre Rolle im Befreiungs-

kampf und in der heutigen Gesellschaft des Landes dargestellt. Darüber hinaus wird auch grundsätzlich zur Frage der Emanzipation der Frau aus der Sicht des sozialistischen Albanien Stellung genommen. Abgerundet wird diese Broschüre durch eine Reihe von lebendigen Reportagen.

Die Broschüren haben 45 bzw. 70 Seiten und kosten drei Mark bzw. 3,50 Mark. Sie können bezogen werden über DAFG e. V. — Literaturvertrieb Postfach 11 16 05, 2000 Hamburg 11.

„Das sozialistische Albanien auf dem Weg der Industrialisierung“ — unter diesem Titel ist im Verlag „8 Nentori“ jetzt ein Taschenbuch in deutscher Übersetzung erschienen. Die Autoren H. Banja und V. Toci stellen ausführlich sowohl die Entwicklung wie auch den gegenwärtigen Stand der albanischen Industrie dar. In diesem Zusammenhang werden unter anderem auch die in dem Artikel auf dieser Seite behandelten Fragen des Umweltschutzes angesprochen.

Das Buch gibt nicht nur Informationen über die besonderen Bedingungen der Industrialisierung in Albanien. Es behandelt zugleich auch allgemein die verschiedensten Probleme der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung.

Das Buch hat 215 Seiten, kostet 2,40 Mark und kann über den Verlag Roter Morgen bezogen werden.

Vor den Wahlen in Zimbabwe

Der Kampf um die Macht in Salisbury

Geschichte einer seltsamen Blockade

SALISBURY, IM JANUAR 1980. — „Wir“, sagte ein weißer, rhodesischer Großgrundbesitzer zu einer französischen Reporterin, „machen hier eine Strichliste: jetzt führen noch die Amerikaner und Engländer, aber die Deutschen, Japaner und Franzosen holen ganz schön auf.“ Was er meinte war der invasionsähnliche Einfall westlicher Geschäftsleute in Zimbabwe (Rhodesien) nach dem Abschluß des Londoner Vertrages im Dezember letzten Jahres. Die Wirtschaftsblockade, die von der UNO und der britischen Regierung 1965 verkündet wurde, ist seit dem 21.12.1979 aufgehoben.

Warum Blockade?

Als im Jahre 1965 die Verwaltung der britischen Kolonie Südrhodesien einseitig ihre Unabhängigkeit von der „Herrschaft der Krone“ erklärte, geschah das, weil die einheimischen Schichten der herrschenden Reaktion sich nicht mit den Reformvorschlägen der britischen Imperialisten zur äußerlichen Milderung der Rassendiktatur abfinden wollten. Die Briten erachteten angesichts des wachsenden Kampfes der schwarzen Bevölkerung für nationale Unabhängigkeit Reformen als nötig.

Die weißen Großgrundbesitzer waren nicht bereit, auch nur eine einzige Konzession zu machen. So kam es zum Wirtschaftsboykott der von den afrikanischen Staaten verlangt und von Britannien organisiert wurde.

Denn die britischen Imperialisten hatten natürlich nicht nur die politische Macht in ihrer Kolonie, sondern sie auch wirtschaftlich vollständig beherrscht. Der Wert des 1965 in Südrhodesien investierten britischen Kapitals, auf heutige Währungseinheiten umgerechnet, betrug rund 3 Milliarden Mark. Damit war Südrhodesien, nach der Republik Südafrika, das Land mit den höchsten britischen Investitionen in Afrika.

Die mächtigsten britischen Monopole waren dort tätig, vor allem bei der Ausplünderung der Bodenschätze, die es in großen Mengen gibt.

In Zimbabwe liegen die größten bekannten Chromvorkommen der Welt, und das Land nahm — trotz Blockade — 1976 mit 305 000 Tonnen den fünften Platz in der Weltproduktion ein, lieferte 8 Prozent des Weltaufkommens.

Im Jahre 1976 stand Zimbabwe auf dem vierten Rang der Weltproduktion von Asbest, an sechster Stelle der Weltgoldproduktion und an zehnter Stelle bei Nickel, sowie an achtzehnter Stelle bei Zinn. Bedeutende Vorkommen gibt es daneben vor allem an Kupfer, wo 1965 die Prospektion abgebrochen wurde, Bauxit, Eisen, Antimon und etwa 7 Milliarden Tonnen — erschlossene — Kohle.

Die Großgrundbesitzer liefern vor allem Mais, Rindfleisch und, mit den größten Hektarerträgen der Welt, Tabak: rund 1 700 Kilo Tabak je Hektar werden geerntet, im Gegensatz zum afrikanischen Durchschnitt von etwa 900 Kilo je Hektar.

Der gesamte rhodesische Tabak wurde nach Britannien exportiert und nahm zeitweise bis zu 25 Prozent des gesamten Exportvolumens ein.

Es handelt sich also um ein sehr fruchtbares Land, mit guter Bewässerung (mit Wasserkraftwerken wurde das Land zum drittgrößten afrikanischen Erzeuger von Elektroenergie) und: ein Land, das Teil des sogenannten Australgürtels von

Afrika ist, der insgesamt vielleicht rohstoffreichsten Region der Welt, mit Sicherheit aber Afrikas.

Zimbabwe in den Händen der britischen Monopole

Vor dem Boykott, bis zum Jahre 1965 herrschten dort die britischen Monopole. Die London-Rhodesia Company (Lonrho) verfügte in Südrhodesien über mehr als 40 Betriebe, darunter fast alle Gold- und viele Kupferminen, große Agrarwirtschaften und hatte verschiedene Handels- und Transportketten in der Hand.

Die Großaktionäre der Lonrho waren zwei der fünf größten britischen Banken, die Barclay-Bank und die N.M. Rothschildbank, sowie eine ganze Reihe der weißen rhodesischen Großgrundbesitzer.

Kupfer, Chrom und Nickelminen betrieb die Rio Tinto Zinc, das wichtigste britische Monopol der Rohstoffwirtschaft.

Weiter zu erwähnen: die Imperial Tobacco Company, die 25 Prozent des in Britannien verbrachten Tabaks in Zimbabwe erntete, die Imperial Chemical Industries, die die rhodesische Chemiewirtschaft zu 100

Prozent der gesamten Industrie.

Unter diesen Monopolen aber herrscht vor allem die berühmte Anglo-American Mining Company, die sowohl den südafrikanischen wie den rhodesischen schwarzen Arbeiter bis aufs Blut auspreßt. An dieser Gesellschaft wiederum sind, wenig erstaunlich, von britischer Seite aus hauptsächlich die Barclays- und die Rothschildbank beteiligt.

Den Boykott durchbrochen hatten die USA-Imperialisten im Jahre 1971 durch die Annahme des sogenannten Byrd-Amendments, das den Bezug „strategisch wichtiger“ Rohstoffe aus Südrhodesien erlaubte — nahezu aller Rohstoffe des Landes. Mit diesem Datum begann die Union Carbide Company aus USA damit die Vorrangstellung bei der Chromerzeugung zu gewinnen. Mit ihren Anteilen an der südafrikanischen Anglo-American Mining und der Rolle der Union Carbide haben sich die USA-Imperialisten die führende Rolle bei der Rohstoffversorgung des Landes gesichert, den britischen Imperialisten den Rang abgelaufen. Als Gegenmaßnahme hatten die britischen Monopolherren seit 1972 den Boykott immer mehr gelockert und vor allem militärische Güter nach Rhodesien exportiert im Wert von fast 2 Milliarden Pfund Sterling.



Der Großgrundbesitzer Waldschütz mit seiner Privatarmee. 300 Menschen arbeiten für ihn, dazu bezahlt er 40 Mann, schwarze und weiße, als Killertruppe.

Prozent kontrollierte und schließlich die Barclays Bank, die drei Viertel aller Bankgeschäfte organisierte.

Die britischen Imperialisten standen dann, als im Jahre 1965 offiziell der Boykott beschlossen wurde, vor der Aufgabe, einerseits nicht die Empörung afrikanischer Staaten auf sich zu ziehen, indem der Boykott nicht durchgeführt wurde, andererseits die weißen Rassisten für ihre Unbotmäßigkeit in gewissen Grenzen zu strafen, ohne aber sich selbst ihre Profit- und Rohstoffquellen zu beschneiden. Die Lösung hieß nun Südafrika.

Die südafrikanische Lösung

Während die britischen Monopole augenscheinlich den Boykott einhielten, errangen die südafrikanischen monopolkapitalistischen Gesellschaften eine immer größere Bedeutung in Zimbabwe: im Jahre 1979 kontrollierten sie mindestens 57

Prozent der gesamten Industrie.

Unter diesen Monopolen aber herrscht vor allem die berühmte Anglo-American Mining Company, die sowohl den südafrikanischen wie den rhodesischen schwarzen Arbeiter bis aufs Blut auspreßt. An dieser Gesellschaft wiederum sind, wenig erstaunlich, von britischer Seite aus hauptsächlich die Barclays- und die Rothschildbank beteiligt.

Den Boykott durchbrochen hatten die USA-Imperialisten im Jahre 1971 durch die Annahme des sogenannten Byrd-Amendments, das den Bezug „strategisch wichtiger“ Rohstoffe aus Südrhodesien erlaubte — nahezu aller Rohstoffe des Landes. Mit diesem Datum begann die Union Carbide Company aus USA damit die Vorrangstellung bei der Chromerzeugung zu gewinnen. Mit ihren Anteilen an der südafrikanischen Anglo-American Mining und der Rolle der Union Carbide haben sich die USA-Imperialisten die führende Rolle bei der Rohstoffversorgung des Landes gesichert, den britischen Imperialisten den Rang abgelaufen. Als Gegenmaßnahme hatten die britischen Monopolherren seit 1972 den Boykott immer mehr gelockert und vor allem militärische Güter nach Rhodesien exportiert im Wert von fast 2 Milliarden Pfund Sterling.

Farmer auf der restlichen Hälfte des Landes mit ihrer Großwirtschaft 70 Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Produkts, und vor allem den ganzen Tabak erzeugen. Der Durchschnitt ihrer Farmen beträgt 1 200 Hektar, wobei es aber mindestens 500 Riesenfarmen gibt, die zehntausende von Hektar bewirtschaften.

Aber der Kampf der schwarzafrikanischen Bevölkerung verstärkte sich immer mehr und das Terrorregime des Ian Smith kam ins Wanken. Seit 1974 wirkte sich die immer schnellere Aufrüstung deutlich negativ auf Zahlungsbilanz und Investitionsvolumen aus, verbreitete sich eine wirtschaftliche Krise. Im laufenden Jahr 1979/1980 (Finanzjahr) betragen die Militärausgaben mehr als 37 Prozent des Staatshaushalts.

Auf der Suche nach einem Ausweg kam den rhodesischen Rassisten die US-Diplomatie zu Hilfe. Als Ergebnis einer Geheimkonferenz Anfang 1977 nahmen zwar die USA, entsprechend der damaligen, lautstark propagierten Doktrin Carters von den Menschenrechten, den Boykott wieder auf, hatten aber gleichzeitig einen Plan zur Befriedung des Landes ausgearbeitet. Dieser lautete im wesentlichen so, daß unter der schwarzen Bevölkerung eine Klassendifferenzierung und damit auch eine politische Spaltung hervorzubringen sei. Als Autor dieses Plans zeichnete Andrew Young damaliger UN-Botschafter der USA.

Zugeständnisse

Der „Land Tenure Act“ wurde teilweise revidiert, und zwar insofern, als es jetzt eben jenen 8 000 schwarzen Farmern erlaubt war, sich „weiße“ Ländereien zu kaufen — sofern sie das konnten. Und einige konnten. Bekannt wurde vor allem ein schwarzer Farmer namens Tawengwa, der bei der Stadt Marandelle den größten weißen Farmer aufkaufte, für umge-



Schwarze Arbeiter in einer Kupfermine — ihre Bedingungen sind schrecklich. Die Barclays Bank schrieb im Jahre 1966, ihre Gewinne seien zurückgegangen, die die „kostengünstige Arbeitskraft Rhodesiens“ ihre Gesellschaften nicht mehr „zur Verfügung“ gestanden hätten. Da ein großer Teil der Minen im Tagebau betrieben werden kann, sind nur geringe Investitionen nötig, die Profite um so größer.

LÄNDER DER WELT



Rohstoffvorkommen in Zimbabwe

A = Asbest	Li = Lithium	Sn = Zinn
Cr = Chrom	Mn = Mangan	V = Vanadium
Cu = Kupfer	Ni = Nickel	W = Wolfram
D = Diamanten	PT = Platin	Zn = Zink
Fe = Eisen	Pb = Blei	Hg = Quecksilber
H = Phosphate		Gold = Gold
		Kohle = Kohle

rechnet 100 000 rhodesische Dollars, was 200 Jahreslöhnen eines schwarzen Arbeiters entspricht. Entsprechend wurde auch die Linie verfolgt, eine schwarze Regierung, aus eben solchen Leuten zu bilden, um so die schwarze Bevölkerung zu beruhigen. Eben dies wurde im letzten Jahr versucht, als die Regierung Muzorewa in einer Scheinwahl ans Ruder gebracht wurde.

Diese Regierung bedeutete die volle Fortsetzung der Macht der weißen Herren, wobei schwarze Großgrundbesitzer einige Brosamen abbekommen sollten. Aber das Manöver täuschte niemanden, und der Kampf der Patrioticen Front wurde weiter verstärkt. Diese eingeplante Reserve war verloren, und seit der Revolution in Mosambique blieb auch die ausländische Hilfe für die Rassisten auf Südafrika beschränkt. Selbst die britische Thatcher-Regierung, die, wie auch der „Rote Morgen“ schon berichtet hatte, den Plan verfolgte mit der sogenannten schwarzen Regierung Muzorewa die Aufhebung des Boykotts zu vereinbaren, mußte Muzorewa fallenlassen, was mit dem

Londoner Vertrag geschah.

Der erfolgreiche Kampf der schwarzen Patrioten führte schließlich dazu, daß sie nicht mehr als Terroristen verfolgt werden konnten, sondern von der Reaktion als politische Vertretung der schwarzen Bevölkerung akzeptiert werden mußten, was ein wichtiger Erfolg der Nationalen Unabhängigkeitsbewegung war, der ebenfalls im Londoner Abkommen festgeschrieben wurde.

Eine große Gefahr für den Kampf der Patrioten ist beim Abkommen die Tatsache, daß Commonwealth-Truppen, die die Vereinbarungen kontrollieren sollen, von britischen und vor allem südafrikanischen Söldnern durchsetzt sind.

Bei den Wahlen in den letzten Februartagen stehen nun neun schwarze Parteien zur Wahl, eine Vielzahl von ihnen taucht zum ersten Mal auf. Es ist kein Geheimnis, daß mehrere dieser Parteien von schwarzen Geschäftsleuten bezahlt werden, als Versuch, einen Damm gegen die Patriotic Front zu schaffen, die als einen ihrer Hauptprogrammpunkte eine gründliche Agrarreform gegen Großgrundbesitzer, gleich welcher Hautfarbe vertritt. Ebenso verlangt das Programm der Patriotic Front die schrittweise Normalisierung des Bergbaus — ein Programm von dem Joshua Nkomo in letzter Zeit nicht mehr gesprochen hat, was ihn in der aktuellen Situation für Ian Smith offensichtlich wählbar macht (siehe „Roter Morgen“ 6/80). Im Augenblick finden die weißen Herren hauptsächlich einen Sieg der ZANU-PF Mugabes, der ihre Positionen erschüttern würde.

Während die verschiedenen westlichen Kapitalisten die Ergebnisse der Wahl abwarten — so hat sich zum Beispiel für Anfang März eine große Delegation des französischen Unternehmerverbandes CNPF angesagt — bereitet die britische Regierung bereits den Antrag vor, Zimbabwe, wie es dann auch im Westen offiziell heißen soll, in das Abkommen von Lome einzubeziehen, also wirtschaftlich der EG enger anzuschließen.

ROM. — Getragen von allen Parteien einschließlich der KPI und der Sozialistischen Partei beschloß das römische Parlament in der letzten Woche eine Reihe von AusnahmeGesetzen, die das Land faktisch zum Notstandsgebiet machen. Noch nach dem Tod des Führers der Christdemokratischen Partei, Aldo Moro, waren solche Gesetze vom Parlament abgelehnt worden, weil es genüge, die bestehenden Gesetze anzuwenden. Jetzt, nach dem Attentat auf den Präfekten der Region Sizilien, Mattarella, der durch die italienische Realität faktisch Ministerrang hat, genügen diese Gesetze offensichtlich nicht mehr.

Mit den Stimmen der KPI

AusnahmeGesetze in Italien!

Eine Welle von Attentaten der Terroristen und der Mafia als Anlaß

Die Reihe der AusnahmeGesetze, die verabschiedet wurden, ist sehr lang: Es handelt sich um über dreißig Anordnungen verschiedenen Charakters.

Darunter sind eine Reihe solcher Maßnahmen, wie man sie aus der Bundesrepublik seit dem Herbst 1977 kennt, aber auch noch weitergehendere:

- Die Polizei kann Häuser und Wohnblocks ohne richterliche Genehmigung durchsuchen, wenn Tatverdacht auf Terrorismus „oder seine Unterstützung“ besteht.
- Die Polizei kann Verdächtige ohne juristische Grundlage zwei Tage lang festhalten und sie „verhören“, die Ergebnisse haben gerichtliche Gültigkeit!
- Für Verurteilte, die „des Terrorismus überführt“ sind, kann eine Vorbeugehaft bis zu 12 Jahren verhängt werden.
- Schriften mit „subversivem Inhalt“ werden unter Strafe gestellt.
- Angeklagte, die sich zum Kronzeugen machen lassen, bekommen die Hälfte ihrer Strafe erlassen.
- Für Personen, die sogenannte terroristische Vereinigungen unterstützen, wurden alle in Frage kommenden Paragraphen so verändert, daß die Haftstrafen verdoppelt werden.
- Die Antiterrorgruppen der Polizei werden vervielfacht: General Dalla Chiesa, bisher Kommandant einer 200 Mann starken Sondereinheit, wurde der Oberbefehl über die Carabinieri-Division von Pastrengo erteilt.

Diese 25000 Mann starke Truppe soll unter Chiasas Kommando Norditalien befrieden. Zum ersten Mal nach 1945 wurde ein Militär zum Präfekten, also Verwaltungschef, einer Stadt ernannt, der Carabinieri-General Palombi verwaltet jetzt Genua.

Der Tod von Pieranti Mattarella, dem Präfekten Siziliens, hat eine sehr lange Vorgeschichte, und die Entwicklung dieses Falles wurde unter den gegenwärtigen Bedingungen Italiens zum Anlaß einer reaktionären Welle sondergleichen.

Mattarella, so wird in Italien allgemein zugegeben, wurde von der Mafia ermordet. Die Zeitung „La Repubblica“ schreibt dazu: „Während drei Organisationen den Mord an Mattarella für sich reklamieren, schweigt die Mafia. Aber die Mafia schweigt immer. Sie handelt.“

Mattarella war ein Führer der christdemokratischen Partei in Sizilien, von Aldo Moro in den Kader der Partei gebracht. Wie Moro verfolgte er die Linie der aktiven Zusammenarbeit mit den Eurorevisionisten Berlinguers, die zur Zeit alles unternehmen, um für das italienische Großkapital endlich regierungsfähig zu werden. Obwohl führende Vertreter des italienischen Monopolkapitals wie etwa der Fiat-Boß Agnelli längst zu einer Zusammenarbeit mit Berlinguer bereit sind, weigert sich ein beträchtlicher Teil der herrschenden Klasse Italiens, die Revisionisten in die Regierung zu nehmen. Der rechte Flügel der christdemokratischen Partei, zusammen

mit den italienischen Kleinkapitalisten, stellt dabei eine Massenbasis für eine verstärkte profaschistische Kampagne dar. Gerade diese Kräfte aber haben traditionelle Verbindungen zur Mafia. Niemand anderes als der Vater des eben erschossenen Mattarella, Bernardo Mattarella, hatte am 1. Mai 1947 in Portella della Ginestra bei der Mafia das größte Nachkriegsmassaker Siziliens „bestellt“.

Auf die gewerkschaftliche Maikundgebung 1947 eröffneten Mafiosi das Feuer mit drei Maschinengewehren, töteten elf Teilnehmer und verletzten 56 lebensgefährlich. Über 800 Personen trugen sonstige Schußverletzungen davon. Zu jener Zeit war Mattarella italienischer Minister und Haupt der offenen faschistischen Kräfte in der christdemokratischen Partei. Daß er es war, der dieses Massaker bei der Mafia bestellte, sagte Gaspare Pisciotta, Mafia-Leutnant, in seinem Prozeß aus, kurz bevor er 1954 im Gefängnis vergiftet wurde. Im Gerichtsurteil wurde eindeutig festgehalten, daß Mattarella der Hintermann dieses Verbrechens war, aber er wurde aufgrund seiner Position nicht belangt.

Die Verbindungen der Faschisten und der Mafia datieren seit Mussolinis Diktatur, als die Mafia ihre Tätigkeit weitgehend einstellte und zahlreiche bekannte Mitglieder der „großen Familie“ Posten in der Verwaltung des faschistischen Staates übernahmen. Nach 1943 arbeitete die Mafia dann zusammen mit dem amerikanischen Geheimdienst OSS gegen die Faschisten, vor allem aber

gegen die Kommunisten in der Widerstandsbewegung — aus dieser Zeit ergaben sich die engen Verbindungen der Mafia mit der Democrazia Cristiana.

Diese Kräftekonstellation war es, die jetzt dazu geführt hat, daß seines Vaters Freunde den Sohn Mattarella liquidiert haben, eben weil er ein Befürworter der revisionistischen Regierungsbeteiligung war.

Mit der Ermordung Mattarellas, so erklärten die italienischen, Parlamentsparteien einhellig, sei das Maß endgültig voll; jetzt müsse gehandelt werden. Gehandelt wurde jedoch nicht gegen die Mafia, die ja den sizilianischen Präfekten auf dem Gewissen hat. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß ein in Rom gebildeter parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Sachen Mafia schon seit zehn Jahren aktiv ist, daß dieser Ausschuß immerhin schon 3000 Seiten Papier zusammengeschrieben hat — aber bislang keine einzige Anklage erhob.

Die jetzt im italienischen Parlament verabschiedeten Gesetze sollen sich — so erklärte es ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei — gegen die Terroristen und „ihre mindestens 150000 (!) Sympathisanten“ richten. Was die Terrorgruppen vom Schlage der Roten Brigaden betrifft, so sind sie reaktionäre, vom Kampf der Werktätigen völlig isolierte Banden. Sie liefern den bürgerlichen Parteien nur das Stichwort, sich als Kräfte der Ordnung, der Wiederherstellung der Sicherheit usw. zu präsentieren.

Am eifrigsten ist dabei die

KPI, die so hofft, endlich an die Regierung zu kommen. Deshalb ihre lebhafteste Zustimmung zu den AusnahmeGesetzen. Deshalb auch ihr jüngster Vorschlag, bei den Fiat-Werken eine Produktionskonferenz zu organisieren, um die Produktivität zu erhöhen und die Streiks zu vermindern.

Dazu muß daran erinnert werden, daß die früher völlig isolierten Gruppen wie die Roten Brigaden seit 1974 einen gewissen Zulauf auch von fortschrittlichen Menschen erhielten, als die Pläne des Militärs, zusammen mit der NATO einen Staatsstreich zu organisieren, endgültig aufgedeckt wurden. Berlinguers Partei wußte damals als einzige Antwort darauf zu sagen, sie würde die Mitgliedschaft in der NATO nicht kündigen (dieser Vorwurf war als Begründung für den Putschplan erhoben worden).

Die Maßnahmen der Reaktion in Italien aber richten sich ganz eindeutig nicht gegen irgendwelche Gruppen, die schon nicht einmal einen Bruchteil der genannten 150000 Mann als Anhang haben, und auch keine subversiven Schriften verbreiten. Sie richten sich gegen die Werktätigen Italiens. Das läßt sich nicht nur anhand der AusnahmeGesetze selbst zeigen, sondern es wird auch untermauert durch die Tatsache, daß in mindestens drei italienischen Großbetrieben im letzten halben Jahr — der Fall Fiat wurde am bekanntesten — streikende Arbeiter wegen „Sympathie mit dem Terrorismus“ entlassen werden sollten — mit Zustimmung der sogenannten Eurokommunisten.

Saudi-Arabien: Internationale Polizeihilfe

RIAD. — Verschiedene imperialistische Staaten Westeuropas helfen der Saud-Clique bei der Verteidigung ihrer mittelalterlichen Diktatur.

In den letzten Wochen wurde durch verschiedene Zeitungsberichte bekannt, daß sowohl Frankreich als auch die Bundesrepublik den Saudkönigen Sondereinheiten zur Verfügung stellen. Während aus der Bundesrepublik Leute der berüchtigten GSG 9 zur Ausbildung von Spezialeinheiten in Saudi-Arabien weilen, wird inzwischen von der französischen Regierung offiziell zugegeben, daß französische Sondereinheiten am Sturm auf die besetzte Moschee in Mekka beteiligt waren. Die Entführung des saudischen Gewerkschaftsführers Nasser Assaid aus seinem Exilwohnsitz in Beirut soll jetzt, Meldungen der britischen Presse zufolge, nicht nur vom saudischen Geheimdienst und vom „Zweiten Büro“, dem libanesischen Geheimdienst, sondern auch vom Secret Service mitorganisiert worden sein.

Guatemala: Mord für Oel

GUATEMALA CITY. — Die Besetzer der spanischen Botschaft von Guatemala City, die von der Polizei massakriert wurden, sollten von ihrem Land vertrieben werden — weil dort Öl gefunden worden war.

Der Grund für die Aktion der über 30 einheimischen Indianer, die in der spanischen Botschaft mit Offiziellen reden wollten, um ihren Fall bekanntzumachen, war gewesen, daß sie von ihrem Land vertrieben werden sollten, weil Prospektoren der amerikanischen Ölmultis dort fündig geworden waren.

Britannien: Der Große Bruder hört mit

LONDON. — Große Empörung verursacht in der britischen Öffentlichkeit zur Zeit eine Artikelserie des Elektronikexperten Campell in der Zeitschrift „New Statesman“ über die Aktivitäten des britischen Geheimdienstes.

Nach Campells Bericht hat der britische Geheimdienst acht Abhörzentralen in London stationiert, von denen auch, wie im Watergatefall in den USA, Einbrüche in Privatwohnungen vorgenommen worden sind. Abgehört werden, Campells Enthüllungen zufolge, vor allem die Gewerkschaftsvorstände, linksgerichtete Labourabgeordnete und ausländische Delegationen. Offensichtlich wurden auch, die verhandelnden Parteien der Londoner Zimbababwe-Konferenz belauscht.

Ecuador: Massendemonstrationen waren erfolgreich

QUITO. — Nach wochenlangen Demonstrationen in der Hauptstadt Ecuadors, zu denen alle oppositionellen Parteien aufgerufen hatten, wurde die Forderung, für die Hunderttausende auf die Straße gegangen waren, erfüllt: Der Innenminister trat zurück.

Gleichzeitig mit seinem Rücktritt wurde bekanntgegeben, daß jenen Polizisten, die im Januar auf seinen Befehl hin zwei demonstrierende Studenten ermordet hatten, jetzt der Prozeß gemacht wird. Das ist ein neuer Teilerfolg der breiten demokratischen Bewegung im Lande.

Zum sechsten Mal innerhalb von drei Jahren

Französischer Massenmord in Afrika

Fallschirmjäger stützen Burgiba-Diktatur

TUNIS. — Die blutige Zerschlagung eines Aufstandsversuchs im Süden Tunesiens in der Bergarbeiterstadt Gafsa war die Tat der französischen imperialistischen Armee. Der Tod von über fünfzig Menschen und eine neue Terrorwelle im ganzen Land sind dem Eingreifen der französischen

Man muß sich im Zusammenhang mit diesem Überfall nochmals an die Stationen der letzten Jahre erinnern: Mauretanien, Tschad, Mali, Zentralafrika und Zaire. Diese sechs Überfälle haben mindestens 7000 Menschenleben gefordert und bedeuten für Zehntausende Gefängnis, Zwangsarbeit und Folterkeller.

Wie das Regime des Menschenfressers Bokassa so ist auch Burgibas Diktatur seit langen Jahren dem Volk zu tiefst verhaßt. Im Jahre 1977 gab es in Tunesien die meisten Streiks der Landesgeschichte, wobei rund 30 Arbeiter und etwa ebensoviele Burgiba-Polizisten getötet wurden.

1978 organisierte die Diktatur als Antwort darauf eine blutrünstige Verfolgungsjagd auf den Gewerkschaftsverband UGTT (Union Generale du Travail Tunesien), setzte durch einen Kongreß von Burgibas Partei Destur die Gewerkschaftsführung ab und ernannte den einzigen Mann aus dem alten Vorstand, der Burgibas Spiel mitmachte, zum neuen Vorsitzenden.

Der allerdings wurde vom IBFG nicht anerkannt. Mehr

als 3000 Gewerkschafter wurden ermordet, verhaftet und mit politischen Entlassungen verfolgt, die Polizei weiter ausgerüstet. Die blutige Burgiba-Diktatur aufrechtzuerhalten liegt aus verschiedenen Grün-



Französische Söldner stecken ein Dorf im Kongo in Brand: Dort töteten sie vor zwei Jahren mehr als 2000 Menschen.

den im Interesse der französischen Imperialisten. Zum einen aus wirtschaftlichen Gründen, die sich aus den Rohstoffen des Landes und der — für diesen Raum — relativ großen Industriearbeiterschaft, die für niedrigen Lohn arbeiten muß, ergeben. Zum anderen aber auch

aus strategischen Gründen, als Basis für französische Truppen, die in Mittelfrika und Westafrika operieren sollen.

Frankreich hat mit mindestens 15 afrikanischen Ländern, ehemaligen Kolonien, militäri-

sche Beistandsverträge und liefert an mindestens 10 weitere Länder Waffen. Es ist in der Tat bezeichnend, daß diese französischen Attacken auf Afrika in der Presse trotz ihrer blutigen Bilanz entweder nur als Kurzmeldungen oder, wenn sie größer

sind, in aller Offenheit als Hilfestellung Frankreichs für Afrika gemeldet werden.

Jean Francois-Poncet, französischer Außenminister und mit den blutigsten französischen Monopolgruppen familiär aufs engste verbunden, sprach erst im Dezember 1979 im Parlament in unerhört arroganter Weise die Leitlinie der französischen Außenpolitik aus: „Afrika den Afrikanern kann nicht heißen, Afrika den anderen.“

Damit stütze er die These, Frankreich müsse den „befreundeten“ afrikanischen Ländern helfen. Befreundet sind dabei diejenigen Regime in den ehemals französischen Kolonien, die von einer schwarzen herrschenden Klasse regiert werden, deren Exponenten an französischen Eliteuniversitäten mit Stipendien des französischen Monopolkapitals ausgebildet wurden und die oft Teilhaber (minderheitlich, versteht sich) der gemeinsamen Betriebe des betreffenden Staates mit französischen Finanzgruppen sind, kurz gesagt: Lakaien des französischen Imperialismus.

Im Hintergrund der Rivalitäten zwischen den USA und der UdSSR haben die französi-

Imperialisten zuzuschreiben, die damit bereits zum sechsten Mal innerhalb von nur drei Jahren im eigenen Interesse ein Blutbad in einem afrikanischen Land verursachten.

schen Imperialisten in den letzten Jahren im eigenen Bereich eine konsequente Politik des „eisernen Besens“ angewandt.

In jedem konkreten Fall haben sie dabei eine andere Begründung oder Entschuldigung. Dieses Mal, beim Mord in Tunesien, wird behauptet, es seien gar keine französischen Soldaten beteiligt gewesen, nur zwei militärische Großraumflugzeuge „Transall“ und „Jaguar“-Schützenpanzer seien ausgeliehen worden. Tatsache aber ist, daß dieses Kriegsgerät seit langem nicht von der tunesischen Armee, sondern von französischen Spezialisten bedient wird. Tatsache ist auch, daß eine französische Marineeinheit in Tunis auftauchte. Und Tatsache ist, wie die französische Zeitung „Le Nouvel Observateur“ unwidersprochen meldete, daß französische Fallschirmjäger von verschiedenen afrikanischen Flugplätzen zum selben Zeitpunkt, einen Tag vor der Aktion, mit „unbekanntem Ziel“ gestartet waren.

Man sollte schließlich nicht vergessen hinzuzufügen, daß auch die berüchtigtste Killertruppe des französischen Imperialismus, die Fremdenlegion, in Tunesien operiert...

Gegen Carters Kriegsvorbereitungen

US-Studenten gegen Wehrpflicht

Aktionen an zahlreichen Universitäten

WASHINGTON. — Während US-Präsident Jimmy Carter inzwischen den formellen Antrag auf Musterung von acht Millionen Männern und Frauen zur Wiedereinführung der Die USA-Imperialisten bereiten die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus zwei Gründen vor. Zum einen ist es allgemein bekannt — und wird von offiziellen Stellen auch zugegeben —, daß die gegenwärtige Berufsarmee der USA in jeder Hinsicht verkommen ist. Statistiken beweisen, daß der lumpenproletarische Anteil an den Berufssoldaten übermäßig hoch ist, auch im Offizierskorps. Der Hauptgrund aber ist, daß trotz der systematisch geschürten Kriegshysterie die Zahl der freiwilligen Armee-Eintritte längst nicht ausreicht, eine genügend große Aggressionsarmee gegen die Völker des Arabischen Golfs zu organisieren. Zwar stieg die Zahl der gemeldeten Freiwilli-

gen in einigen Bundesstaaten in den letzten Monaten um mehr als 50 Prozent, insgesamt aber nur um ungefähr 25 Prozent, während offensichtlich eine mindestens zwanzigmal so große Steigerung geplant wurde.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist außerdem natürlich als ein weiterer politischer Faktor zur Steigerung der Kriegsbereitschaft in der Bevölkerung geplant. Aber gerade hier entwickelt sich jetzt der erste Widerstand gegen die Pläne der Carter-Regierung. Die Abschaffung der Wehrpflicht war ja ein großer Sieg der starken antimilitaristischen Bewegung in den USA

Wehrpflicht gestellt hat, werden aus zahlreichen Universitätsstädten verschiedener Bundesstaaten die ersten studentischen Aktionen gegen die Wehrpflicht gemeldet.

gegen die Aggression gegen Vietnam gewesen, ein Sieg, den sich die Antimilitaristen nicht einfach nehmen lassen wollen.

An den Universitäten von Wisconsin, Texas, aber auch von Yale und Harvard, fanden nun in den letzten Wochen Kundgebungen statt, die mehr als 10 000 Teilnehmer zum Protest gegen diese Maßnahme mobilisierten. Mehrere hundert Studenten verbrannten dabei an einer alten Kampftradition anknüpfend symbolisch — in diesem Fall selbstgemachte — Einberufungsbescheide.

In Cleveland protestierten mehrere tausend farbige US-Bürger gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, wobei sie

betonten, man solle nicht glauben, daß die schwarze Bevölkerung, der man nach wie vor gleiche Rechte verweigert, bereit sei, für die Interessen der Reichen zu kämpfen.

Auch verschiedene schwarze islamische Gruppen haben ihre Ablehnung der Wehrpflicht bekanntgemacht.

So wachsen in den USA allmählich die Voraussetzungen für eine neue massive Antikriegsbewegung, die schon ihren Teil zur Niederlage der Aggression gegen Vietnam beigetragen hatte — angesichts der sichtbaren Erfolge von Carters Kriegshetze in den letzten Wochen eine dringende Notwendigkeit!

US-Imperialismus macht weitere Kriegsvorbereitungen

Reaktionäre Regime werden aufgerüstet!

Verträge mit Rabat und Islamabad abgeschlossen

RABAT. — Das marokkanische Verteidigungsministerium gab Ende letzter Woche bekannt, der Vertrag über die kurzfristige Lieferung von US-Jagdflugzeugen an Marokko sei offiziell abgeschlossen. Zur gleichen Zeit sind die ersten amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan entsprechend den Abmachungen von Carters Kriegsbeauftragtem Brzezinski vollzogen worden.



Carters Sicherheitsberater Brzezinski am Khyber-Paß: „Eigentlich möchte ich gern schießen...“

Die Waffenhilfe an die blutigen Diktatoren Hassan und Zia hat insgesamt einen Umfang von rund einer Milliarde Mark. Bei solchen Summen hatte das Regime des Königs Hassan Zahlungsschwierigkeiten, an denen die Lieferungen zu scheitern drohten, da die US-Kriegsindustrie nichts umsonst liefert, auch nicht an alte „Freunde“. Die Regierung Saudi-Arabiens erklärte sich jetzt bereit, den marokkanischen Waffenkauf zu finanzieren.

Der pakistanische Diktator Zia dagegen beklagt sich schon seit Wochen darüber, daß die amerikanische Militärhilfe für sein Land zu gering sei, und kaufen kann auch er nicht viel.

Mit der Aufrüstung dieser beiden Staaten ist die geogra-

phische Ausdehnung des amerikanischen „Schutzgürtels“ für den Raum vom Mittelmeer bis Südasien abgesteckt. In allen betreffenden Ländern wird gegenwärtig eine umfangreiche Tätigkeit amerikanischer Gesandter, Diplomaten, Beauftragter und Sonderbeauftragter registriert, die die jeweiligen Marionettenregime auf Washingtons Kriegskurs einstimmen sollen.

In allen Ländern wird der Pakt mit den offenen Reaktionären, die man vor kurzem im Rahmen von Carters sogenannter „Menschenrechtskampagne“ noch scheinheilig „verurteilt“ hatte, jetzt offen geschmiedet. Meldungen aus der westlichen Presse zufolge, sollen amerikanische Unterhändler auch in Kuwait und Bahrain dafür eintreten, die ursprünglich in diesen beiden Ländern für 1980 geplante Wiederherstellung der Verfassungen auszusetzen, da sie wachsende Unruhen fürchten.

Neben Verhandlungen über weitere Stützpunkte für die amerikanische imperialistische Armee wird dort auch über die Ausrüstung der Polizei mit amerikanischem Material verhandelt.

Französische Kampfkorvetten für Saudi-Arabien und den Irak

Der imperialistische Waffenhandel blüht

Italien und USA überflügelt

TOULON. — Ein Freudentag fand letzte Woche in Toulon, dem traditionellen Kriegshafen der französischen Imperialisten statt. Faktisch perfekt sei, so wurde bekannt, die Lieferung von mindestens zwölf Kampfkorvetten an die iraki-

Die Lieferung der Korvetten zum Bruttostückpreis von rund 400 Millionen Mark, ein Auftrag von fast fünf Milliarden also, wurde in Konkurrenz zur italienischen Kriegsindustrie ausgehandelt. Die französische Korvette, deren Prototyp „Georges Leygues“ in diesen Tagen vom Stapel läuft, ist zwar teurer aber moderner als die italienischen Konkurrenzmodelle. Diese Korvetten sind besonders auf den Kampf gegen Unterseeboote und den Luftkampf ausgerüstet mit Raketen- und Geschossen des Typs „Crotale“.

Bei den Verhandlungen mit Saudi-Arabien treten die USA als Konkurrent auf, deren Pentagon in einer Studie allerdings die Überlegenheit französischer Korvetten anerkannte. Iran, vor der Revolution

gegen die Schah-Diktatur die Seemacht Nummer eins am Persischen Golf, hat heute keine „Schutz“funktionen mehr in dieser Region. Insbesondere Irak und Saudi-Arabien drängen auf die Position, die früher der Iran innehatte.

Während Saudi-Arabien vom Sturz des Schahs an begann, ein in der arabischen Geschichte noch nie dagewesenes Rüstungsprogramm zu verwirklichen, schafft der Irak allmählich die Voraussetzungen, von den Imperialisten des Westens und den arabischen feudalen Herrschern als Partner anerkannt zu werden.

Die Säuberungskampagnen innerhalb der Baath-Partei, die Zerschlagung der revisionistischen KP des Irak und die demonstrative Aufkündigung

sche Marine, und auch die Verhandlungen mit Saudi-Arabien über die Lieferung von mindestens zehn solcher Kriegsschiffe seien fortgeschritten.

mehrere Abkommen mit der UdSSR machen aus dem Irak immer schneller einen Bestandteil der proamerikanischen arabischen Reaktion.

Gerade zur Zeit der offensten Kriegsdrohungen der US-Imperialisten gegen den Iran, zur Zeit, als die amerikanische Kriegsmacht schon aufmarschierte, die Flugzeugträger im Persischen Golf kreuzten, verlangte die irakische Regierung in einem sehr offen geschriebenen Brief an den iranischen Revolutionsrat die Revision der Beschlüsse über das gemeinsame Grenzgebiet des Schatt el Arab und reichte sich so in die Aggression gegen Iran ein.

Die Saudis hatten daraufhin mit einem Bündnisangebot an Irak reagiert, auf das zwar

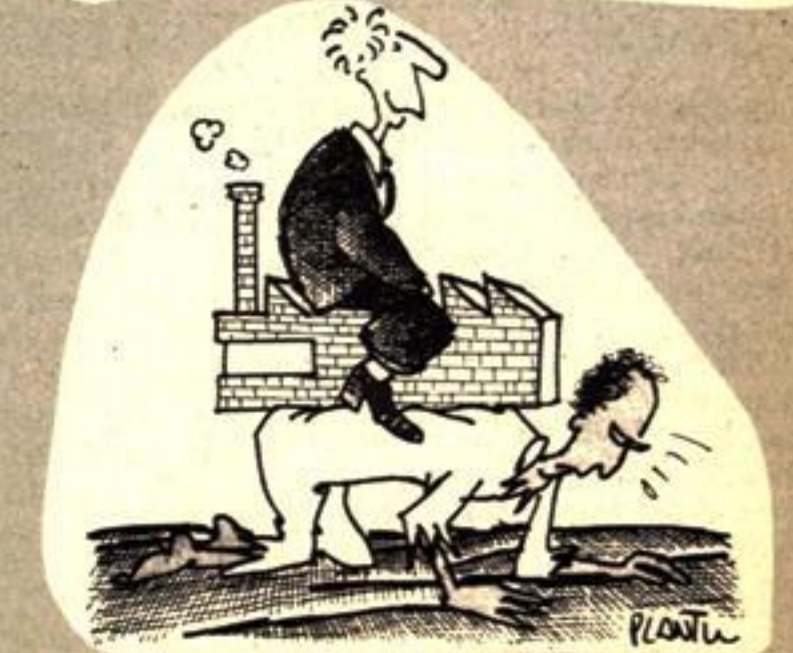
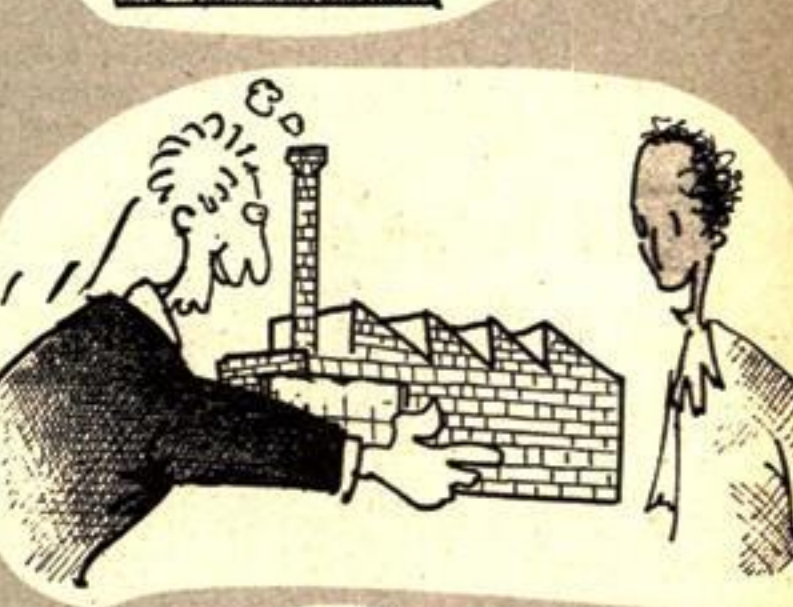
keine offizielle Antwort kam, worüber aber seitdem Verhandlungen stattfinden.

Diesem reaktionären Pakt am Golf, den die US-Imperialisten als einen der Keime ihres aggressiven Plans, einen METO-Pakt zu bilden (analog zur NATO — Middle East Treaty Organisation), betrachten, gilt das Interesse aller westeuropäischen Waffenhändler.

Neben den US-Imperialisten und den traditionell in diesem Gebiet besonders aktiven britischen Rüstungskonzernen sind eben in letzter Zeit vor allem französische, italienische und westdeutsche Vertragshändler sehr aktiv geworden, die die regionale Presse mit einer Flut von Inseraten eindecken, in denen sie ihre Waffen preisen.

Kurz gezeigt:

Der Unterschied zwischen Kolonialismus und Nekolonialismus





Etwa 2000 Frauen aus Nordrhein-Westfalen unterstützten am 22. September in Essen den Plan der Arbeiterwohlfahrt, ein Zentrum für Schwangerschaftskonfliktberatung einzurichten. Gleichzeitig protestierten sie gegen die Hetze der Reaktion.

Zur Diskussion um den Paragraphen 218

Kürzlich legte eine vom Bundestag eingesetzte Sachverständigenkommission einen 560 Seiten starken Bericht zur Durchführungspraxis des vor vier Jahren novellierten Abtreibungsparagraphen vor. Daraus geht unter anderem hervor, daß der geänderte Paragraph 218 nach wie vor mit Schikanen und entwürdigender Behandlung von abtreibungswilligen Frauen verbunden ist. Trotzdem hat die Reaktion etwa seit Mitte letzten Jahres eine wüste Hetzkampagne mit dem Ziel entfesselt, die alte bis 1974 geltende Regelung wieder einzusetzen.

Die Reaktion sabotiert die Notlagenindikation

Noch immer über 100 000 illegale Abtreibungen

Werfen wir zunächst einen Blick auf einschlägiges statistisches Material. Dazu muß bemerkt werden, daß die Menge der Abtreibungen erst seit 1977 statistisch erfaßt wird und auch seitdem nur sehr unvollständig. Sachverständige der Bundesregierung gehen davon aus, daß im Herbst 1974 — also vor Einführung der Notlagenindikation — 200 000 bis 300 000 Schwangerschaften illegal abgebrochen wurden.

1977 — also nach Inkrafttreten des reformierten Abtreibungsparagraphen — wurden nach Angaben des statistischen Bundesamtes 54 300 legale Abtreibungen durchgeführt. Die Gesamtzahl der Abtreibungen lag nach Expertenangaben weiter über 200 000, 60 000 davon wurden in Holland durchgeführt. Von den 54 300 registrierten Schwangerschaftsabbrüchen wurden ca. 54 Prozent aufgrund der neu eingeführten Sozial- oder Notlagenindikation durchgeführt.

1978 stieg die Zahl der legalen Schwangerschaftsunterbrechungen auf rund 73 500 an,

was eine Steigerung um etwa 35 Prozent bedeutet. Konstant dürfte die Gesamtzahl der Abtreibungen von über 200 000 geblieben sein, konstant ebenfalls die Anzahl der 60 000 in Holland durchgeführten Abtreibungen.

Der Anteil der nach der Sozialindikation durchgeführten legalen Abtreibungen hat sich auf ca. 67 Prozent erhöht.

Was zeigen diese Zahlen? Sie zeigen einmal, daß immer mehr Elternpaare oder alleinstehende Mütter in eine soziale Lage geraten, in der sie das In-die-Welt-setzen von weiteren Kindern nicht mehr verantworten können.

Sie zeigen zum zweiten, daß weit über die Hälfte der Schwangerschaftsunterbrechungen nach wie vor illegal oder im Ausland durchgeführt werden, was ein bezeichnendes Licht auf die Qualität der Reform des Paragraphen 218 wirft.

Bevor wir auf Punkte zu sprechen kommen, die eine Reihe der konkreten Schwierigkeiten betreffen, die mit der

Durchführung des novellierten Abtreibungsparagraphen zusammenhängen, folgt eine kurze Zusammenfassung über den Hergang der Reform des Paragraphen 218.

Der Abtreibungsparagraph im Bundestag

Bis 1974 galt in der Bundesrepublik folgende gesetzliche Regelung: „Eine Frau, die ihre Leibesfrucht abtötet oder die Abtötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft“ (Paragraph 218, Absatz 1).

Im April 1974 verabschiedete der Bundestag mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und FDP gegen die Stimmen der CDU/CSU einen Gesetzentwurf, der als „Fristenregelung“ in die Geschichte einging und der gegenüber der alten Fassung des Paragraphen 218 eine gewisse Liberalisierung vorsah.

Nach wie vor wurde der Schwangerschaftsabbruch mit Strafe bedroht. Allerdings wurde diese Strafdrohung durch

Zusatzbestimmungen eingeschränkt. „Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht nach Paragraph 218 strafbar, wenn seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen verstrichen sind“ (Paragraph 218 a).

Der Paragraph 218 b sah weiter vor, daß die Schwangerschaft auch nach der Dreimonatsfrist abgebrochen werden kann, „um von der Schwangeren eine Gefahr für ihr Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihres Gesundheitszustandes abzuwenden“ oder „dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind infolge einer Erbanlage oder schädlicher Einflüsse vor der Geburt an einer nicht hebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde“.

Paragraph 218 c des bereits im Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurfes schrieb vor, daß ein Schwangerschaftsabbruch nur dann zulässig sei, wenn sich die Schwangere zuvor an eine hierzu ermächtigte Beratungsstelle gewandt hat und sich zusätzlich einer ärztlichen Beratung unterzogen hat. Führt ein Arzt eine Abtreibung durch, ohne daß die Schwangere die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt hat, macht er sich strafbar.

Diese Regelung, die ihrerseits schon vor Haken und Ösen nur so strotzt, wurde vom Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Landesregierung von Baden-Württemberg zu Fall gebracht.

Der Paragraph 218 a (Fristenregelung) wurde vollständig gestrichen. Ein Abbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen soll nur noch nach den Bedingungen von 218 b (medizinische Indikation) möglich sein.

Ein zweiter vom Bundestag verabschiedeter Gesetzentwurf führte gegenüber der alten Fassung lediglich die Neuerung ein, daß die Schwangerschaft in den ersten zwölf Monaten nur dann abgebrochen werden darf, wenn medizinische oder soziale Indikation vorliegt, d. h. wenn schwere gesundheitliche Schäden für Mutter oder Kind oder beide zu befürchten sind oder wenn das Kind aufgrund der materiellen Situation der Mutter oder des Elternhauses nicht einigermaßen sicher aufwachsen kann. Beide Indikationen müssen jedoch in doppelter Hinsicht nachgewiesen werden. Eine hierzu ermächtigte Beratungsstelle muß die Indikation stellen; sie muß von einem Arzt, der mit dem Arzt, der dann später gegebenenfalls die Abtreibung vornehmen wird, nicht identisch sein darf, bestä-

tigt werden.

Ferner ist kein Krankenhaus oder Gynäkologe gesetzlich verpflichtet, eine einmal genehmigte Abtreibung auch tatsächlich vorzunehmen.

Die Reaktion will die Beratungsstellen absterben lassen

Zunächst einiges zur Situation der Beratungsstellen, die neben den Fragen der Abtreibungsproblematik hauptsächlich mit Familienplanung und Geburtenregelung beschäftigt sind. Neben der Arbeiterwohlfahrt und der Organisation „pro familia“ sind fast ausschließlich kirchliche Stellen mit der Durchführung der vom Gesetz verlangten Beratung befaßt. Wobei Letztgenannte durch bischöfliche Weisung ohnehin verpflichtet sind, auf keinen Fall zu einer Abtreibung aus sozialen Gründen zu raten.

Die staatlich anerkannten Beratungsstellen werden in der Regel zu 75 Prozent aus Steuermitteln bestritten. Ende 1977 gab es 788 solcher Beratungsstellen.

Doch sind sie in ihren Möglichkeiten von vorneherein sehr beschränkt und größtenteils auf den aufopferungsvollen Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter angewiesen.

Die Organisation „pro familia“ beispielsweise betrieb 1978 knapp 100 Beratungsstellen im Bundesgebiet. 1978 wurden 50 000 Frauen beraten und das mit 655 Mitarbeitern, von denen nur fünf Prozent Ganztagskräfte sind, 25 Prozent Halbtagskräfte; 70 Prozent helfen nur stundenweise aus.

Besonders im süddeutschen Raum sehen sich die Beratungsstellen zunehmend staatlichem Druck ausgesetzt, der sich in erster Linie in der Drohung zeigt, die öffentlichen Mittel zu streichen, was die Beratungsstellen, die nicht von den Kirchen betrieben werden, zur Aufgabe zwingen würde.

So weigerte sich die Landesregierung von Baden-Württemberg, die dort angesiedelten Beratungsstellen über das Jahr 1979 hinaus zu finanzieren.

In Rheinland-Pfalz ist die Lage noch zugespitzter. Dort wurden bereits Ende 1979 sämtliche Zuschüsse gestrichen, so daß sich die „pro-familia“-Beratungsstellen in akuter Existenznot befinden. Die Beratungsstellen von Ludwigshafen, Kaiserslautern, Koblenz und Trier stehen kurz vor der Schließung. Die Beratungsstelle in Mainz steht mit 100 000 Mark in der Kreide. Zum 1. September 1979 mußte bereits fünf Angestellten gekündigt werden. Im Oktober 1978 verlangte

die Hanauer CDU von der Kreisregierung, sämtliche Zuschüsse für die Beratungsstellen zu streichen.

Die Taktik der finanziellen Aushungerung geht Hand in Hand mit einer widerlichen Hetze gegen die zumeist verdienstvolle Arbeit engagierter Männer und Frauen in den Beratungsstellen.

Ein typisches Beispiel dafür ist eine Äußerung des Ulmer Arztes und Kirchenmannes Dr. Ernst, der die Beratungsstellen zynisch „Embryonalmordsyndikate“ nannte. Den DGB, der die Beratungsstellen befürwortet und unterstützt, verglich er mit den Nazis.

Dabei sind auch die nichtkirchlichen Beratungsstellen keineswegs nur für Abtreibungsfragen zuständig, sondern befassen sich in ihrem Beratungsdienst auch mit Familienplanung, also genau jenen Fragen, deren erfolgreiche Lösung Abtreibungen in der Regel überflüssig macht, denkt man nur an eine breite Aufklärung über Verhütungsmethoden.

Hier erweisen sich die Unionspolitiker und Kirchenmänner als Heuchler und Doppelzüngler, denn wären sie wirklich aus ehrlicher weltanschaulicher Überzeugung gegen die Abtreibung, würden sie sich für die Verteidigung, Vergrößerung und Vermehrung der Beratungsstellen einsetzen.

Ursula Ibler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, warf der rheinland-pfälzischen Landesregierung vor, „auf der einen Seite umfassende Beratung der Frauen in Notlagen zu fordern und andererseits kein Geld dafür zur Verfügung zu stellen“.

Wie die eingangs erwähnte Statistik zeigt, hat die Novellierung des Abtreibungsparagraphen keine entscheidenden Verbesserungen für die werktätigen Frauen gebracht. Die einzige wirkliche Reform ist die Zulassung der Abtreibung aus einer sozialen Notlage heraus. Doch zeigt sich hier, daß die Reaktion sich immer stärker engagiert, um die Durchführung dieser Reform in der Praxis zu verhindern.

Deshalb ist es notwendig, gegen die Schließung der nichtkirchlichen Beratungsstellen zu kämpfen, die finanzielle Sicherung der Beratungsstellen zu fordern und von jedem Bundesland zu verlangen, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die die soziale Indikation betreffen, strikt durchgeführt werden.

Der „Rote Morgen“ wird in einer seiner nächsten Ausgaben noch auf andere Aspekte der reaktionären Kampagne gegen das Recht auf Abtreibung eingehen.

Arbeitsgericht fordert Höhergruppierung

37 Frauen klagten erfolgreich gegen Lohndiskriminierung

Schmalbach-Lubeca meldet Widerstand an

VELBERT. — Die Packerinnen in der Trimmereiabteilung des Velberter Zweigwerks des Schmalbach-Lubeca-Konzerns verrichten exakt die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen, sind jedoch eine Lohngruppe niedriger eingestuft. 37 Frauen zogen vor das Arbeitsgericht.

In einem Vergleichsvorschlag, zu dem sich beide Parteien noch äußern müssen, tritt das Arbeitsgericht dafür ein, die in Lohngruppe 2 eingestuftten Frauen künftig in die Lohngruppe 3 einzuordnen. Außerdem sieht der Vergleich vor, die bisherige Stundenlohndifferenz von 29 Pfennig für acht Monate nachzuzahlen.

Die Unternehmer haben inzwischen Widerstand gegen den Vergleichsvorschlag anklingen lassen. Sie seien zwar bereit, die Lohndifferenz durch innerbetriebliche Zulagen auszugleichen, eine tarifrechtliche Neueinstufung komme aber nicht in Frage. Eine endgültige Stellungnahme liegt bislang nicht vor.

Zum zweiten Mal innerhalb eines knappen Jahres mochte sich ein Arbeitsgericht in der ersten Instanz nicht der Unternehmerargumentation anschließen, die in aller Regel den ungleichen Lohn bei gleicher Arbeit mit dem Hinweis auf das Nachtarbeitsverbot für Frauen zu begründen sucht.

Im Mai 1979 verurteilte das Gelsenkirchener Arbeitsgericht die Foto-Firma Heinze, den Frauen dieselben übertariflichen Zulagen zu gewähren wie den Männern.

Heinze-Frauen zeigt, ist ein Sieg vor der ersten Instanz noch nicht ein voller Erfolg. Im Fall der Heinze-Frauen wurde im Berufungsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm zugunsten des Unternehmers entschieden, was die Heinze-Frauen bewogen hat, ihrerseits vor das Bundesarbeitsgericht in Kassel zu gehen. Ein Termin für diese Verhandlung steht noch nicht fest.

Fest steht allerdings, daß der Kampf der Kolleginnen für gleichen Lohn stärker und breiter geworden ist, daß die Frauen zusammen mit ihren Gewerkschaften immer weniger

bereit sind, Lohndiskriminierung hinzunehmen.

Gerade in diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, in den gewerkschaftlichen Gremien dafür zu kämpfen, den Problemen der werktätigen Frauen mehr Beachtung zu schenken.

Der Beschluß des DGB-Vorstandes, sich nicht am 8. März, dem internationalen Frauentag, zu beteiligen, beweist, daß es nicht nur in Unternehmerkreisen Widerstand dagegen gibt.

(Zum DGB-Beschluß in Sachen 8. März siehe auch Gewerkschaftskommentar auf Seite 5.)



Die Frauen von der Foto-Firma Heinze aus Gelsenkirchen, die ebenfalls für ihr Recht auf gleichen Lohn vor Gericht zogen bei einer Demonstration im letzten Jahr.

Der Kampf um die elektronischen Medien hat in der Bundesrepublik nun eine neue Stufe erreicht. Mit der Zerschlagung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) droht privater Rundfunk und privates Fernsehen in die Medienlandschaft Westdeutschlands eingeführt und die öffentlich-rechtliche Struktur der Sende-

Profifunk? — Nein!

Das große Geschäft mit den Medien

Was steckt hinter den Vorgängen um den NDR? (2. Teil)

Über Profifunk ist in der letzten Zeit viel publiziert, geschrieben und diskutiert worden. Die Stichworte sind jedermann geläufig: Kulturelle Verflachung statt Information und Aufklärung, Unterhaltung auf niedrigstem Niveau: Porno, Gewalt und Schmutz, Fernsehzustände à la USA und Italien. Wir wollen die hinlänglich bekannten Schilderungen hier nicht wiederholen und führen drei Punkte an, die uns für den Profifunk kennzeichnend erscheinen:

Profifunk

- Profifunk ist vor allem Profitfunk. Dieser Aspekt wird von seinen Anregern, Protegés und Nutznießern wohlweislich verschwiegen. Jedoch die Zahlen sprechen für sich. So bringt es der US-Medienkonzern RCA allein auf einen Umsatz von 15 Milliarden Mark im Jahr.

- Profifunk wird ausschließlich über die Werbung finanziert. Der eigentliche Zweck der Programme ist jetzt nicht mehr die Information, Aufklärung und Unterhaltung des Zuschauers, sondern nur, den geeigneten Rahmen für die Werbung, die den Profit bringt, abzugeben. Die Programme werden, wie in den USA oder in Italien, nur auf die Bedürfnisse der Werbung zugeschnitten; was zählt, sind hohe Einschaltquoten. — In diesem Zusammenhang wird immer das „Argument“ angeführt, der Zuschauer wähle sich ja selbst die Sendung und bestimme über die Einschaltquoten das Programm; Stoltenberg und Albrecht sprechen heimtückisch vom „mündigen Bürger“. Wer aber produziert denn die Sendungen, die Filme, die Shows usw., wer liefert denn das Material zur Bildung des Publikumsgeschmacks und sucht ihn herunterzuschrauben auf ein solches Niveau, daß schließlich auch der bare Schwachsinn der kapitalistischen Werbesendungen noch verfangt? Doch die Mediengewaltigen!

- Profifunk macht schließlich Fernsehen und Rundfunk zu unmittelbaren Sprachrohren der reaktionären Medienkapitalisten. Dann werden die Programme keiner Kontrolle mehr — außer der der Kapitalisten (sie zahlen ja!) — unterliegen.

Kritischer Journalismus würde ganz unmöglich werden.

Daß gerade jetzt die Bemühungen um die Einführung des Profifunks eine solche Intensität und — mit der bevorstehenden Zerschlagung des NDR — auch erste Erfolge erreicht haben, kommt nicht von ungefähr. Durch die enorme Entwicklung der Radio- und Fernsehtechnik sind die technologischen Möglichkeiten der elektronischen Medien enorm gestiegen: Es besteht die Möglichkeit des Kabelfernsehens, des Satellitenfernsehens, des Ausstrahlens und Übermittels von Fernsehsendungen auf bedeutend mehr Kanälen und Frequenzen. Hatte das Bundesverfassungsgericht 1961 seine Ablehnung des Profifernsehens unter anderem noch mit der begrenzten Anzahl der zur Verfü-

gung stehenden Frequenzen begründet, so ist heute zumindest dieser Hinderungsgrund gegenstandslos geworden. Die technischen Möglichkeiten zur Realisierung ungeheurer Profite mittels Profifunk sind gegeben; die Unternehmer brennen nun darauf, die Profite zu machen und einzusacken.

Dieses Anliegen umschrieb der Koordinierungsausschuß für Medienpolitik von CDU/CSU auf den Medientagen im November 1978 in Bonn wohlwollend so: „Da die heutige Medientechnologie Wettbewerb möglich macht, muß das bestehende Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten marktwirtschaftlichen Lösungen weichen. (...) Unser Ziel ist es, die neuen Medien so zu ordnen, daß ein Höchstmaß an publizistischer Unabhängigkeit und Vielfalt erreicht wird. Dafür müssen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die technische Entwicklung im Bereich der elektronischen Medien hat die Chance eröffnet, die Vielfalt von Information, Meinung und Unterhaltung durch marktwirtschaftliche Kräfte zu vergrößern. Die Aufgabe der Unternehmer ist es, die damit verbundene ordnungspolitische und publizistische Herausforderung anzunehmen.“

Sie haben den Fuß in der Tür

Die Kapitalisten haben längst „die Herausforderung angenommen“. Im Mai 1978 hatten bereits die elf Industrie- und Handelskammern im Sendegebiet des NDR die „Entwicklung von Organisationsformen gefordert, die den neuen Kommunikationsstrukturen im Schmal- und Breitbandverteilernetz Rechnung tragen und eine privatwirtschaftliche Beteiligung

stellen und ihr Sendemonopol zerschlagen zu werden. — Im ersten Teil des Artikels beschäftigten wir uns mit Anspruch und Wirklichkeit des öffentlich-rechtlichen Systems und analysierten die Gründe, die die Reaktionäre gegenwärtig zum Angriff auf die bestehende Rundfunkstruktur veranlassen.

denen außerdem gemeinsam mit den Zeitschriftenverlegern am 19. Juli 1979 eine „Arbeitsgemeinschaft der Verlegerverbände“. Im gleichen Monat wurde bekannt, daß die Zeitungsverleger auf einer Delegiertenversammlung beschlossen hatten, die für eine Beteiligung an Kabelfernsehprojekten benötigten Mittel gemeinschaftlich aufzubringen. Der Bund Deutscher Zeitungsverleger sei entschlossen, hieß es in der einstimmig verabschiedeten Resolution, alles zu unternehmen, damit den Zeitungen der Zugang zu den neuen elektronischen Medien geöffnet werde.

Inzwischen ist auch die Zahl der Pilotprojekte erhöht worden, an denen sich die Verleger finanziell beteiligen sollen. Bei dem anlaufenden Verkabelungsversuch der Bundespost in elf Städten war zunächst nur eine Beteiligung privater Programmveranstalter in Ludwigshafen/Mannheim zugelassen; Strauß aber bestimmte auch für München: „Die Verleger müssen bei dem Kabelversuch einen eigenen Programmteil gestalten können.“ — Damit verstieß Strauß nicht nur gegen das Karlsruher „Fernseurteil“ aus dem Jahre 1961, sondern auch gegen die Bayerische Landesverfassung. Darin bestimmt nämlich der Paragraph 111 ausdrücklich, daß Rundfunk in Bayern ausschließlich öffentlich-rechtlich betrieben werden darf. — Aber solche Feinheiten fechten einen Strauß nicht an, um so weniger, als sich ein Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Bayreuth, Schmidt-Gläser zu einem „bemerkenswerten Rechtsgutachten“ („Die Welt“) beigefunden hatte. Schmidt-Gläser bezeichnet den Artikel 111a der Bayerischen Verfassung „als mit dem Grundgesetz unvereinbar“ und stellte fest, daß der privat-rechtliche Rundfunk „die natürliche Organisationsform“ sei, während es sich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk um eine „Notkonstruktion“ handle. Bravo! Das nennt man einen Rechtsgelehrten! Bescheinigt dem Profifunk gottgewollte Natürlichkeit, wenn der Herr Ministerpräsident so braucht!

Wahlkampf und Medien

Das Bestreben, das öffentlich-rechtliche Mediensystem zu zerstören und Profifunk einzuführen, wird, neben der Entwicklung der Technologie, auch durch andere Faktoren begünstigt oder angetrieben. Das bestehende Mediensystem ist unter der Fuchtel der Kapitalisten und ihrer Verbände, der Parteien und des Staates schon so angegriffen, durchlöchert und ausgehöhlt worden, daß diesen Kräften seine Zerstörung nur der nächste logische Schritt bei Unterwerfung der elektronischen Medien unter die Kapitalinteressen erscheinen mag.

Außerdem hat, angesichts der anstehenden Bundestagswahl, der verstärkte Kampf der Parteien um Machtpositionen begonnen. Entsprechend der CDU-Erkenntnis „Die Bun-

destagswahlen 1980 werden im Fernsehen entschieden“, sind hier die elektronischen Medien in den Brennpunkt des Kampfes gerückt. Die Zerstörung des NDR als Dreiländeranstalt dürfte ihren Ursprung nicht zuletzt auch gerade in solchen Überlegungen haben. Was aus der Meinungs- und Pressefreiheit wird, interessiert diese schwarzen und sozialliberalen Ritter des „freiheitlich-demokratischen Gedankens“ nicht: Sie zertreten sie.

SPD, CDU/CSU und Profifunk

Die Position von CDU/CSU und SPD zur Frage der elektronischen Medien ist jedoch nicht gleich. Die SPD steht der Zerstörung der öffentlich-rechtlichen Struktur, der Einführung des Profifunks scheinbar ablehnend und widerstrebend gegenüber. Diese Position drückt sich zum Beispiel aus in der Haltung des Hamburger Regierungschefs Klose bei den Verhandlungen um die Erhaltung des NDR. Die Opposition der SPD gegen die Profifunkpläne ist jedoch keine Konsequente, glaubwürdige und verlässliche. Es geht der SPD nicht um die Liberalisierung des Rundfunkwesens, um die Abschaffung von Knebelung und Zensur — im Gegenteil! —, es geht ihr um die Erhaltung ihrer Machtpositionen in den Medien, und die glaubt sie beim Fortbestand des öffentlich-rechtlichen Systems am besten gesichert. Und während Klose um den Erhalt des NDR als Dreiländeranstalt und gegen die Einführung des Profifernsehens „kämpft“, schafft Bundespostminister Gscheidle (SPD) mit seinem Großverkabelungsversuch Voraussetzungen für privates Fernsehen — unter teilweiser Beteiligung von Verlegern.

Die CDU/CSU dagegen spielt die Rolle des Vorreiters bei der reaktionären Veränderung der bundesdeutschen Medienlandschaft; sie sucht die Belange der großen Medienkonzerne von Springer, Bertelsmann etc. am radikalsten zu vertreten. Dies zeigt sich an der Einbeziehung von Verlegern durch Strauß bei der Verkabelung Münchens; das zeigt sich an den Verkabelungsplänen des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel; das zeigt sich vor allem aber auch an der Zerschlagung des NDR durch die Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg.

In verschiedenen Berichten war die Rede davon, daß Albrecht „plötzlich und unerwartet“ auf die Idee gekommen sei, Profifunk zu fordern. Das ist ein Märchen. Die Idee hat schon Adenauer gehabt. Und diese Idee ist seit 1971 erklärtes Programm der CDU/CSU: Auf ihrem Bundeskongreß in Düsseldorf erklärten sich damals beide Parteien für die „Ausstrahlung weiterer Fernsehprogramme durch andere Veranstalter — auch durch Gesellschaften des privaten Rechts“. Bereits im Februar 1971 legte der CSU-Mann Erwin Stein dem bayerischen Landtag einen

Gesetzentwurf „Über die Errichtung und die Aufgaben eines privaten Rundfunks in Bayern“ vor.

Volkswiderstand gegen Profifunk

Der Gesetzentwurf scheiterte damals an einer breiten Protestbewegung einer fortschrittlichen Öffentlichkeit. Ein in München gegründetes überparteiliches „Bürgerkomitee Rundfunkfreiheit“ setzte mit 90 000 Stimmen den Antrag auf ein Volksbegehren durch. Auch schikanöse Behinderungen änderten nichts am Erfolg: 1007 637 Bürger, nämlich 13,9 Prozent der Wahlberechtigten Bayerns, machten den Volksentscheid möglich. Sie stimmten gegen die Einführung des privaten Rundfunks in Bayern. — Aus jenem Volksbegehren stammte auch der genannte Artikel 111a, der private Sendungen in Bayern verbietet und den der Ordinarius Schmidt-Gläser als widernatürliches Unrecht für immer und ewig gebildmarkt hat.

Auch die Zerschlagung des NDR ist bis jetzt nicht widerstandslos über die Bühne gegangen. Mit teilweise hoher Beteiligung stimmten die Mitglie-

der der DGB-Gewerkschaft Rundfunk und Fernsehunion (RFFU) gegen die Zerschlagung der Sendeanstalt. Der Streik wurde per Gerichtsbeschluß verboten und seine Durchführung durch Unterdrückungsmaßnahmen der Intendanten verhindert. Aber die Empörung gegen die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Systems, gegen die weitere reaktionäre Ausrichtung der Sendeanstalten und gegen die Einführung von Profifunk nimmt zu. Es kommt darauf an, daß sie sich organisieren, daß sie zu einer Kraft wird, die in der Lage ist, sich den reaktionären Angriffen der Medienkonzerne und ihrer Politiker entgegenzustellen.

Keine Einführung des privaten Fernsehens und Rundfunks!

Für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Struktur der Sendeanstalten und ihres Sendemonopols!

Weg mit Zensur und Maßregelung fortschrittlicher Journalisten an den Sendeanstalten!

Die KPD/ML unterstützt, soweit es in ihren Kräften steht, alle Bestrebungen, die gegen die reaktionäre Ausrichtung bei den elektronischen Medien angehen.



Demonstration der NDR-Mitarbeiter gegen die Zerschlagung des Senders am 6. November 1979 in Hamburg.

„Adenauer-Fernsehen“

Die öffentlich-rechtliche Struktur, die die westlichen Besatzungsmächte nach 1945 den elektronischen Medien gegeben hatten, war den westdeutschen Medienkonzernen und Meinungsmachern, die sich um Profit und Einfluß geprellt sahen, von Anfang an ein Dorn im Auge, und ihre politischen Sachwalter liefen von Anfang an dagegen an. Voran der schwarze Kanzler Adenauer.

Schon 1950 äußerte Konrad Adenauer zusammen mit seinem Justizminister Schäffer die Gründungsurkunde der „Deutschland-Fernsehen GmbH“, die im Volksmund „Adenauer-Fernsehen“ genannt wurde. Dieser geplante Bundessender sollte sein Programm weitgehend über Werbeeinnahmen finanzieren. Fernsehspiele, Unterhaltungsshow oder Auslandsdokumentationen sollten allerdings nicht in Eigenregie erstellt, sondern von rein privaten Produktionsfirmen abgekauft werden, die durch diese Hintertür praktisch ein komplettes Programm gestalten konnten.

Plötzlich schossen Produktionsgesellschaften wie Pilze aus dem Boden. Die größte trat unter der wohlklingenden Be-

zeichnung „Freies Deutsches Fernsehen GmbH“ vor die erstaunte Öffentlichkeit und war vom Markenverband der deutschen Werbewirtschaft sowie etlichen Zeitungsverlegern initiiert.

Dieser Vorstoß war allzu plump ausgefallen und endete mit einer politischen Pleite. Das Bundesverfassungsgericht untersagte den Betrieb der „Deutschland-Fernsehen GmbH“ und damit die Einrichtung privaten Fernsehens. In der Urteilsbegründung betonten die Rechtssprecher, daß Einrichtungen von solcher herausragender Bedeutung wie die über Stadt und Land strahlenden Rundfunksender nicht dem Einfluß einzelner Interessengruppen ausgeliefert werden dürfen.

Die Niederlage hielt jedoch die reaktionären Medienpolitiker nicht von der Verfolgung ihrer Profifunkpläne ab. Heute sind, in der Nachfolge Adenauers, Albrecht, Stoltenberg, Strauß und Konsorten dabei, der öffentlich-rechtlichen Struktur der elektronischen Medien den Todesstoß zu versetzen.

(Nach: „Die Neue“ vom 3. 11. 79)



Neue Fernsehetechnologie wie das Satellitenfernsehen schüren den Hunger der Kapitalisten auf ungeheuren Medienprofit.

an der Programmträgerschaft zulassen.“ Und im Jahr 1979 gründeten die Zeitungsverleger Gesellschaften wie die „Neue Medien GmbH“ mit Sitz in Frankfurt und die „Bayern Tele GmbH“, um „am Tag X den Fuß in der Tür“ zu haben.

Die Zeitungsverleger grün-

Nachtrag zur Sozialismus = Faschismus-Debatte

Ende letzten Jahres starteten Strauß, Stoiber und Konsorten eine lügnische Kampagne, in deren Zuge sie, um den Sozialismus zu diskreditieren, versuchten, Sozialismus und Faschismus gleichzusetzen. Sie kopierten dabei letzten Endes nur die Methode der Nazis, die sich selbst schon in demagogischer Absicht als Nationalsozialisten bezeichnet hatten.

Thomas Mann, Repräsentant fortschrittlichen deutschen Geistes von Weltgeltung, ist schon zu seiner Zeit dieser Lügenpropaganda der Nazis energisch entgegengetreten. In einer Radioansprache entlarvte er im Jahre 1944 die Demagogie vom „Sozialismus“ der Nazis; und noch heute schlägt, was Thomas Mann über Hitler, Göring und Goebbels sagte, auf Strauß, Stoiber und Konsorten zurück.

Thomas Mann:

„Der Lügenschlange das Haupt zertreten“

Ich nehme ein Zeitungsblatt und lese: „In siebzehn Sprachen verkündet die Nazi-kontrollierte Presse des Kontinents ein ‚Neues sozialistisches Europa‘.“

(...) Sozialismus! Vom deutschen und internationalen Finanzkapital sind Hitler und seine Bande ausgehalten und in die Macht geschoben worden. Von der blinden Angst der bürgerlichen Welt vor dem Sozialismus haben sie gelebt und hoffen sie immer noch zu leben; denn daß ‚München‘ nicht tot ist, daß ihre heimlichen Freunde in den alliierten Ländern weiterarbeiten, daß doch noch die west-östliche Front zerfällt und man sie als Bundesgenossen gegen den Sozialismus annimmt, ist ihre einzige Hoffnung. Der Sozialismus der faschistischen Volksbetrüger, — was für eine schamlose Farce! In Italien fing es an, wo Aristokratie und Bürgertum sich dem Faschismus verkauften und das

Volk in Krieg und Elend gerieten wurde. In Deutschland ist die Arbeiterklasse entrechtet und ihres Gewerkschaftsvermögens beraubt worden. Den Mittelstand hat das Dritte Reich auf den Hund gebracht. Aber wer blüht und gedeiht dortzulande, das sind die Plutokraten und Trusterherren. Man spricht vom Staatskapitalismus. Es gibt keinen. Es gibt den Kapitalismus der Staatsbanken neben dem Geldmagnaten von vor der ‚Revolution‘. Hitler als Hauptaktionär des Eher-Verlages übertrifft ganz persönlich an gedunsenem Reichtum die meisten amerikanischen Multimillionäre. Reichsmarschall Göring hat seit der Gründung seines Konzerns, und nun gar seit dieser Konzern durch Waffengewalt international wurde, so viel kapitalistisches Fett angesetzt, daß er mutmaßlich heute das reichste Individuum der Welt ist. Der Arbeiterplünderer Ley gebietet

über fünfundsechzig Kapitalgesellschaften. Gauleiter Saukel hat einen eigenen Trust von Waffenwerken und Munitions-



Thomas Mann (1875 — 1955)

fabriken aufgebaut, über den noch nie eine Bilanz veröffentlicht worden ist. War denn nicht der Grundtrieb alles Nazitums

immer Neid, Habgier, die Lust zu plündern, der geile Drang, sich in Macht und Geld zu spielen? Begriffe und Ideen zu stehlen ist nicht das letzte Gelüst dieses Abhubs. Das Wort ‚Sozialismus‘ ist eine durch Raubmord erlangte Beute wie eine andere. Sie haben Europa unterworfen, sie gedachten die Welt zu unterwerfen, damit aus dem Elend der niedergetretenen Völker die Profite des deutschen Großkapitals wüchsen. Monopol und Ausbeutung im Riesenmaß — sie nennen das Sozialismus. Was sich in den eroberten Ländern zur Zusammenarbeit, zum Geschäftemachen mit diesen ‚Revolutionären‘ hergibt, ist überall eine korrupte Oberschicht, es sind reaktionäre Großbürger, aristokratische Drogen- und allenfalls süchtige Schriftsteller, die von SS-Offizieren Morphium beziehen. Die Verzweiflung der Völker unterdessen macht sich in Attentaten Luft, die sich häufiger noch gegen diese Kollaborateure als gegen die ‚sozialistische‘ Besatzungsmacht selber richten.

Deutsche Hörer, Europa wird sozialistisch sein, sobald es frei ist. Der soziale Humanismus war an der Tagesordnung, er war die Vision der Besten in dem Augenblick, als der Faschismus seine schielende Fratze über die Welt erhob. Er, der das wahrhaft Neue, Junge und Revolutionäre ist, wird Europa seine äußere und innere Gestalt geben, ist nur erst der Lügenschlange das Haupt zertreten.

[Zitiert: Thomas Mann: „Deutsche Hörer“, Radioansprache über BBC vom 28. Mai 1944, Fischer Taschenbuchverlag, 2. Band der Essays]



Proteste gegen Zensur im WDR

Für den Erhalt der „Radiothek“

Die Angriffe auf die kritisch-aufklärerische Jugendsendung „Radiothek“ im WDR II (siehe „Roter Morgen“ 5/80) hat in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Der WDR-Intendant von Sell hatte die Live-Beiträge verboten im Versuch, die Sendung ihres kritischen Inhalts zu berauben. Seit dem 22. Januar sind in der „Radiothek“ nur noch Musik und „Wortkonserven“ zu hören.

Das Vorgehen der reaktionären Rundfunkgewaltigen wurde und wird nicht widerstandslos hingenommen. Mit Versammlungen, Aktionen, Unterschriftensammlungen, Protestresolutionen und -briefen suchen die Betroffenen — vor allem die jugendlichen Hörer — ihrer Forderung nach Erhalt der „Radiothek“-Sendung Nachdruck zu verleihen. Sie drücken gleichzeitig ihre Sorge darüber aus, daß die Angriffe auf die „Radiothek“ einen Angriff auf die noch verbliebene Rundfunk- und Pressefreiheit in unserem Land darstellen.

Am 28. Januar bereits forderte eine außerordentliche Redaktionsversammlung im WDR die Erhaltung der „Radiothek“ in ihrer alten Form. Gegen die Angriffe auf die „Radiothek“ hat auch der Verband WDR der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) protestiert.

In einem offenen Brief haben 19 Medienwissenschaftler ihre „Bestürzung“ zum Ausdruck gebracht.

Die Schülervertretung der Gesamtschule Oberhausen (Heinestraße) verfaßte eine Protestresolution: „Wir, die Schülervertretung von 2100 Schülern der Gesamtschule Oberhausen, drücken hiermit unsere Empörung aus über Ihre Maßnahmen gegen das Jugendmagazin ‚Radiothek‘. Das Verbot der live-Ausstrahlung der kritischen, aktuellen und jugendgerechten Wortbeiträge sehen wir als weiteren Schritt zur Gleichschaltung der Massenmedien zum angepaßten

Todfunk an.“

Die Rote Garde, Jugendorganisation der KPD/ML, unterstützt die Forderung nach dem Erhalt der „Radiothek“-Sendung in ihrer gegenwärtigen Form mit eigenen Aktivitäten. Sie schickte ein Protestschreiben an den Intendanten von Sell und ein Solidaritätsschreiben an die Redakteure der „Radiothek“ (siehe Faksimile). — Die Rote Garde hat bisher über 1300 Unterschriften für den Erhalt der „Radiothek“ gesammelt.

Gegen die Flut der Protestschreiben hat der Hörfunk-Direktor Jenke ein Antwortbrief-Formular produziert, darin es unter anderem heißt: „Wenn die Zahl der Wortsendungen um einige reduziert wurde, dann nicht deshalb, weil diese Sendungen von Vorgesetzten ‚abgesetzt‘ oder zur Produktion nicht zugelassen worden sind, sondern weil die Redaktion gemeinsam mit dem Hörfunkdirektor zu dem Ergebnis gekommen ist, eine ‚Denkpause‘ sei nützlich, um Konsequenzen aus der — nach übereinstimmender Auffassung — teilweise begründeten Kritik an Sendungen der ‚Radiothek‘ zu ziehen. Eine ‚Zensur‘ von Sendungen hat nicht stattgefunden und ist auch von niemandem beabsichtigt.“

Verzerrter und hinterhältiger kann man wohl die Knebelung der Sendung „Radiothek“ nicht darstellen. „Denkpause“ — das ist wohl das neueste Wort für Zensur...

Neue Taschenbücher Graf: Unruhe um einen Friedfertigen

Oskar Maria Graf: Unruhe um einen Friedfertigen Roman



dtv 1493, DM 12.80

Das Buch: Der Friedfertige — das ist der Schuster Julius Kraus, der im oberbayerischen Dorf Auffing lebt. Er mischt sich nicht in die Angelegenheiten des Dorfes ein, geht jedem Streit aus dem Wege, konzentriert sich ganz auf seine Arbeit und erwartet, daß man auch ihn in Ruhe läßt.

Doch dieser Wunsch erweist

sich zunehmend als Illusion. Kraus wird in die große Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Demokratie und dem nach der Macht greifenden Faschismus im Deutschland der frühen dreißiger Jahre hineingerissen. Er wird von den Faschisten gehetzt und ist am Ende eines der unzähligen Opfer, das sie auf ihrem blutigen Weg zurücklassen.

Oskar Maria Graf umreißt in diesem 1947 entstandenen Roman die deutsche Geschichte vom Vorabend des ersten Weltkriegs bis zum Machtantritt Hitlers. Die großen geschichtlichen Ereignisse werden in ihren Auswirkungen auf das Dorf Auffing sichtbar gemacht. Mit großer erzählerischer Meisterschaft schildert Graf, wie Krieg, Revolution, kapitalistische Restaurierung und das Anwachsen des Faschismus in das alltägliche Leben der Menschen von Auffing eingreifen. Er deckt hinter der äußeren Fassade des scheinbar weltabgeschiedenen Dorfes die gegen-

sätzlichen sozialen Kräfte auf.

Dabei gelingt Graf die überzeugende Gestaltung von Revolutionären aus dem bauerlichen Milieu wie etwa Ludwig Allberger, der den Weg auf die Seite der Arbeiterklasse gefunden hat, aber dennoch fest unter der werktätigen Bevölkerung des Dorfes verankert bleibt. Zu den bewegendsten Teilen des Buches gehört die Schilderung des Kampfes, den Ludwig und seine Genossen gegen den aufziehenden Faschismus führen. Grafs Roman ist ein Bekenntnis und ein Aufruf zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen gegen Reaktion und Faschismus. Gerade das verleiht diesem Buch auch heute eine hohe Aktualität.

Darüber hinaus ist „Unruhe um einen Friedfertigen“ einer der wenigen Romane, die realistisch und einfühlsam, ohne jede falsche Romantik die dörflichen Verhältnisse darstellen. Graf erzählt seine Geschichte zudem geradlinig und packend. Ein echter Volksschriftsteller

und ein Buch, das sich zu lesen lohnt.

Der Autor: Oskar Maria Graf wurde 1894 als Sohn eines Backers und einer Bauerntochter im Dorf Berg am Starnberger See geboren. Er erlernte das Handwerk seines Vaters und führte dann ein abenteuerliches Wanderleben. 1915 — im imperialistischen Weltkrieg — sollte er wegen Befehlverweigerung an der russischen Front erschossen werden. Nachdem er daraufhin in einen Hungerstreik trat, wurde er in ein Irrenhaus abgeschoben und später in die Heimat entlassen.

Grafs weitere Lebensstationen: Arbeiter, Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik von 1918, Teilnahme an der Novemberrevolution und nach deren Scheitern Verhaftung; dann Dramaturg in München und schließlich freier Schriftsteller.

Die Hitler-Faschisten versuchten anfänglich diese Beliebtheit des Grafschen Werkes für sich auszunutzen. Sie biederten sich bei dem Schriftsteller an, wollten ihn von der Arbeiterbewegung isolieren und ihn auf die Perspektive eines „Heimadichters“ im Sinne der faschistischen Blut- und Bodenideologie verpflichten. Deshalb nahmen sie auch seine Werke von ihren Bücherverbrennungen aus. Aber Graf ging wie so viele fortschrittlichen Kollegen ins Exil und veröffentlichte seinen berühmten Aufruf an die Nazis „Verbrennt mich!“, in dem er dem Faschismus kompromißlos den Kampf ansagte. Daraufhin wurde er ausgebürgert und seine Bücher fielen den Flammen der faschistischen Scheiterhaufen zum Opfer.

Graf lebte zunächst in Österreich, weitere Stationen seines Exils waren die Tschechoslowakei, die Sowjetunion und die USA, wo er 1967 starb.

Fernsehkritik

Auch wenn es als objektive Beschäftigung mit der Vergangenheit kaschiert und kommentiert wird, man merkt die Absicht und ist ... „verstimmt“? Das wäre geschmeichelt: empört! Da zog der NDR einen Film „Carl Peters“, gedreht im Jahre 1941 (!) mit Hans Albers in der Titelrolle, aus der nazistischen Mottenkiste, der zu den Absichten eines Herrn Dregger (CDU) paßt wie die Faust aufs Auge. Warum, so tönt der blauäugige Albers als Carl Peters, soll Deutschland eigentlich keine Kolonien haben. Haben die anderen doch auch. Und schließlich müsse man sich

zu „Carl Peters“, gezeigt am 6. Februar, Nord III Neokolonialismus im Dritten

doch seine Rohstoffe sichern und dürfe nicht von anderen abhängig sein. Das walte Kaiser, Gott und Vaterland.

Rohstoffe? Öl? Nachtigall ich hör dir tratschen. Wir sollen wieder eingestimmt werden. The Germans to the front! Und die Himmelsrichtung ist ja auch ungefähr die gleiche. „Deutsch-Ostafrika“ — Persischer Golf. Hier wird im bundesdeutschen Fernsehen im Jahre 1980 offen der Kolonialismus des deutschen Reiches, die notwendige Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten propagiert, natürlich nicht ohne den damals üblichen Antisemitismus.

Wer war denn dieser Carl Peters? Einer der übelsten imperialistischen Kolonialpolitiker, Mitinitiator des Alldeutschen Verbandes. Er unterwarf seit 1884 das Gebiet der späteren Kolonie „Deutsch-Ostafrika“, war von 1891 bis 1893 dort Reichskommissar und wurde infolge der Massenproteste gegen seine bestialischen Kolonialmethoden, die ihm den Beinamen „Hänge-Peters“ eintrugen, entlassen. Offensichtlich wollte sich das Dritte im NDR mit diesem Beitrag den künftigen Herren Albrecht und Stoltenberg empfehlen.

Rote Garde
LANDSBEREICH RUHR

Stollentanz, 12
4600 Dortmund 1

An die
Redakteure der RADIOTHEK
Westdeutscher Rundfunk
Köln
Postfach

Dortmund, den 5.2.80

Liebe Radiothek-Redaktion!

Mit ziemlicher Vut im Bauch haben wir von der Zensur in eurer Sendung, von der Absetzung der Live-Ausstrahlungen der RADIOTHEK gehört. Wir möchten auch unsere Unterstützung in Kampf für den Erhalt der kritischen Sendungen zusichern. Anbei 962 Unterschriften, die wir auf dem

sensiblen ist nicht zu übersehen; deshalb gilt es das Gemeinwohl, das Eintreten für den Erhalt und die Verbesserung bei Funk und Fernsehen im Interesse der Konsumenten, an die erste Stelle zu stellen.

Mit solidarischen Grüßen,
Landsbereichsleitung Ruhr
der Roten Garde

Aufführung von Anti-Carstens-Film verboten

LEVERKUSEN. — Aus Protest gegen das Verbot der Aufführung des Films „Der anachronistische Zug“ brach Hanne Hiob im Februar in Leverkusen eine Lesung aus den Werken ihres Vaters Bert Brecht nach einer dreiviertel Stunde ab. Zu dem Aufführungsverbot gab das Kulturrat der Stadt Leverkusen lediglich an: Eine „höhere Stelle“ habe entschieden, auf die Filmvorführung zu verzichten, weil der

Streifen ein „Heikles Thema“ abhandle.

Der Film, dessen Mitwirkende Hanne Hiob ist und den sie im Kontext ihrer Lesung zeigen wollte, ist eine Illustration zu Brechts Gedicht „Der anachronistische Zug“, das die Kontinuität des Faschismus in Westdeutschland nach 1945 anprangert. Der Film entstand anlässlich der Wahl des Alt-Nazi Carstens zum Bundespräsidenten.

Neuer Korruptionsskandal in den USA

Senatoren und Abgeordnete kassierten Bestechungsgelder

Im Dunkeln: die Rolle des FBI

Wenige Jahre nach dem Watergate-Skandal, der den ehemaligen US-Präsidenten Nixon schließlich aus seinem Amt katapultierte, zeichnen sich in den USA die Umriss eines neuen Skandals von womöglich ähnlichen Ausmaßen ab: USA-Kongressmitglieder und andere amerikanische Politiker haben Bestechungsgelder in Höhe von fast einer Million Dollar (1,7 Millionen Mark) entgegengenommen.

Das Pech der Politiker war, daß sie die Gelder nicht von echten, sondern von fingierten „Geschäftspartnern“ erhielten. Sie waren in eine Falle der berüchtigten amerikanischen Bundespolizei gegangen. Sie verhandelten — ohne es zu wissen — mit FBI-Agenten, die sich als Unterhändler von — zumeist — arabischen Geschäftsleuten und Ölmagnaten ausgaben. Die Verhandlungen mit den Politikern sowie die Übergabe der Gelder wurden jeweils durch Tonbänder und Kameras festgehalten. — Die Gründe für die Handlungsweise des FBI, das sich sonst durch alles andere als durch die Aufdeckung dunkler Machenschaften der Führungskräfte der USA auszeichnet, liegen (noch) im Dunkeln.

In die Affäre verwickelt

sind — soweit bis jetzt bekannt — ein Mitglied des amerikanischen Senats, sieben Abgeordnete des Repräsentantenhauses und etwa 20 Beamte aus verschiedenen US-Bundesstaaten. Bezeichnend für das System der amerikanischen Demokratie, die eine Demokratie der Milliarden ist, und für seine führenden Repräsentanten ist die Tatsache, daß von allen Politikern, mit denen die FBI-Agenten Verhandlungen aufnahmen, ein einziger der Bestechung „widerstand“.

Mit Senator Harrison A. Williams ging — soweit bis jetzt bekannt — der dickste Fisch in die Netze des FBI, von denen wiederum keiner weiß, mit welchen schmutzigen Hintergedanken sie ausgeworfen worden sind. Williams vertritt den Staat

New Jersey in Washington als Senator und ist gleichzeitig der Vorsitzende des Senatsausschusses für Arbeitsmarktforschung. Williams erhielt von seinen dubiosen „Geschäftsfreunden“ ein Paket Aktienzertifikate einer Triton-Erzgrube und versprach dafür, seinen „Geschäftspartnern“ Rüstungsaufträge zu verschaffen.

Schnelle Dollars glaubten auch die Abgeordneten Frank Thompson jr. und Richard Kelly zu machen, als sie auf Treffs mit ihren Auftraggebern Hilfestellung bei gesetzgeberischen Gefälligkeiten versprachen. Frank Thompson jr. hatte Geld scheinbar am nötigsten. Mit unverhohlener Gier und Raffflut stritt und raufte er sich im Weggehen (und die verborgenen Kameras zeichneten



Senator Harrison A. Williams (links) und Abgeordneter Frank Thompson Jr. Die zur Schau getragenen biedereren Honoratioren-Gesichter sind in Wirklichkeit die Gesichter von politisch korrupten. Thompson machte es für 50 000 Dollar, Williams für ein Bündel Bergwerksaktien.

den Vorgang auf) mit seinem Assistenten um den Koffer mit den 50 000 Dollar Bestechungsgeld. — Diese Probleme wiederum hatte Kelly nicht. Er stopfte sich noch an Ort und Stelle — ebenfalls bei laufender Kamera — mit den ergaunerten Dollarnoten sämtliche Taschen seiner Hose und Jacke voll.

Der Abgeordnete John W. Jenrette, der gegen die Zahlung von 50 000 Dollar Hilfe für ein großes Investitionsprojekt in seinem Wahlkreis versprach, fand einen zweifelhaften Verteidiger in seiner Frau. Diese nämlich erklärte: „Vielleicht haben sie ihm beim FBI so viel zu trinken gegeben, daß er zu

allem „O ja“ gesagt hat. Mit 50 000 Dollar jedenfalls ist er nicht nach Hause gekommen.“

Das aber heißt, diesem Abgeordneten nun wirklich Unrecht tun. Sicher, so ein Abgeordneter — diese Verkörperung der amerikanischen Demokratie — ist zu jeder Schandtat bereit; er verkauft seine Wähler, er verkauft die „heiligsten Güter“ der Nation, er verkauft sich, sein Gewissen, seine Stimme, seine Beziehungen — nur: zu einem angemessenen Preis muß es sein. Für ein paar Schnäpse tut er es nicht. So weit ist er nun doch noch nicht heruntergekommen.

Wodka-Boykott?

Kalter Krieg um scharfe Schnäpse

Die kriegerische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan hat im Westen nicht nur kriegerisches Geschrei und verstärkte Kriegstreiberei hervorgerufen; sie hat auch zu einem unvorhergesehenen Nebeneffekt geführt: Westliche Fanatiker beginnen, sich zu einem Feldzug gegen den russischen Wodka zu formieren.

In den USA — heißt es — hätten sich die Freunde des russischen Wodkas bereits zu dessen Feinden gewandelt. Der „Spiegel“ schreibt: „Amerikas Wodka-Trinker haben mit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan den Geschmack an ihrem Lieblingsschnaps verloren: Der russische Wodka Stolicznaya wird von patriotischen Trinkern verachtet. Die Anti-Sowjet-Welle ist so stark, daß der Importeur (Pepsico) die Werbung für den Russenschnaps ganz einstellte.“ Und zur Illustration zeigt der „Spiegel“ ein Foto mit einem US-Gastwirt, der russischen Wodka auf die Straße kippt.

In Westberlin machte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Hein-

rich Lummer, zum Vorkämpfer eines Wodkaboykotts. In der „Berliner Morgenpost“ schrieb er am 1. Februar unter anderem folgendes:

„Man stelle sich vor: Wenn wir alle keinen russischen Wodka mehr trinken, dann muß die dortige Produktion gedrosselt werden, oder die Sowjetbürger müssen ihn selber trinken. Vielleicht wird er dadurch für die sowjetischen Arbeiter billiger. Und das wäre gut so. Vielleicht stiege der Alkoholkonsum in der Sowjetunion noch mehr. Das wäre auch gut, weil dann die Leistungsfähigkeit des Systems noch mehr sinkt.“

Wenn wir keinen russischen Wodka mehr trinken, dann verringern sich die Deviseneinnah-

men, weil die Sowjetmacht ihren flüssigen Wodka eben nur gegen harte Währung verkauft. Auch das wäre gut so, weil man dann weniger Geld für Waffen hätte.

Wenn wir keinen russischen Wodka mehr trinken, dann würden wir vielleicht mehr

deutschen trinken. Der ist laut „Warentest“ sowieso besser. Dadurch würden wir unserer Gesundheit einen guten Dienst tun, und wir könnten nach Wodkagenuß besser arbeiten. Das wäre ebenfalls gut. Auch würden wir die eigene Wirtschaft beleben (...)

Sollte der Verzicht auf russi-

schen Wodka zu totaler Abstinenz führen, so wäre das auch gut, weil man dann länger und gesünder lebt (...)

Was immer man prüft: Ein Wodka-Boykott hat nur positive Seiten. Warum also nicht?

Soweit Lummer. — Da kann man nur noch fragen: In welchem Stadium der Deformation, Verwüstung, Auflösung, Desorganisation oder Rückbildung muß sich ein Gehirn befinden, um so etwas von sich zu geben?

Schließlich und endlich: Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Nach diesem alten Rezept suchen nun die chinesischen Schnapsstaatshändler ihren Profit aus dem Feldzug gegen den russischen Wodka zu ziehen. Sie werfen nun ihren „Tsingtao-Wodka“ auf den amerikanischen Markt und werben dafür in Zeitungsanzeigen. „Tsingtao-Wodka“ — so eine Anzeige in der „New York Times“ — sei der richtige Drink in einer Zeit, in der „die amerikanische Liebesaffäre mit dem Russen-Wodka auf Eis liegt“. — Nun berauscht sich das Amerika der Wallstreetbosse vollends am chinesischen Fusel — im wahrsten Sinn des Wortes.



US-Gastwirt mit russischem Wodka



Samstag, 16. Februar, 19.50 Uhr, Südwest III

Chotard & Co. Französische Spielfilm aus dem Jahr 1933. Regie: Jean Renoir.

Sonntag, 17. Februar, 10.10 Uhr, ZDF

ZDF-Matinee: Narri-Narro — Protokoll einer alemannischen Fasnet. Ein Film von Gerd Jauch und Wolfgang Ohm.

In den Städten und Dörfern des Schwarzwalds, am Oberrhein, am Neckar und Bodensee sowie in Oberschwaben wird die schwäbisch-alemannische „Fasnet“ gefeiert. Der Bericht versucht, die besondere Atmosphäre der Fasnet zu erfassen und dabei die historischen, kulturellen, religiösen und soziologischen Aspekte zu verdeutlichen.

Sonntag, 17. Februar, 18.30 Uhr, ZDF

Über Tage, unter Tage. Das Ruhrgebiet. Ein Film von Max von der Grün und Ulrike Wöhning.

Dienstag, 19. Februar, 21.00 Uhr, Nord III

Nach der Schule: arbeitslos — Brigitte B. auf der Suche nach einer Lehrstelle. Film von Thomas Hartwig über die Arbeitslosigkeit Jugendlicher.

Dienstag, 19. Februar, 21.20 Uhr, ZDF

Ein Nazi-Prozeß — Das Urteil von Köln: Kurt Lischka, Herbert Hagen, Ernst Heinrichsohn. — Bericht von Michael Busse und Lea Rosh über den Prozeß gegen die führenden SS-Funktionäre und Organisatoren des Massenmordes an den französischen Juden.

Mittwoch, 20. Februar, 19.50 Uhr, Südwest III

Die große Illusion. Berühmter antimilitaristischer Spielfilm des französischen Regisseurs Jean Renoirs aus dem Jahr 1937.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich ☐ halbjährlich
DM 60.- DM 30.-

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarstr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/2607554, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.